



Ab 11



*Abt.*

UB Braunschweig

84



1416-896-7

1416-89'6 7

# Handreichung zum Studium des Kirchenrechts

unter Berücksichtigung der Verhältnisse der ev.-luth.  
Landeskirche des Herzogtums Braunschweig

nach den vom Konsistorialrat

**Abt D. Hille**

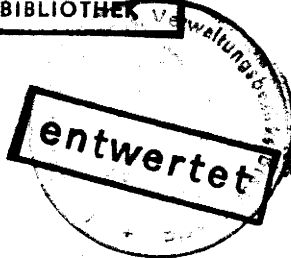
hinterlassenen Aufzeichnungen.

Bearbeitet von

**W. Kellner,**  
Pastor zu Süplingen.

Ab 71

Erster Teil. Allgemeines.



**Braunschweig, 1890.**

Verlag von Hellmuth Wollermann.



## Vorwort.

Der am 3. October 1880 heimgegangene Konsistorialrat Abt des Klosters Amelunghorn D. theol. W. Hille hat seinerzeit den Mitgliedern des Predigerseminars zu Wolfenbüttel eine längere Reihe von Jahren hindurch kirchenrechtliche Vorträge gehalten. Er verfolgte dabei ebensowohl einen theoretischen, wie einen praktischen Zweck entsprechend der Einrichtung des Predigerseminars, welches den Predigtamtskandidaten vor Uebernahme eines Pfarramts Gelegenheit darbieten will, einerseits sich im praktischen Kirchendienst zu üben, andererseits auch ihre wissenschaftliche Ausbildung zu vertiefen.

Demgemäß bemühte sich der selige Abt Hille, die Kollegiaten nicht nur mit den Ordnungen und Einrichtungen unserer Landeskirche bekannt zu machen mit Rücksicht auf den von denselben der Kirche demnächst zu leistenden Dienst, sondern er suchte sie auch in die Wissenschaft des Kirchenrechts einzuführen und für dessen hier, wie überall, leider so sehr vernachlässigtes Studium Verständnis und Interesse zu erwecken.

Die von ihm hierbei eingeschlagene Methode war nicht eine streng wissenschaftlich systematische, wie sie in den Lehrbüchern des Kirchenrechts befolgt wird und der Natur der Sache nach in denselben befolgt werden muß. Eine solche Methode würde es erschwert haben, die Vorurtheile gegen eine Wissenschaft, zu deren Studium sich bis dahin Theologen wenig hatten bewegen lassen, zu überwinden. Er bemühte sich dagegen, den Stoff zu beschränken und ihn durch Anwendung der historischen und komparativen Methode lebendiger zu gestalten, indem er die geschichtliche Entwicklung des Rechts in prägnanter Weise darlegte und die Gestaltung der rechtlichen Verhältnisse anderer Kirchen und Religionsgesellschaften, insbesondere der zur evangelisch-lutherischen Kirche im schärfsten Gegensatz stehenden römisch-katholischen Kirche in vergleichender Weise heranzog. Auf diese Weise wurde es ihm leichter möglich, eine Wissenschaft, welche seiner geistigen Eigentümlichkeit, in der ein reiches warmes Ge-

mütsleben den scharfen berechnenden Verstand beherrschte, wenig sympathisch sein mußte, mit derjenigen Liebe zu behandeln, ohne welche eine dauernde Frucht auf keinem Wissensgebiet gezeitigt werden kann. Liebe zur Kirche war ja auch die Triebfeder gewesen, welche ihn, der ebensowohl das Gebiet der Theologie, wie auch dasjenige der alt klassischen Philologie mit Meisterschaft beherrschte, zu tiefer gehenden kirchenrechtlichen Studien bewogen hatte.

Da es ihm gelungen war, seinen kirchenrechtlichen Vorträgen ein nach Inhalt und Form anziehendes Gepräge zu geben, so trat bald der Wunsch nach Veröffentlichung derselben mehrfach hervor.

Der Befriedigung dieses Verlangens stand aber einerseits das Bedenken entgegen, ob die für einen beschränkten Kreis bestimmten Vorträge einen hinreichend ausgedehnten Leserkreis finden würden, da kirchenrechtliche Studien noch nicht die wünschenswerte allgemeine Wertschätzung erlangt hatten; andererseits aber fehlte es an Zeit bei den Anforderungen des Amtes, sowohl auf dem Gebiet der Kirche, wie des höheren Schulwesens, welche grade in den letzten Jahren der Amtsführung stetig gestiegen waren.

Als dann endlich nach einer mehr als 50jährigen reichgesegneten Amtsthätigkeit dem eben so eifrigen als treuen Arbeiter im Weinberge des Herrn die wohlverdiente Ruhe gewährt wurde, wobei freilich das Schulamt immer noch auf seinen Schultern lasten blieb, wollten die Kräfte nicht mehr ausreichen zur Ausföhrung der Arbeit, zu welcher während seines Aufenthaltes in Stadtolbendorf der Anfang gemacht war.

Nach dem durch ein Gehirnleiden herbeigeföhrten so überaus schmerzlichen Abscheiden dieses meines teuern Schwiegervaters wurde ich von verschiedenen Seiten aufgefordert, die kirchenrechtlichen Vorträge desselben aus seinem Nachlaß zu veröffentlichen. Indessen dies erwies sich als unthunlich, da nur ein geringer Teil derselben sich ausgearbeitet vorfand, während für den weit- aus größten Teil der in seinen schriftlichen Aufzeichnungen niedergelegte Stoff, nach welchem die Vorträge gehalten waren, noch unverarbeitet war. Es wollte nicht angehen, die Vorträge in gleichförmiger Weise weiterzuföhren, und so schien mir kein an-

derer Weg übrig zu bleiben, falls überhaupt jenes Material allgemein nutzbar gemacht werden sollte, als die kirchenrechtliche Arbeit nach den vorgefundenen Aufzeichnungen in mehr selbständiger Weise auszuführen. Dabei konnten unter Berücksichtigung der veränderten Anschauungen über den Wert und die Notwendigkeit kirchenrechtlicher Studien, welche bereits darin ihren Ausdruck gefunden haben, daß jetzt von den Kandidaten des Predigamts auch kirchenrechtliche Kenntnisse in der Prüfung verlangt werden, wie auch unter Berücksichtigung des so entstandenen praktischen Bedürfnisses manche Parteen etwas weiter ausgeführt werden, wie dies besonders in dem zunächst hier vorliegenden ersten Teil geschehen ist. Zugleich konnte auch die Vortragsform, welche ich nicht glaubte in gleichförmiger Weise weiterführen zu können, mit einer andern Form vertauscht werden, die, wenn sie auch nicht so ansprechend sein sollte, die Uebersichtlichkeit des Stoffs, wie ich hoffe, erleichtern wird.

Um zu erproben, ob ich wagen durfte, in dieser Weise vorzugehen, veröffentlichte ich zunächst einige Aufsätze kirchenrechtlichen Inhalts „aus und nach den hinterlassenen Aufzeichnungen des Abt D. Hille“ in den ev. luth. Monatsblättern. Diese Artikel fanden eine freundliche Aufnahme in dem Leserkreise des Blattes und veranlaßten gelegentlich eines im Herbst vorigen Jahres zu Braunschweig vor einer zahlreichen Versammlung von Geistlichen und Laien gehaltenen Vortrags über Wesen und Werthschätzung der Wissenschaft des Kirchenrechts, unter allgemeiner Zustimmung die Aeußerung des dringenden Wunsches nach Veröffentlichung der vollständigen kirchenrechtlichen Arbeit. Diesem Wunsche entsprechend wird die vorliegende Arbeit hiermit dargeboten als erster Teil der Bearbeitung allgemeinen Inhalts.

Dieser erste Teil macht nicht den Anspruch auf systematische Vollständigkeit. Es werden darin einige der wichtigsten allgemeinen kirchenrechtlichen Parteen behandelt, wie dieselben auch der selige Abt Hille in seinen Vorträgen behandelt hat, bevor er zur Darstellung des Braunschweigischen Kirchenrechts überging, weil ihm die Bekanntschaft mit den erörterten Lehren, Grundsätzen und Theorien zur richtigen Beurteilung der Ordnungen und Einrichtungen unserer Landeskirche, mithin auch zum Verständnis der Darstellung derselben, unerläßlich schienen. Indem

der Herausgeber das in den Hille'schen Vorträgen vorliegende Material hier und da ergänzt und erweitert hat mit Rücksicht auf das oben bezeichnete neuerdings hervortretende Bedürfnis, hofft er mit dieser Handreichung sowohl den Geistlichen, als auch den sich hierfür interessierenden Laien eine Anregung zu weitergehenden Studien auf Grund der umfassenden kirchenrechtlichen Werke und Schriften von Richter, Dove, Friedberg, Stahl, Mejer, Hinschius, Jacobson u. a. m. gegeben und zugleich auch den Kandidaten der Theologie die Vorbereitung zur Prüfung in dieser Wissenschaft in etwas erleichtert zu haben. Die aus dem Kreise der letzteren mehrfach geäußerten Wünsche haben den Herausgeber bestimmt, die Bearbeitung dieser Partie des Kirchenrechts zu beschleunigen und derselben zugleich eine für sich bestehende Gestaltung zu geben.

Im Falle diese „Handreichung“ die erhoffte Aufnahme findet, wird bald ein zweiter Teil nachfolgen können, welcher die speciell Braunschweigischen kirchenrechtlichen Verhältnisse berücksichtigt. Derselbe wird handeln:

1. Von dem Hoheitsrecht des Staats und der Weise der Ausübung desselben nach der Verfassung unsers Landes.
2. Von den Rechtsverhältnissen der verschiedenen Religionsgesellschaften im Lande zum Staat und untereinander, wie dieselben kraft dieses Hoheitsrechts geordnet sind.
3. Wie das Kirchenregiment unserer Landeskirche sich historisch entwickelt hat.
4. Die jetzige Lage des Kirchenregiments, wie dasselbe konstituiert ist, unter welchen Umständen und mit welchen Organen, Kräften und Mitteln dasselbe arbeitet.

Hieran würde sich dann ein dritter wesentlich praktischer Teil anschließen, welcher von dem der Kirche seitens der Geistlichen und sonstiger Kirchendiener zu leistenden Dienst handelt.

**W. Stellner.**

# Inhaltsverzeichnis.

	Seite
<b>Erster Abschnitt: Wesen und Werthschätzung der Wissenschaft des Kirchenrechts . . . . .</b>	<b>1—4</b>
§ 1. Was das Kirchenrecht lehrt. Begriff der Kirche. Katholische und evangelische Auffassung. Wichtigkeit der äußeren Gestaltung der Kirche. Werthschätzung des kirchenrechtlichen Studiums . . . . .	4
 <b>Zweiter Abschnitt: Von den Quellen des Kirchenrechts . . . . .</b>	 <b>5—27</b>
§ 2. Übersicht . . . . .	5
<b>A. Allgemeine Quellen.</b>	
§ 3. Die heilige Schrift. <i>Norma normans</i> . Auktorität. Gebrauch. <i>Vulgata</i> . . . . .	7
§ 4. Das kanonische Rechtsbuch: <i>Corpus juris canonici</i> . Ältere Kanonen- und Dekretalsammlungen. Pseudoisidorische Dekretalen. <i>Decretum Gratiani</i> . Dekretalen Gregors IX. <i>Liber sextus Bonifacius VIII.</i> Clementinen Clemens V. <i>Extravaganten</i> . Geltung .	11
§ 5. Ältere Staatsverträge. Der Augsburger Religionsfriede. Der Westfälische Friede. <i>Corpus Catholicorum</i> und <i>Corpus Evangelicorum</i> . . . . .	14
§ 6. Neuere Staatsverträge und Reichsgesetze. Der Reichsdeputationshauptschluß. Die deutsche Bundesakte. Neuere Reichsgesetzgebung . . . . .	16
§ 7. Die allgemein gültigen Bekenntnisschriften. <i>Norma normata</i> . . . . .	16

## B. Besondere Quellen.

§ 8.	Die Kirchenordnung der Stadt Braunschweig. Corpus doctrinae Brunsvicensis. Reformation der Stadt Braunschweig. Gottschalk Kruse. Heinrich Lampe. Johannes Bugenhagen. Martin Görlitz. Nicolaus Mebler. Joachim Mörlin. Martin Chemnitz .	19
§ 9.	Die Christliche Kirchenordnungen. Heinrich der Jüngere. Vertreibung und Wiedereinsetzung. Reformation und Gegenreformation . . . . .	20
§ 10.	Julii Kirchenordnung. Inhalt. Julius. Reformation. Geltung im Hannöverschen . . . . .	21
§ 11.	Corpus Doctrinae Iulium. Inhalt. Verpflichtungsformeln. Nichtaufnahme der Konkordienformel .	24
§ 12.	Erneuerung der Kirchenordnung. August der Jüngere. Anton Ulrich. Neuere Bestimmungen .	25
§ 13.	Anderer wichtige Schriften aus älterer Zeit. Klosterordnung. Regelung der kirchlichen Verhältnisse der Stadt Braunschweig . . . . .	26
§ 14.	Neuere Gesetze, Verordnungen und Erlasse. Gesetz- und Verordnungsammlung. Bege Repertorium. Fredericksdorff Promptuarium. Winter. Müller-Karsten. Synodalverhandlungen. Amtsblatt . . . . .	27
§ 15.	Litterarische Hilfsmittel. Stübner. Schlegel. Beste .	27

### Dritter Abschnitt: Einige der wichtigsten Rechtsgrundsätze auf dem Gebiet des evangelischen Kirchenrechts . . . . . 28—38

§ 16.	Ius in sacra. Ius circa sacra. Erklärung . . . . .	28
§ 17.	Ius in sacra. Umfang . . . . .	29
§ 18.	Ius circa sacra. Ius reformandi. Ältere und neuere Auffassung. Geschichtliches . . . . .	33
§ 19.	Ius advocatiae. Geschichtliches. Recht und Pflicht .	35
§ 20.	Ius inspectionis. Umfang des Aufsichtsrechts. Geschichtliches. Katholische Kirche . . . . .	38

### Vierter Abschnitt: Von der Kirchengewalt und vom Kirchenregiment . . . . . 39—66

§ 21.	Erläuterung . . . . .	39
-------	-----------------------	----

§ 22.	Die Schlüsselgewalt. Potestas ordinis od. clavium. Erklärung. Geschichtliches . . . . .	41
§ 23.	Der Löseschlüssel. Predigt. Weichte und Absolution. Sakrament . . . . .	44
§ 24.	Der Bindeschlüssel. Der heimliche Bann. Der öffentliche Bann. Excommunicatio-major und minor. Handhabung des Kirchenbanns. Verfall. Beseitigung der Kirchenbuße. Versuche der Wiederaufrichtung neuer Kirchenzuchtordnungen . . . . .	50
§ 25.	Potestas regiminis. Umfang. Form. Mittel . . . . .	52
§ 26.	Inhaberschaft der Kirchengewalt. Katholische Kirche. Hierarchie. Papst. Episkopat. Klerus. Laien . . . . .	53
§ 27.	Fortsetzung. Evangelische Kirche. Grundsätze und deren praktische Gestaltung. Luthers Meinung . . . . .	57
§ 28.	Fortsetzung. Reformierte Kirche. Schwerpunkt der Kirchenleitung in der Gemeinde. Presbyterial- und Synodalverfassung . . . . .	58
§ 29.	Fortsetzung. Lutherische Kirche. Summepiskopat der Landesherren. Konsistorialverfassung . . . . .	59
§ 30.	Begrenzung der Kirchengewalt des Kirchenregiments <b>nach Innen</b> , nach Seite der Kirche. Katholische Kirche. Evangelische Kirche . . . . .	61
§ 31.	Grenzen der Kirchengewalt des Kirchenregiments <b>nach Außen</b> , nach Seite des Staates. Katholische Kirche. Verhalten zum Staat. Konkordate. . . . .	64
§ 32.	Fortsetzung. Evangelische Kirche. Notwendigkeit und Schwierigkeit der Auseinandersetzung der Kirche mit dem konfessionslosen Staat . . . . .	66

### Fünfter Abschnitt: Verschiedene Theorien hinsichtlich der Verfassung der Kirche . . . . . 67—98

§ 33.	Übersicht . . . . .	67
§ 34.	Das katholische Episkopalsystem. Erklärung. Bildung der Lehre vom Episkopat. Cyprian. Episkopalismus im 15. Jahrhundert. — Gallikanismus im 17. Jahrhundert. Bithou. Bossuet. — Episkopalistische Bewegung im 18. Jahrh. v. Honthelm (Febronius). Emser Puntation. Neueste Bewegung. Döllinger. Ausscheiden des Altkatholizismus. Literatur . . . . .	72

§ 35.	Das Kurialsystem. Curia Romana. Succession. Gregor VII. Innocenz III. Bonifacius VIII. Bulle: Unam sanctam. Tridentinum. Vaticanum. Constitutio: Pastor aeternus. Litteratur . . . . .	81
§ 36.	Die evangelischen Verfassungstheorien. Reformatorische Grundsätze. Beziehung zu den drei Ständen. Stahl's abweichende Meinung. Lehre vom allgemeinen Priestertum und daraus sich ergebende Folgerungen. Eingetretene Vermischung des weltlichen und geistlichen Regiments . . . . .	87
§ 37.	Das evangelische Episkopalssystem. Dem Lehrstande wird das materiale, dem Landesherrn das formale der Kirchengewalt zugesprochen. Devolution der kirchlichen Gewalt der Bischöfe an die Landesherrn. Reinigung. Hauptaufgabe: Erhaltung der reinen Lehre. Daher maßgebender Einfluß der Geistlichkeit. Litteratur . . . . .	89
§ 38.	Das Territorialsystem. Territorialismus im 16. und 17. Jahrhundert. Einfluß des rationalen Naturrechts auf die Gestaltung des Territorialismus im 18. und 19. Jahrhundert. Hugo Grotius. Pufendorf. Thomasius. Böhmer . . . . .	92
§ 39.	Das Kollegialsystem. Die Kirche ein collegium, quod civitati subest. Pfaff. Kollegialrechte. Vertragstheorie. Neuere Entwicklung . . . . .	96
§ 40.	Neuere Litteratur . . . . .	98



## Erster Abschnitt.

### Wesen und Wertschätzung der Wissenschaft des Kirchenrechts.

---

#### § 1.

Die Wissenschaft des Kirchenrechts lehrt, was in der Kirche und für die Kirche als Recht gilt und zu Recht besteht, sowohl inbezug auf ihre eigenen Ordnungen und Einrichtungen an und für sich, als auch inbezug auf ihr Verhältnis zu andern Religionsgesellschaften, mit denen sie in Berührung steht, und zu dem Staate, in dessen Machtbereiche sie sich befindet.

Von wesentlichem Einfluß für die Gestaltung und Entwicklung der rechtlichen Verhältnisse der Kirche und für die Wertschätzung des kirchlichen Studiums ist der Begriff der Kirche, dieser durch die Sendung Christi und des Heiligen Geistes geschenehen Gottesstiftung, in welcher das unsichtbare Reich Gottes in die sichtbare Erscheinung tritt.

Wird die äußere Seite der Kirche in den Vordergrund gestellt, wie dies in der römisch-katholischen Kirche geschieht,\*

---

\* Dem Katholizismus ist die Kirche wesentlich eine Anstalt und zwar nicht bloß eine Heilsanstalt, durch deren Ordnungen und Einrichtungen den ihr treu bleibenden Gliedern das Heil vermittelt und versichert wird, sondern noch viel mehr eine Rechtsanstalt, ein Organismus von Amt und Gewalt, ein Staat im Staate, eine Politia, ja ein Staat über

so wird dann gar leicht ihrer ganzen Verfassung und Einrichtung eine fundamentale Bedeutung beigelegt, ja wohl gar dieselbe in ihrer jeweiligen Beschaffenheit für einen integrierenden Bestandteil ihres Wesens, wovon nichts preisgegeben werden darf, hingestellt. Dann hat auch die Wissenschaft des Kirchenrechts eine fundamentale Bedeutung.\*

Wird die innere Seite der Kirche in den Vordergrund gestellt, wie dies die evangelische Kirche thut,\*\* so hat auch

dem Staate. Bellarmin de eccl. milit. 2: Non putamus requiri internam virtutem, sed tantum externam professionem fidei et sacramentorum communionem. Ecclesia enim est coetus hominum ita visibilis et palpabilis, ut regnum Galliae aut respublica Venetorum.

\* Die katholische Kirche verlangt in ihren Priesterseminarien von den zu ihrem Dienst sich Bildenden außer dem Studium ihrer Pastoraltheologie hauptsächlich Studium ihres Kirchenrechts, damit jeder, wenn er in das Amt tritt, genau wisse, was in demselben an Pflichten ihm obliegt und an Befugnissen ihm zusteht, und damit so die Dienerschaft der streitenden Kirche ein wohlinstruiertes Heer sei, das durch Einheit des Handelns stark, den zu bekämpfenden Feinden der Kirche gegenüber klug und mit gewissen Schritten einhergehe.

\*\* Conf. Aug. VII. Item docent, quod una sancta ecclesia perpetuo mansura sit. Est autem ecclesia congregatio sanctorum, in qua evangelium recte docetur et recte administrantur sacramenta. Hiernach ist also die Kirche wesentlich eine Gemeinde, eine Gemeinde der Heiligen, eine Heilsgemeinde, in welcher ihren Gliedern das Heil durch Wort und Sakrament vermittelt wird. Diese Hinzufügung aber weist darauf hin, daß die Kirche notwendiger Weise auch äußerer bestimmter Ordnungen, Anstalten und Einrichtungen bedarf.

Was an der Unterscheidung zwischen sichtbarer und unsichtbarer Kirche Zutreffendes und Irreführendes ist, siehe bei Stahl, Kirchenverfassung, 2. Ausgabe 1862, S. 53 ff. — Bellarmin de eccl. milit. l. III erklärt: Certe non solum falsa, sed etiam absurda est Protestantium sententia, qui sibi invisibilem confingunt ecclesiam.

die äußere Verfassung und Einrichtung, womit die Kirche dem Rechtsgebiete angehört, nur eine sekundäre Bedeutung. Hierdurch wird auch die Wertschätzung der Wissenschaft des Kirchenrechts herabgedrückt.

Wie nun aber der sichtbare Leib des Menschen keineswegs etwas Unwichtiges ist; wie das Wohlbefinden des ganzen Menschen von der Gesundheit des Leibes ganz wesentlich abhängt, so ist es auch bei der Kirche. Ihr Wohlbefinden, ihr Wachstum, ihre Ausbreitung, alle die reichen Segensströme, die von ihr ausgehen über den Einzelnen, wie über die Völker, welche unter ihrem Schatten leben, hängen nicht zum Geringssten ab von einer gesunden Gestaltung ihrer äußeren Verhältnisse. Deshalb sollte auch die äußere Seite der Kirche und damit das Studium des Kirchenrechts von denjenigen, die zum Dienste an und in der Kirche berufen sind, nicht länger geringgeschätzt und als etwas Unwichtiges angesehen werden.

Der der Kirche in dieser gegenwärtigen Zeit zu leistende Dienst fordert mit unabweisbarer Dringlichkeit, sich dem Studium des Kirchenrechts mit größerem Eifer zuzuwenden; denn nachdem die äußere Entwicklung der Kirche lange Zeit hindurch fast gänzlich stagniert hatte, während die Kirche mit dem Staate gänzlich verflochten war gemäß jenem territorialistischen Grundsatz: *cujus regio, ejus religio*, befinden wir uns nun in einer Periode der Umwandlung und Neuordnung der rechtlichen Verhältnisse der Kirche. Die Einführung des konstitutionellen Prinzips im Staate hat die Einführung innobdaler Institutionen in die ev. Kirche zur Folge gehabt; die Proklamierung der Gleichberechtigung aller Staatsbürger, der Grundsatz des Indifferentismus des Staates gegen die Konfession, welcher zeitweise sich gesteigert hat bis zum Indifferentismus gegen die Religion überhaupt; — die Aufhebung des vom Staate früher ausgeübten Tauf-, Konfirmations- und Trauzwangs, neben Einführung der Standesämter und der obligatorischen Civilehe; — die Simultanisierung des höheren Schulwesens und die von

Vielen verlangte und vielerwärts auch bereits durchgeführte Simultanisierung der Volksschule; — neben und gegenüber diesen „Errungenschaften“ unserer Zeit mit der Tendenz, den Einfluß der Kirche auf das Volksleben zurückzudrängen, so daß man „außerhalb des Schattens der Kirche leben und sterben kann“, die mannigfachen Bestrebungen der kirchlich Gesinnten in freien Vereinen, Einrichtungen und Anstalten, die unter dem gemeinsamen Namen Mission, innere und äußere, zusammengefaßt werden mit der Tendenz, das Evangelium Jesu Christi, diesen der Kirche anvertrauten herrlichsten Schatz, mit allen seinen Kräften zur Vinderung geistlicher und leiblicher Nothstände wieder in alle die Kreise zu tragen, die der Kirche und ihrem Einfluß fremd waren und entfremdet sind; — alle diese verschiedenartigen Dinge stellen der Gestaltung der Kirche Aufgaben, welche, wenn sie in einer für die Kirche heilbringenden Weise gelöst werden sollen, vor Allem auch eine sorgfältige Kenntniß dessen erfordern, was in und für die Kirche thatsächlich als Recht gilt und ihrem Wesen nach prinzipiell als Recht gelten soll.

---

## Zweiter Abschnitt.

### Von den Quellen des Kirchenrechts.

---

#### § 2. Übersicht.

Es giebt allgemeine und besondere Rechtsquellen.

A. Die allgemeinen Quellen, welche unsere braunschweigische Landeskirche mit anderen Kirchengemeinschaften gemein hat, sind:

1. Die Heilige Schrift,
2. Das kanonische Rechtsbuch *Corpus juris canonici*,
3. Verschiedene deutsche Staatsverträge und Reichsgesetze,
4. Die allgemein gültigen Bekenntnisschriften.

Hiervon haben wir einige nicht nur mit den anderen ev.-luth. Landeskirchen, sondern auch mit der römisch-katholischen Kirche gemein.

B. Die besonderen Quellen, welche unsere Landeskirche für sich hat, sind:

1. Die Kirchenordnungen und Lehrordnungen,
2. Die Gesetze, Verordnungen und Erlasse unseres Kirchenregiments,
3. Litterarische Hilfsmittel kirchenrechtlichen Inhalts.

## A. Allgemeine Quellen.

### § 3. Die Heilige Schrift.

Die Heilige Schrift ist *norma normans* des Glaubens und des Lebens der Christen, mithin auch maßgebende Quelle des Rechts, das in der Kirche zu gelten hat. Dabei ist aber Nachfolgendes zu berücksichtigen:

- a) Hinsichtlich der Auctorität der H. S. Die katholische Kirche stellt das A. T. dem N. T. und in ersterem die kanonischen den apokryphischen Büchern an normativer Dignität gleich, während die ev. Kirche die letzteren überhaupt nicht als normativ anerkennt und auch das A. T. hinter das N. T. zurückstellt und von dessen Bestätigung abhängig macht.
- b) Was den Gebrauch der H. S. zu kirchenrechtlichen Bestimmungen betrifft, so nimmt die katholische Kirche Unfehlbarkeit der Auslegung derselben und zwar in Form der zu Trient für unfehlbar erklärten Vulgata für sich in Anspruch, während die ev. Kirche die Auslegung der Schrift aus der Schrift der vom heiligen Geist geleiteten theologischen Wissenschaft freigiebt und dabei in Fällen des Zweifels auf den Grundtext zurückgeht.
- c) Die ev. Kirche findet in der H. S. weniger positive Rechtsbestimmungen, als vielmehr nur ethische Prinzipien niedergelegt, nach denen zu beurteilen ist, was in der Kirche als Recht sich geltend machen will und soll.\*

---

\* Die Idee eines im A. T. enthaltenen positiven göttlichen Rechts hat sich eine Zeit lang in der ev. Kirche z. B. im Gebiet des Eherechts,

Das Konzil zu Trient faßte in seiner 4. Sitzung am 8. April 1546 den denkwürdigen Beschluß, daß alle Bücher des Alten und N. T., wie sie in der Vulgata vorlägen, auch die Apokryphen des N. T. kanonisch seien. Es wird bestimmt Sess. IV: De editione et usu librorum sacrorum statuit et declarat, „ut haec ipsa vetus et vulgata editio, quae longo tot saeculorum usu in ipsa ecclesia probata est in publicis lectionibus, disputationibus, praedicationibus et expositionibus pro authentica habeatur et ut nemo illam quovis praetextu rejicere audeat vel praesumat.“

Als authentische Ausgabe der Vulgata gilt die Biblia s. vulgatae editionis Sixt. V P. M. jussu recognita atque edita. Romae ex typogr. apostolica Vaticana 1592.

#### § 4. Das kanonische Rechtsbuch Corpus juris canonici.\*

Nachdem man frühzeitig angefangen hatte, die Bestimmungen der Konzilien und wichtigeren Synoden, wie auch die Dekrete der Päpste zu sammeln,\*\* legte Gratian, ein Ca-

wenn auch unbestimmt und schwankend behauptet. Gegenwärtig ist aber diese Herrschaft alttestamentarischer Rechtsätze als überwunden zu betrachten.

\* *κανών* bez. in der klass. Gräcität den graden Stab, Maßstab, Wagebalken, tropisch Richtschnur, Norm. So auch Gal. 6, 15. Phil. 3, 16. Später hieß derjenige Typus der christlichen Lehre, der gegenüber den Häresien als Norm des Glaubens und Lebens anerkannt wurde, *ὁ κανὼν τῆς ἀληθείας* oder *ὁ κανὼν ὁ ἐκκλησιαστικὸς*, auch *ὁ κανὼν* schlechthin, regula veritatis oder fidei. Während man nun die bürgerlichen Rechtsregeln mit *νόμος*, lex bezeichnete, so wurden sehr früh die kirchlichen Bestimmungen, auch wenn sie nur die äußeren Verhältnisse der Kirche betrafen, mit *κανὼν* bezeichnet.

Ecclesiastica constitutio canonis nomine censetur (Gratian). Canonum alii sunt decreta Pontificum, alii statuta conciliorum. Im 12. Jahrhundert unterschied man das jus canonicum von dem jus civile.

\*\* Zu den wichtigeren Sammlungen gehören:

- a. Die Apostolischen Kanones *κάνονες τῶν ἀγίων καὶ πανόπτων*

maßduler Mönch zu Bologna (um 1150), indem er sie ordnete und in wissenschaftliche Verbindung brachte, den Grund zu dem *Corpus juris canonici*. Dasselbe enthält

- 
- Αποστόλων*, welche zwar sehr alt sein mögen, aber ebensovienig apostolischen Ursprungs sind, wie das Apostolische Symbolum.
- b. Die vom Mönch Dionysius exiguus † 556, dem Urheber der gemeinen christlichen Ära, veranstaltete Sammlung, welche durch die im Laufe der Zeit erlassenen päpstlichen Dekretalen vervollständigt wurde und durch die Bemühungen des Papstes Hadrian unter Karl dem Großen durch Beschluß der Reichssynode zu Aachen (802) offizielle Geltung erhielt als *Codex canonum*. Diese Sammlung führt den Namen *Codex Dionysio-Hadrianeus*.
- c. Die spanische Kanonen- und Dekretalensammlung seit dem 6. Jahrhundert, irrtümlich dem Bischof Isidor von Sevilla † 636 zugeschrieben, welchen seit dem 9. Jahrhundert die berichtigten sogenannten Pseudoisidorischen Dekretalen hinzugefügt wurden. Die Tendenz dieser aus einer großen Anzahl unechter Briefe von Päpsten aus den ersten 3 Jahrhunderten bestehenden Sammlung war die Befreiung des Episkopats von weltlichem Einfluß. Zu diesem Zweck wird der römische Primat als Spitze und Schutz des Episkopats gehoben. Das Papsttum aber weiß diese Handhabe zur Vermehrung seines Einflusses mit großer Klugheit und Energie zu benutzen, und der Erfolg ist, daß mit dem Primat der Episkopat zwar von weltlichen Einflüssen unabhängig gemacht wird, aber daß letzterer in völlige Abhängigkeit gerät unter die römische Kurie. Das Kurialsystem hat das Episkopalssystem verdrängt und nun wurde eine Reformation der Kirche an Haupt und Gliedern ein unabweisbares Bedürfnis.

Von dem 8. bis 12. Jahrhundert entstanden noch eine große Anzahl Kanonensammlungen, welche den Zweck verfolgten, das reiche Material in Verbindung mit neueren kirchlichen Satzungen zu einem übersichtlichen und dem praktischen Bedürfnisse entsprechenden Ganzen zu vereinigen. Unter diesen erlangte das *Decretum Gratiani* um seiner Vollständigkeit und praktischen Brauchbarkeit willen das größte Ansehen, obwohl es nie von irgend einem Papste bestätigt oder als authentischer Codeg der Kirche rezipiert worden ist.



1. Das *Decretum Gratiani*, auch genannt *Concordantia discordantium canonum*. Dieses von dem vor-  
genannten Mönch Gratian verfaßte Werk besteht aus 3  
Teilen, welche zerfallen in
  - a. 101 *Distinctiones*, sodann in *canones*,
  - b. 36 *causae*, sodann in *quaestiones*,
  - c. de consecratione, 5 *distinctiones*, sodann in *canones*.\* —
2. Die *Decretalen* Papst Gregors IX. 1234 in fünf  
Büchern.\*\*

\* Die *Distinctiones* handeln von den Quellen des Rechts und von den kirchlichen Personen. Die *Causae* (Rechtsfälle) werden aufgelöst in *quaestiones* (Rechtsfragen) und durch *canones* beantwortet. Der dritte Teil de consecratione handelt von den Religionshandlungen, besonders von den Sakramenten.

Nach Herausgabe des *Decretum Gratiani*. dem schon ein Schüler Gratians Paucapalea einzelne *canones* zur Ergänzung hinzufügte, welche die Bezeichnung *Palea* erhielten (nach jenem Paucapalea und nicht p. alia = post alia oder nach wörtlicher Uebersetzung „Spreu“), machte sich bald das Bedürfnis von Nachträgen geltend. In dem Maße als die Zahl dieser Nachträge wuchs, die man schon *Extravagantes* (*extra decretum vagantes*), nannte, trat das Bedürfnis einer Sichtung, Ordnung und Verarbeitung derselben hervor. Diesem Bedürfnisse genügte die *Gregorische Decretalensammlung*, welcher dann später aus demselben Grunde noch die andern oben bezeichneten Bestandteile des *Corpus juris canon.* hinzugefügt wurden.

\*\* Das erste Buch handelt, nachdem die Grundlagen und Grundsätze des kanonischen Rechts dargelegt sind, von den kirchenregimentlichen Personen, welche befugt sind, rechtsgültige Bestimmungen zu treffen. Daran schließen sich noch Erörterungen über Vorbereitung gerichtlicher Untersuchungen und über Verhütung und friedliche Beilegung von Rechtsstreitigkeiten.

Das 2. Buch handelt von dem gerichtlichen Verfahren selbst: Wie eine Sache (*causa*) aufzufangen und zu ordnen ist (*instituenda seu ordinanda*).

3. Das *liber sextus*, eine von Bonifacius VIII. 1298 veröffentlichte Sammlung, welche nach dem Gregorianischen System gleichfalls wieder in 5 Teile abgeteilt war.
4. Die Clementinen, eine von Clemens V. 1313 veröffentlichte und unter seinem Nachfolger Johann XXII. neu redigierte Sammlung, durch welche die bisher erschienenen Extravaganten (cf. hierzu die Anmerkung) sollten beseitigt werden.

Hiermit schließen die offiziellen Dekretalsammlungen ab. Indessen dem aus den 4 vorgenannten Bestandteilen bestehenden Rechtsbuch (*corpus juris canonici clausum*) sind noch hinzugefügt:

5. Die Extravaganten, welche Johannes Chappuis, ein Pariser Rechtsgelehrter, gelegentlich einer gegen Ende des 15. Jahrhunderts in Paris veranstalteten Gesamtausgabe des *Corpus juris canonici* sammelte und nach dem herkömmlichen System ordnete.\*

Geltung hat das *Corpus j. c.* nicht nur in der römisch-

---

inchoandave); wie sie zu führen ist (*instruenda*) und wie sie zu entscheiden und zu beendigen ist (*dirimenda et terminanda*).

Das 3. und 4. Buch handelt von den civilrechtlichen und das 5. Buch von den criminalrechtlichen Sachen, insoweit dieselben der kirchlichen Gerichtsbarkeit unterstellt sind als rein geistliche (*spiritualia*) oder als gemischte. Nur die rein weltlichen Sachen (*temporalia*) fallen außerhalb ihres Bereiches.

Den Inhalt der Bücher bezeichnet der Hexameter:

*Judex, judicium, clerus, connubia, crimen.*

\* Eine im Jahre 1590 von Petrus Matthäus zu Lyon unter dem Titel *Liber septimus decretalium* veröffentlichte Sammlung wurde zwar in mehreren älteren Ausgaben des *Corp. j. c.* unter den Anhängen abgedruckt, fand aber keine offizielle Anerkennung und Anwendung. Auch ein unter den Päpsten Gregor XIII. und Clemens VIII. bearbeitetes und 1598 herausgegebenes *liber septimus* wurde wieder zurückgezogen.

katholischen Kirche in verschieden modifizierter Weise,\* sondern auch die evangelische Kirche hat, obwohl Luther das kanonische Rechtsbuch am 20. Dezember 1520 zu Wittenberg feierlich verbrannte, die Anwendbarkeit des kanonischen Rechts in Beziehung auf viele Rechtsinstitute, welche durch die dogmatischen Differenzen und durch den Protest gegen das Papsttum nicht berührt wurden, anerkannt.\*\*

Deutsche Staatsverträge und Reichsgesetze, welche kirchliche Angelegenheiten betreffen.

### § 5. Ältere Staatsverträge.

#### a. Der Augsburger Religionsfriede 1555.

Derjelbe ist, wie der Westfälische Friede, nicht anzusehen als ein Friede zwischen der katholischen und evangelischen Kirche, denn der Papst hat namens der kath. Kirche dagegen protestiert, und eine einheitlich vertretene evangelische Kirche, die ihn hätte schließen können, gab es nicht; sondern er ist ein

---

\* Die einzelnen Bestandteile des Corp. j. c. haben eine größere oder geringere Wichtigkeit, je nachdem sie offiziell anerkannt sind oder nur wie die Extravaganten-Sammlungen als Privatarbeit betrachtet werden. Auch findet der Grundsatz, daß das neuere Recht dem älteren vorgeht, seine Anwendung. So ist ein großer Teil der im Decretum enthaltenen Stellen durch die Dekretalen antiquiert und hinwiederum Bestimmungen der Dekretalen durch das liber sextus und die Clementinen. Vielfach sind auch Satzungen des Rechtsbuchs durch das neuere Recht, das Tridentinum, Erlasse neuerer Päpste, Konfirkdate u. s. w. beseitigt oder geändert.

Die beste Ausgabe ist von Richter ed. Friedberg Lpz 1880—82.

\*\* Die Homberger Synode beschloß 1526: Porro jus illud contra fas vocatum canonicum omnino legi prohibemus. Luther hat in seiner späteren Periode die Unentbehrlichkeit des kanonischen Rechts anerkannt. Dasselbe wurde zu Wittenberg gelehrt und in den Kirchenordnungen des 16. Jahrhunderts häufig benutzt.

Staatsvertrag zwischen dem Kaiser und den katholischen Reichsständen einerseits und den evangelischen Reichsständen anderseits.

Der Augsb. Religionsfriede hat nicht etwa Freiheit des Religionsbekenntnisses und der Religionsübung für die einzelnen Landesangehörigen proklamiert, sondern von kathol. Seite wurde das Zugeständnis gemacht, daß diejenigen Stände, die schon bisher der Augsburgerischen Konfession zugethan waren, auch fernerhin ungestört bei derselben verbleiben dürften. Den katholischen Ständen solle es freistehen, die Augsb. Konfession anzunehmen und evangelisch zu werden, jedoch hinsichtlich der geistlichen Stände (Erzbischöfe, Bischöfe zc., die mit Regierungsgewalt bekleidet waren) mit dem Vorbehalt *reservatum ecclesiasticum*, daß sie im Fall ihres Übertritts ihrer Beneficien verlustig gehen sollten, d. h. nicht nur ihrer Kirchenämter, sondern auch der weltlichen Regierungsgewalt und deren Einkünfte, womit sie von Seiten des Kaisers und des Reichs belehnt waren.

#### b. Der Westfälische Friede 1648.

Derjelbe bestätigt und erweitert den Augsburgerischen Religionsfrieden, in welchen nunmehr auch die Reformierten eingeschlossen werden.\* Der Grundsatz der Gleichberechtigung wird aufgestellt,\*\* das *reservatum ecclesiasticum* wird auf-

\* Art. VII § 1. placuit, ut quicquid juris aut beneficii, cum omnes aliae constitutiones imperii, tum pax religionis et publica haec transactio, in eaque decisio gravaminum ceteris catholicis et Aug. conf. addictis statibus et subditis tribuant, id etiam iis, qui inter illos reformati vocantur, competere debeat. (cf. Hering, neue Beiträge zur Gesch. der ev.-ref. Kirche in den Preuß. Brandenb. Ländern. Berlin 1788.

\*\* Art. V § 1. quod uni parti justum est, alteri quoque sit justum, violentia omni et via facti, ut alias, ita et hic inter utramque partem perpetuo prohibita. — § 35. Sive autem catholici, sive Aug. Conf. fuerint subditi nullibi ob religionem despiciatui habeantur nec

gehoben. Den Landesherren wird für ihre Territorien das herkömmliche *jus reformandi* zwar belassen,\* aber dasjelbe dadurch beschränkt, daß für das Recht des Besitzes der beiderseitigen Güter und Gerechtsame der Besitzstand vom 1. Jan. 1624 (Normaljahr) als entscheidend festgesetzt wurde, Evangelische unter katholischer und Katholiken unter evangelischer Landesherrschaft sollen diejenige Religionsübung, welcher sie an irgend einem Tage des Jahres 1624 theilhaftig waren, ferner hin ungestört haben dürfen. Diejenigen aber, welche während des Jahres 1624 weder öffentlichen noch privaten Kultus besaßen, sollten dem *jus reformandi* unterworfen bleiben, wie auch diejenigen, welche später ihre Konfession wechselten.

Nach dem westfälischen Frieden waren die Staaten Deutschlands im Großen und Ganzen entweder katholisch oder evangelisch. Die evangelischen Stände wurden behuf Wahrung ihrer Rechte durch das 1653 zu Regensburg eingesezte *Corpus Evangelicorum* vertreten, das unter Kurjächsischem Direktorium stand.

Schon längst war infolge der Kirchenspaltung die Bildung von zwei Fraktionen in den Reichstagen erfolgt, welche sich im Laufe der Zeit zu selbständigen politischen aus den Gesandten der betreffenden Stände bestehenden Kollegien entwickelten als

a mercatorum opificum ac tribuum communione haereditatibus, legatis, hospitalibus, leprosoriis, eleomosynis, aliisque juribus aut commerciis, multo minus publicis coemeteriis, honoreve sepulturae arceantur, aut quicquam pro exhibitione funeris a superstitionibus exigatur, praeter cujusque parochialis ecclesiae jura pro demortuis pendi solita; sed in his et similibus pari cum concivibus jure habeantur aequali justitia protectioneque tuti.

\* Art. V § 30. conventum est, hoc idem porro quoque ab utriusque religionis statibus observari, nullique statui, quod ipsi ratione territorii et superioritatis in negotio religionis competit impediri oportere. — Über d. *jus ref.* siehe später.

Corpus Catholicorum und Corpus Evangelicorum. Dies wurde schon 1582 auf dem Reichstage zu Regensburg als eine *res bene et sapienter a majoribus instituta* angesehen, aber die förmliche Konstituierung erfolgte erst am 22. Juli 1653. Das Corpus Evangelicorum hatte seinen Sitz in Regensburg, verhandelte ganz selbständig mit dem Kaiser, mit einzelnen Reichsständen und mit auswärtigen Souveränen. Das Direktorium wurde von Kurfürsten auch selbst noch nach geschehener Konversion des Fürstenhauses zum Katholizismus ausgeübt, indem der kurfürstliche Komitialgesandte in Ausübung des Direktoriums von dem Kurfürsten ganz unabhängig sein und seine Instruktionen nur vom Geheimratskollegium zu Dresden empfangen sollte. Mit Auflösung des deutschen Reiches 1806 ging diese Einrichtung zu Grabe.

## § 6. Neuere Staatsverträge.

### a. Der Reichsdeputationshauptschluß zu Regensburg v. 25. Februar 1803.

Indem derselbe die durch Landabtretungen an Frankreich zerrütteten Territorialverhältnisse Deutschlands mittelst Säkularisation katholischer geistlicher Güter und Stifte\* neu ordnete, erhielten protestantische Regenten vielfach katholische Territorien und umgekehrt. Da nun hierdurch die Bevölkerung in höherem Maße eine gemischte wurde, so bestimmte der Reichsdeputationshauptschluß, daß ein mehr oder weniger zu beschränkendes Recht freier Religionsübung eingeräumt werden solle.

---

\* Alle geistlichen Güter mit Ausnahme eines kleinen Stückes vom bisherigen Erzstift Mainz, sowie die Besitzungen des deutschen und Maltejer Ritterordens, deren Großmeister ihren Platz im Fürstenrate behielt, wurden verteilt. Auch wurden von den 51 Reichsstädten, die es damals gab, 45 in die Entschädigungsmasse geworfen.

b. Die deutsche Bundesacte v. 8. Juni 1815,  
die Frucht des Wiener Kongresses.

Dieselbe bestimmt Art. 16: „Die Verschiedenheit der christlichen Religionsparteien\* kann in den Ländern und Gebieten des deutschen Bundes keinen Unterschied in dem Genuße der bürgerlichen und politischen Rechte begründen.“ Es werden aber keine genaueren Bestimmungen getroffen, durch welche die übereinstimmende Durchführung dieses Grundsatzes der Parität geregelt würde.

Daß über die kirchlichen Verhältnisse in Art. 16 nichts bestimmt ist, folgt nicht bloß daraus, daß nur politische und bürgerliche Rechte genannt sind, sondern ergibt sich auch aus den Verhandlungen selbst. Es war nämlich noch ein besonderer Artikel über das Kirchenwesen in Vorschlag gebracht, welcher zuletzt die Fassung erhalten hatte: „Die katholische Kirche in den Bundesstaaten wird eine ihre Rechte und Dotation sichernde Verfassung erhalten. Ebenso werden die Rechte der Evangelischen in jedem Bundesstaat in Gemäßheit der Friedensschlüsse, Grundgesetze oder anderer gültigen Verträge aufrecht erhalten.“ Dies wurde aber in der 10. Sitzung zurückgewiesen. (cf. Klüber, Acten des Wiener Kongresses I 110, II 305 ff.)

c. Der Frankfurter Bundestag hat sich nicht mit kirchlichen Angelegenheiten befaßt.

Daß im Jahre 1871 neu entstandene deutsche Reich hat durch seine im Reichsgesetzblatt niedergelegte Gesetzgebung insofern auf die Rechtsverhältnisse der Kirche eingewirkt, als durch dieselbe die Grenzen zwischen Staat und Kirche

---

\* Religionsparteien nicht im modernen Sinne, die Sekten einschließend, sondern im Sinne des Westfälischen Friedens nur die katholische, lutherische und reformierte Konfession bezeichnend.

schärfer bestimmt und manche bisher von der Kirche ausgeübte Rechte, z. B. das der Eheschließung und Beurkundung des Personenstandes von dem Staate in Anspruch genommen sind.

### § 7. Die allgemein gültigen Bekenntnisschriften.

Dieselben haben nur Geltung als *norma normata*, so weit sie in Übereinstimmung sind mit den Lehren der heiligen Schrift, und kommen hier nur in Betracht, insoweit sie Bestimmungen über kirchenrechtliche Fragen enthalten.\*

## B. Besondere Quellen des Rechts, die unsere Landeskirche für sich hat.

### 1. Die Kirchenordnungen und Lehrordnungen.

#### § 8. Die Kirchenordnung der Stadt Braunschweig

v. J. 1528. Dieselbe war verfaßt von Johann Bugenhagen, dem Reformator der Stadt Braunschweig, und erschien zuerst in plattdeutscher Sprache, danach aber 1531 hochdeutsch. Sie wurde vereinigt mit noch andern Bekenntnisschriften; — der Augsburgerischen Konfession nebst deren Apologie, den Schmalcaldischen Artikeln und einer Erklärung der Sächsischen Theologen auf dem Lüneburgerischen Konvent „Was das Corpus doctrinae belanget dabei man gedenket zu bleiben“. Dieses so gebildete Corpus doctrinae Brunsvicense wurde 1564 dem geistl. Ministerium zu Braunschweig zur Unterschrift vorgelegt und bildete bis zur Zeit der sogenannten Reduktion der Stadt Braunschweig\*\* unter Herzog Rudolph

\* Dieselben sind enthalten im Corpus doctrinae Julium cf. § 11.

\*\* Nachdem in früheren Zeiten die wohlbefestigte Stadt oftmals vergeblich belagert war, gelang es endlich dem Herzoge Rudolph August im



August 1671 die Grundlage ihres selbständigen Kirchenregiments. Nachdem hiernach die Stadt dem landesherrlichen Kirchenregiment unterstellt ist, gilt das C. d. B. zwar nicht mehr unbedingt, sondern nur noch in Unterordnung unter die Landesherrlichen Kirchenordnungen, ist aber auch nicht ausdrücklich abrogirt.

Während der zu Wolfenbüttel residierende Herzog Heinrich der Jüngere die „Martinische Ketzerei“ verbot, fand Luthers Lehre in der Stadt Braunschweig früh Anhänger. Der Benediktiner-Mönch Gottschalk Kruse 1521. Insbesondere wandten sich viele Prädikanten (Heuerpfaffen) alsbald der evangel. Lehre zu; darunter waren Heinrich Lampe und Joh. Oldendorp zu St. Magni 1527. Um der entstehenden Verwirrung zu steuern, berief der der neuen Lehre sich zuneigende Magistrat im Februar 1528 zuerst den Magister Heinrich Winkel aus Halberstadt und sodann Bugenhagen.

Joh. Bugenhagen, gen. Dr. Bommer, geb. 24. Juni 1485 zu Wollin, Rektor zu Treptow an der Rega 1504—1521, wurde 1520 durch Luthers Schrift von der babylon. Gefangenschaft für die Reformation gewonnen, ging 1521 nach Wittenberg, wo er lernte und lehrte und erhielt 1523 das Pastorat an der Pfarrkirche daselbst. Er verstarb zu Wittenberg 20. April 1558. Seine Hauptwirksamkeit bestand in Einführung und Befestigung der Reformation und Aufrihtung evangel. Kirchenordnungen, wozu er von verschiedenen Städten und Ländern erbeten wurde, in welchen er dann kürzere oder längere Zeit verweilte. Braunschweig 1528, Hamburg 1529, Lübeck 1530,

Berein mit seinen lüneburgischen Agnaten Georg Wilhelm von Celle und Johann Friedrich von Hannover Braunschweig ohne erhebliche Gegenwehr zu unterwerfen. Am Pfingstmontage 12. Juni 1671 zogen die Sieger ein. Die Stadt wurde dem Herzog Rudolph August erblich zugesprochen, wogegen derselbe auf die von seinem Vater noch besessenen Dannenbergischen Ämter zu Gunsten Georg Wilhelms verzichtete und den von Heinrich dem Löwen aus Palästina mitgebrachten Reliquienchat dem katholisch gewordenen Johann Friedrich überließ.

Pommern 1535, Dänemark 1537—1542, Schleswig-Holstein 1541. Zu Minden, Osnabrück, Göttingen, Soest, Bremen u. s. w. wurden die Kirchenordnungen nach dem Muster der von ihm eingeführten eingerichtet.

In Braunschweig verweilte er vom 20. Mai 1528 bis zum Herbst 1528, predigte wöchentlich dreimal, hielt täglich Latein. Vorlesungen über Römer- und Timotheusbriefe, um die Geistlichen tiefer in das Verständnis der Schrift einzuführen. Die von ihm verfaßte, sodann vom Rat und dem geistl. Ministerium genehmigte und am 8. Sept. 1528 eingeführte Kirchenordnung hat den Titel: „Der Erbarn Stat Brunswyk christlike ordeninge, to denste dem hilgen evangelio christliker leve, tucht frede unde eynicheyt. Of darunder vele christlike lere vor de borgere dorch Joannem Bugenhagen Pomeran bescreven 1528. Wittenberg.“ Sie erschien 1531 zu Nürnberg in hochdeutscher Sprache, ist aber neuerdings durch den Stadtarchivar Hänselmann 1885 neu herausgegeben. Bugenhagen verweilte noch dreimal in Braunschweig, 1529 mehrere Wochen, 1531 nur auf der Durchreise und 1542, um auch das Land zu reformieren.

Zur Befestigung der Reformation in Braunschweig trugen ganz wesentlich die Männer bei, welche als Superintendenten an der Spitze des geistl. Ministerii standen und vom Magistrat mit großer Umsicht und nicht geringen Opfern unter den vorzüglichsten Theologen Deutschlands ausgewählt wurden. Solche waren Martin Görlitz, (Gorolitus), noch von Bugenhagen auf Luthers Rat eingeführt 1528—1542, Verfasser der „Christlichen Kerkenordeninge“ (siehe § 9), † als Professor zu Jena 1549. Nicolaus Medler 1545—1551, Begründer eines „Paedagogium Publicum“, an welchem auch ein Justus Jonas und Flacius Illyricus vorübergehend wirkte,\* das aber nur kurze Zeit bis 1551 bestand. Joachim Mörlin, au

---

\* Auch Melanchthon, der in jener stürmischen Zeit Luthers Witwe, Katharina von Bora, nach Braunschweig in Sicherheit brachte und dort vom 3.—19. Mai 1547 weilte, hat in diesem Pädagogium einige Vorlesungen gehalten.

Danzig berufen 1553—1567, † zu Königsberg 1571, ein eifriger und streitbarer Verfechter der reinen luth. Lehre. Besonders hat Martin Chemnitz (geb. 9. Nov. 1522 zu Treuenbriezen, wirkte in Braunschweig als Roadjutor 1554—1567, als Superintendent 1567—1584, † 8. April 1586), Verfasser des Examen Concilii Tridentini. Berater und Freund des Herzogs Julius, in hervorragender Weise beteiligt an dem Konfordinwerke, das theologisch-wissenschaftliche Leben zu solcher Blüte gebracht, daß Braunschweig in der theol. Welt eine fast ebenso große Bedeutung erlangte, als die Universität Wittenberg.\*

### § 9. Die Christliche Kerkenordenunge.

Die von dem Braunschw. Stadtsuperintendenten Gorolitius unter Bugenhagens und Corvinus' Beihilfe in plattdeutscher Sprache ausgearbeitete „Christliche Kerken-Ordenunge im Lande Brunschwig Wulffenbüttels“ deless v. J. 1543 hat nur 4 Jahre in Geltung gestanden, als es den Häuption des Schmalkaldischen Bundes 1542 gelungen war, den katholisch gebliebenen Herzog Heinrich den Jüngeren zu vertreiben und zu Wolfenbüttel eine Bundesregierung einzusetzen.\*\* Als nach der Schlacht bei Mühlberg 1547 Heinrich wieder

\* Eine auf sorgfältigen Studien beruhende ausführlichere Darstellung findet sich in J. Weste, Geschichte der Braunschweigischen Landeskirche. Wolfenbüttel, J. Zwißler 1889.

\*\* Heinrich der Jüngere 1514—1568, ein sehr kriegerischer Fürst war wie Kaiser Karl V., sein Jugendfreund, katholisch geblieben, und dem von diesem 1538 zu Nürnberg gestifteten gegen den Schmalkaldischen Bund gerichteten Heiligen Bunde (Liga sancta) beigetreten. Da er nun als Bundesoberster des sächsischen Bezirks eifrig Kriegsvorbereitungen betrieb, so vertrieben ihn die Häupter des Schmalkaldischen Bundes, Philipp von Hessen und Johann Friedrich von Sachsen, im Bunde mit der Stadt Braunschweig, besetzten sein Fürstentum und führten darin die Reformation ein.

in den Besitz seines Landes gelangte, setzte derselbe 1548 obige Kirchenordnung außer Kraft und stellte den katholischen Gottesdienst wieder her.

### § 10. Julii Kirchenordnung.

Herzog Julius ordnete sogleich nach seiner Thronbesteigung im Juli 1568 eine allgemeine Kirchenvisitation an und erließ 1569 die von Martin Chemnitz, Stadtsuperintendent zu Braunschweig, und Jacob Andrea, Kanzler zu Württemberg, verfaßte treffliche „Kirchenordnung Unser von Gottes Genaden Julii, Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg &c.

Dieselbe zerfällt in 3 Teile.

Der erste dogmatische Teil enthält „Was das Corpus Doctrinae, das ist die Form und das Fürbilde der reinen Lehre in den Kirchen dieses Fürstenthums hinfüro seyn soll“, und den „kurzen einfeltigen und nothwendigen Bericht von etlichen fürnehmen Artikeln der Lehr“, u. s. w.

Der zweite rituelle Teil enthält die „Agenda oder Kirchen-Ordnung, Wie es mit den Ceremonien in den Kirchen unsers Fürstenthums angerichtet und gehalten werden soll“.

Der dritte kirchenrechtliche Teil enthält Bestimmungen, die sich auf den Dienst, die Organisation und Verfassung der Kirche beziehen.

Geltung hat Julii Kirchenordnung noch immer, insoweit ihre Bestimmungen durch spätere kirchenordnungsmäßige Erlasse nicht aufgehoben sind.

Julius geb. 1528, † 1589 war zum geistl. Stande bestimmt, da er wegen einer infolge eines Falles frühzeitig erlittenen Fußbeschädigung kriegsunfähig erschien. Da seine Studien ihn der Lehre Luthers zuführten, lastete seines Vaters Zorn schwer auf ihm. Nachdem aber seine beiden älteren

Brüder bei Sievershausen 1553 gefallen waren und nun die Thronfolge auf ihn überging, wurde Heinrich, sein Vater, milder gesinnt, ja derselbe soll sich zuletzt noch selbst dem Evangelio zugewendet haben, wenn er auch äußerlich der katholischen Kirche treu blieb.

Julius berief zu Visitatoren: Chemnitz, Andreä, Ulner (Abt des Klosters Bergen bei Magdeburg) und 3 Juristen Berthold Reich, Heinrich v. Neden und Franz v. Gramm. Am 10. Oktober 1568 fing man in Wolfenbüttel an, begab sich von Stadt zu Stadt, von Kloster zu Kloster, wohin die Geistlichen der Umgegend bestellt waren, examinierte, suspendierte die Untauglichen oder der Augsburgischen Konfession Abgeneigten und ordnete vorläufig die kirchl. Verhältnisse. Da 77 Geistliche gänzlich untauglich und 59 Pfarren gar nicht besetzt waren, so suchte man auswärtige heranzuziehen, besonders aus Württemberg durch Vermittlung Andreäs. Indessen nur Wenige ließen sich bereit finden, aus dem Weinlande in ein Bierland zu gehen, wie Andreä an Chemnitz schreibt: „illis persuadere non potui, ut a vino ad cerevisiam sese paterentur vocari.“ Der Einblick in diese traurigen Zustände wird nicht wenig dazu beigetragen haben, den Herzog Julius zu bestimmen, eine höhere Lehranstalt im Lande selbst zu begründen. 1571 wurde das Pädagogium zu Sandersheim eröffnet, dasselbe 1574 nach Helmstedt verlegt und 1576 zur Universität erweitert.

Julii Kirchenordnung hat auch Geltung in mehreren Teilen des vormaligen Königreichs Hannover, die damals unter der Regierung des Herzogs Julius standen, nämlich im Fürstentum Kalenberg, das nach Erichs II. Tode 1584 ihm zufiel, im Fürstentum Göttingen, das schon seit 1498 mit Kalenberg verbunden gewesen war, im Hochstift Hildesheim, das teils schon früher zu Braunschw.=Wolfenb. gekommen war, teils 1584 mit Kalenberg ihm zufiel, und in einem Teile des Fürstentums Grubenhagen, dem ehemaligen Kommunion-Oberharze.

## § 11. Das Corpus Doctrinae Julium.

Da jene den ersten Teil von Julii Kirchenordnung bildende von Chemnitz verfaßte Darstellung der reinen Lehre zur

Sicherstellung derselben nicht genügend erschien, so beauftragte Herzog Julius den Chemnitz mit Herausgabe einer Sammlung der mit symbolischem Ansehen bekleideten evangelisch-lutherischen Bekenntnisschriften, welche 29. Juni 1576 in deutscher Sprache erschien unter dem Titel: *Corpus Doctrinae*, Das ist die Summa, Form und Fürbild der reinen Christlichen Lehre, Aus der Heil. Göttlichen Schrift der Propheten und Apostel zusammengezogen, gedruckt in der Heinrichsstadt bei der Festung Wolfenbüttel durch Conrad Horn 1576. Dasselbe enthält:

- a. Die oben (§ 10) erwähnte doktrinelte Abhandlung von Chemnitz.
- b. Die drei ökumenischen Symbole: das Apostolicum, Nicaenum und Athanasianum.
- c. Die Symbole der lutherischen Kirche: Die Augsburgerische Confession (invariata) v. 1531 nebst Apologie. Die schmalkaldischen Artikel v. 1534. Der kleine und große Katechismus von 1529.
- d. Zwei treffliche Abhandlungen:  
 Die sog. *Formula caute loquendi* von Urbanus Rhegius 1535 „Wie man fürsichtiglich und ohn Ergerniß reden soll von den fürnehmsten Artikeln Christlicher Lehre für die jungen einfältigen Prediger“,  
 und „Wohl gegründter Bericht von den fürnehmsten Artikeln Christlicher Lehre, so zu unsern Zeiten streitig worden seyn.“ Diese von Chemnitz verfaßte Abhandlung kann angesehen werden als Ersatz für die nicht rezipierte Konfordinformel.

Das C. D. J. mußte von allen Geistlichen, sowie Lehrern der Universität und der höheren Schulen des Landes an Eides statt unterschrieben werden, und geschieht dies jetzt noch von den ersteren.\*

Die Konkordienformel war noch nicht erschienen, als im Juni 1576 das C. D. J. ans Licht trat. Dieselbe nachträglich aufnehmen zu lassen, als sie nun endlich nach vielen Verhandlungen zu Kloster Bergen zum Abschluß gekommen war, konnte sich Herzog Julius nicht entschließen, obwohl er von Anfang an zu den hauptsächlichsten Beförderern dieses Friedenswerks gehört hatte, dessen Idee von Jacob Andrea ausgegangen und dessen vorzüglichster Mitarbeiter Martin Chemnitz gewesen war. Die Umstimmung des Herzogs Julius hatte mutmaßlich nicht nur einen sachlichen, sondern auch einen persönlichen Grund. Chemnitz und unter dessen Führung die Geistlichkeit der Stadt Braunschweig hatten den Herzog empfindlich gekränkt durch ihren scharfen Tadel darüber, daß derselbe dem Erbprinzen Heinrich Julius hatte die Tonsur geben lassen, um ihm zu dem reichen

---

\* Die alte außer Gebrauch gekommene Unterschriftenformel, wie sie in der Erneuerten Kirchenordnung von 1709 I Pag. 163 steht, lautet: Corpus Doctrinae Julium Edictumque Serenissimorum Ducum Rudolphi Augusti et Anthonii Ulrici d. 9. Mart. 1692 publicatum, una cum Ordinatione et Agendis Ecclesiasticis ea, qua potui diligentia perlegi; Et quia in iis nihil quicquam apprehendi, quod S. S. Scripturae sit contrarium, corde et manu sine omni exceptione aut reservatione mentali praedictis Confessionibus et Constitutionibus subscribo, meque iis conformiter victurum et docturum promitto. (Die von Chemnitz verfaßte und von Herzog Julius zuerst vollzogene Unterschriftungsformel ist abgedruckt in Stübner Historische Beschreibung der Kirchenverfassung u. s. w. S. 42 ff.)

Durch Reskript Herzogl. Staatsministerium v. 8. Dezbr. 1831 ist dafür als jetzt gebräuchliche Verpflichtungsformel festgesetzt: Corpus doctrinae Julium ea qua potui diligentia perlegi et doctrinae evangelicae in eo expositae corde et manu subscribo, meque ei conformiter victurum et docturum promitto.

Bistum Halberstadt zu verhelfen, und die nunmehrige Abneigung gegen den bis dahin so hochgeachteten Mann übertrug sich auf das von ihm so eifrig mitbearbeitete Werk. Als sachlicher Grund der Nichtannahme diene ein Gutachten der Helmstedter Universität, wonach die F. C. nicht etwa zu orthodox, sondern zu latudinarisch sei, weil sie die Gegenwart Christi im Abendmahl auf dessen Ubiquität gründe, wodurch das heilige Mysterium gefährdet werde. Dasselbe wurde durch verschiedene Schriften erklärt, welche Stübner S. 72 ff. aufgeführt hat.

## § 12. Erneuerung der Kirchenordnung.

Da während des 30 jährigen Krieges die Exemplare von Julii Kirchenordnung vielfach verloren gegangen waren, so unternahm der um unser Land so hochverdiente und gelehrte Herzog August aus dem Hause Dannenberg, der 1635 zur Regierung kam, eine Erneuerung dieser Kirchenordnung. Dieser Versuch kam nicht vollständig zur Ausführung. Es erschien nur der erste liturgische Teil unter dem Titel „Agenda“, Wolfenbüttel bei den Sternen 1657, wahrscheinlich bearbeitet von dem Hofprediger und Superintendenten Generalissimus Lütke mann. Der andere von dem Kanzler Schwarzkopff zu bearbeitende kirchenrechtliche Teil blieb unvollendet infolge Ablebens desselben.

Anton Ulrich, der jüngere Sohn und zweite Nachfolger des Herzogs August, führte seines Vaters Absicht aus, indem er die jetzt noch in unseren Kirchen gebrauchte „Erneuerte Kirchen-Ordnung Unser von Gottes Gnaden Anthon Ulrichs, Herzogen zu Braunschweig und Lüneburg. Braunschweig, gedruckt durch J. G. Zilligern 1709“ erließ. Dieselbe enthält einen kirchenrechtlichen und einen liturgischen Teil. Der erste doktrinelte Teil von Julii Kirchenordnung ist nicht aufgenommen, wird jedoch L. I Kap. 1 für fortwährend



gültig erklärt. Auch wird durch Aufnahme der Verpflichtungsformel auf das Corpus D. J., welche freilich seit 1831 eine mildere Fassung erhalten hat,\* die Kontinuität hinsichtlich der Lehre gewahrt.

Im Laufe der Zeit haben nun sowohl die kirchenrechtlichen, als auch die liturgischen Bestimmungen dieser R.=D. vielfache Abänderungen erfahren. Zu letzter Hinsicht sind erlassen neue Ordnungen: a. hinsichtlich der Trauung 1875, b. des Hauptgottesdienstes an Sonn- und Festtagen 1877, c. der Beichte und des Heiligen Abendmahls 1881, d. des Begräbnisses 1888, e. der Taufe, Konfirmation und Einsegnung 1889.

### § 13. Andere wichtige Schriften aus älterer Zeit.

Außer den vorgenannten allgemein wichtigen Kirchenordnungen und Lehrordnungen erschienen noch:

1. Zur Regelung des Klosterwesens, insoweit die Klöster im evangelischen Sinne umgestaltet waren — eine von Andrea verfaßte und von Chemnitz durchgesehene Klosterordnung auf des Herzogs Julius Befehl 1569.
2. Zur Regelung der kirchlichen Verhältnisse der Stadt Braunschweig:
  - a. Eine einfältige und christl. Erklärung und Bekenntnis des Ministerii der Kirchen in der Stadt Braunschweig von den vornehmsten Artikeln u. s. w. 1570.
  - b. Ordnung wie es hinfüro mit der Nomination, Vokation und Annehmung der Prädikanten der Stadt Braunschweig gehalten werden soll 1571.

---

\* Dieselbe siehe oben zu § 11.

- c. Articuli qui subscribendi proponuntur illis, qui ad Ministerium in hac Ecclesia recipiuntur 1571.\*

#### § 14. Neuere Gesetze, Verordnungen und Erlasse unseres Kirchenregiments.

Sammelwerke von Wichtigkeit sind:

1. „Die Gesetz- und Verordnungsammlung für die Herzoglich Braunschw. Lande“ von 1814 bis jetzt. Diese Sammlung enthält ebensowohl die den Staat und das bürgerliche Leben betreffenden Gesetze als auch die Gesetze und Verordnungen, welche die Kirche betreffen.
2. Bege, Repertorium der Verordnungsammlung 1814—1844, seitdem fortgesetzt von Görz.
3. Fredericksdorf, Promtuarium der Braunschw. Wolfenbüttelschen Landesverordnungen von 1775—1795 in 6 Bänden, fortgesetzt in einem 7. Bande bis 1816 von Rüchendorf.

Dasselbe ist durch Fortführung bis in neuere Zeiten und Weglassung antiquierter Verordnungen neu bearbeitet von Steinacker in 2 Bänden, Gandersheim 1838, und bildet so noch immer ein praktisch brauchbares Sammelwerk.

4. Winter. Chronologisches und alphabetisches Sachregister der Gesetz- und Verordnungs-Sammlung. Jahrgang 1870—1883. Braunschweig, Breden 1884.

Während diese Sammelwerke ebensowohl die den Staat, als auch die Kirche betreffenden Gesetze enthalten, dienen folgende Schriften nur kirchlichen Zwecken:

---

\* Diese Artikel sind abgedruckt in Stübner S. 53 ff.

5. Das Amtsblatt des Herzogl. Braunschm. Lüneb. Konsistoriums seit dem 15. September 1887.
6. Die Kirchenbuchführung im Herzogtum Braunschweig von Müller und Karsten. Braunschweig 1868.
7. Die Verhandlungen, Protokolle und Sitzungsberichte der Synode v. J. 1869 und der Landessynoden, deren bis jetzt 5 abgehalten sind.
8. Die Braunschweigischen Kirchen- und Schulgesetze (Auszug aus dem Deutsch-Braunschweigischen Gesetzbuch). Zusammenge stellt von H. Wolff. Holzminden 1885.

## § 15. Litterarische Hilfsmittel kirchenrechtlichen Inhalts.

1. Joh. Christ. Stübner (weil. Pastor zu Hüttenrode,) Historische Beschreibung der Kirchenverfassung in den Herzogl. Braunschm. Lüneb. Landen seit der Reformation. Goslar 1800.
2. Schlegel (weil. Konsistorialrat zu Hannover,) Churhanoverisches Kirchenrecht, 3 Bände, Hannover 1801—1806, giebt Aufschlüsse wertvoller Art über die früheren Verhältnisse und Einrichtungen unserer Landeskirche.

Außerdem fehlt es nicht an Schriften, welche einzelne Gegenstände behandeln, die in das Gebiet des Rechts, der Verfassung und Ordnung unserer Braunschweigischen Landeskirche fallen, hier aber nicht einzeln aufgeführt werden können. An einem größeren Werke, welches dieses Gebiet in systematischer oder compendiöser Form behandelt, hat es bis jetzt gefehlt.

Ein wertvolles Hilfsmittel in historischer Hinsicht bietet dar:

3. J. Beste, Geschichte der Braunschweigischen Landeskirche von der Reformation bis auf unsere Tage. Wolfenbüttel, J. Zwißler 1889.



### Dritter Abschnitt.

Einige der wichtigsten Rechtsgrundsätze auf dem Gebiet des evangelischen Kirchenrechts.

---

#### § 16. Jus in sacra. — Jus circa sacra.

Zum besseren Verständniß der Ordnungen und Einrichtungen der Kirche, wie auch ihres Verhältnisses zum Staat und andern Religionsgesellschaften möge dienen die Betrachtung einiger der wichtigsten Rechtsgrundsätze, welche zu dem sogenannten jus in sacra und jus circa sacra gerechnet zu werden pflegen.

Das jus in sacra oder die sogenannte Kirchengewalt ist das der Kirche zustehende Recht der Ordnung und Leitung ihrer eigenen inneren Angelegenheiten, während das jus circa sacra das Hoheitsrecht oder Majestätsrecht (jus majestaticum circa sacra) des Staates ist über die im Bereiche seiner Macht befindlichen Religionsgesellschaften, welches sich bezieht auf Wahrung der Staatsinteressen und auf Regelung der Verhältnisse der verschiedenen Religionsgesellschaften unter einander im Interesse des öffentlichen Rechts und des öffentlichen Friedens.\*

---

\* Auf die Frage: In wie weit der Staat die Ausübung des der Kirche zuzugestehenden jus in sacra beschränkt resp. erschwert hat; sei es direkt oder indirekt; sei es gerechtfertigter oder ungerechtfertigter Weise, kann hier nicht eingegangen werden, ebensowenig wie auf die andere Frage: In wie weit die Kirche die Ausübung des dem Staate zustehenden jus circa

## § 17. Jus in sacra.

Hierzu wird gerechnet:

1. das jus confessionis. Das Recht, ein eigenes Bekenntnis aufzustellen.\*
2. jus sacrorum. Das Recht, den Gottesdienst und den gesamten Kultus einzurichten und zu ordnen.
3. jus sacerdotii. Das Recht der Prüfung, Ordination und Anstellung der Geistlichen und sonstigen Kirchenbediener.
4. jus regiminis. Das Recht, die Verfassung und die derselben entsprechende Verwaltung zu ordnen.
5. jus instructionis religiosæ. Das Recht der Erteilung des religiösen Unterrichts an die Glieder der Kirchengemeinschaft.
6. jus disciplinæ. Das Recht der religiösen Zucht.\*\*
7. jus jurisdictionis religiosæ. Das Recht der Gerichtsbarkeit, soweit sich dieselbe auf das religiöse Gebiet beschränkt.†
8. jus patrimonii. Das Vermögensrecht.††

sacra erschwert oder zu erschweren versucht hat. Einiges Licht wird auf diese Fragen fallen bei der später vorzunehmenden Betrachtung des Kirchenregiments und der verschiedenen kirchlichen Verfassungstheorien.

\* Selbstverständlich darf das Bekenntnis keine Grundsätze enthalten, durch welche die Ehrfurcht gegen Gott, der Gehorsam gegen die Gesetze, die Treue gegen die Obrigkeit und der Friede mit den Mitbürgern verletzt wird. Auch darf den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten kein Abbruch geschehen durch Ausübung der Religion (cf. Preuß. Landrecht II, Tit. XI, § 13).

\*\* Darf nicht ausarten in bürgerliches Strafrecht.

† Das Gerichtsverfassungsgesetz vom 27. Januar 1877 bestimmt ausdrücklich § 15, Absatz 3: „Die Ausübung einer geistlichen Gerichtsbarkeit in weltlichen Angelegenheiten ist ohne bürgerliche Wirkung.“ Hierdurch wird die kirchliche Gerichtsbarkeit als solche nicht aufgehoben, aber sie hat nur noch Wirkung für das Gewissen der Mitglieder der betreffenden Religionsgesellschaft.

†† Hierbei sind die bürgerlichen Gesetze hinsichtlich des Erwerbs, des Besizes und der Veräußerung von Eigentum maßgebend.

## § 17. Jus circa sacra. — Jus reformandi.

Zu dem jus circa sacra wird erstens gerechnet das jus reformandi, welches im Laufe der Zeit mannigfache Umbildungen erfahren hat. Ursprünglich verstand man darunter das den Landesherrn zugestandene Recht, in ihren Territorien die Reformation einzuführen. Da nun aber die Ausübung des jus reformandi im Sinne des Grundsatzes *cujus regio, ejus religio* zu den gröblichsten Unzuträglichkeiten geführt hatte, so wurde dasselbe beschränkt und aus dem jus reformandi wurde das jus admissionis und reprobationis, d. h. das Recht, darüber zu bestimmen, ob und unter welchen Bedingungen eine Religionsgemeinschaft im Lande zu dulden und als zu öffentlicher Religionsübung berechtigt anzuerkennen oder zu verwerfen sei. Bis in die neuere Zeit wurde mit Rücksicht auf den Umfang der einer Religionsgesellschaft zustehenden Religionsübung unterschieden: *Exercitium religionis publicum* und *privatum*.\* Demgemäß unterschied man *religio* oder *ecclesia recepta*, *publica*, *dominans* (Staatsreligion, Staatskirche) und *relig. oder eccl. privata* oder *tolerata*.\*\*

---

\* Zum *exercitium religionis publicum* gehört das Recht des öffentlichen Kultus in besonderen dazu bestimmten Gebäuden, Glockengeläut, öffentliche Kirchenverfassung, Korporationsrechte (insbesondere das Recht, Eigentum im eigenen Namen zu besitzen und zu erwerben), Parochialrechte und manche andere Gerechtigkeiten, von denen freilich einige in neueren Zeiten vom Staate zurückgezogen sind, z. B. Steuerfreiheit, Portofreiheit u.

Zum *exercitium relig. privatum* gehörte die Duldung von Privatgottesdiensten. — Hausgottesdienste mit Zuziehung eines Geistlichen *devotio domestica qualificata*, oder ohne einen solchen *devotio domestica simplex*. Korporationsrechte und Parochialrechte waren ausgeschlossen.

\*\* Alle Religionsgesellschaften, welche nicht unter eine dieser beiden

Das jus reformandi wurde bei Beginn der Reformation den Obrigkeiten zugesprochen als eine ihnen obliegende Pflicht, später von denselben in Anspruch genommen als ein ihnen zukommendes Recht; neuerdings aber ist dasselbe bis auf einige geringe mit dem jus admissionis und jus reprobationis hier und da zusammenhängende Überreste wieder aufgegeben.

Die Frage, wer berechtigt sei zur Reinigung und Erneuerung der Kirche, wenn dieselbe dazu nicht mehr selbst fähig sei, wie die vergeblichen Versuche der Reformation an Haupt und Gliedern im 15. Jahrhundert bewiesen hatten, entschied Luther dahin, daß hierzu die christlichen Laien, weil sie vermöge ihrer Taufe Priester seien, Recht und Pflicht hätten; in erster Linie die Obrigkeit; denn sie sei eine göttliche Ordnung und auch besonders dazu geeignet, dem Reformationsbedürfnisse in geordneter Weise nachzukommen. (Schrift an den christl. Adel.)

Als gegen Ende 1521 eine Anzahl Augustiner das Kloster verließen und die Messe nicht mehr lesen wollte, bat die Universität den Kurfürsten, er möge „als ein christlicher Fürst“ den Mißbrauch der Messe in seinem Lande abthun. Dies war das erste

Klassen fielen, waren religiones illicitæ oder reprobatae, deren Befenner höchstens nur als Einzelne geduldet wurden, indem sie wohl Gewissensfreiheit, aber nicht Religionsfreiheit besaßen. Nachdem aber seit 1848 der Grundsatz der Religionsfreiheit herrschend geworden ist und es eigentlich religiones illicitæ im modernen Staate nicht mehr giebt, beschränkt sich das jus reformandi nur darauf, ob einer neu sich bildenden Religionsgesellschaft Versammlungs- und Kultusfreiheit, wie auch die sogenannten Korporationsrechte gewährt werden sollen oder nicht. Im braunschweigischen Lande sind durch das Gesetz über das Vereinigungsrecht v. 20. Juni 1848 nach § 1 alle Landeseinwohner berechtigt, sich friedlich und ohne Waffen in geschlossenen Räumen zu versammeln und nach § 3 ist die Vereinigung zu Gesellschaften erlaubt und sind nur solche Gesellschaften unterjagt, welche gesetzwidrige Zwecke verfolgen. cf. Gesetz polizeiliche Maßregeln betreffend gegen den Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechts vom 4. Juli 1853 und Gesetz die Verhältnisse der Dissidenten betreffend vom 25. März 1873 § 18 und § 19.

Mal, daß die landesherrliche Gewalt angerufen wurde, daß jus reformandi auszuüben.

Melanchthon bezeichnet in der Abhandlung de jure reform. (Corp. Ref. III 240—258) die Obrigkeiten nicht bloß als *præcipua membra ecclesiæ*, welche wegen der Pflichtversummniß der Bischöfe zur Besserung der Kirche helfen müssen, sondern vergleicht sie auch den Familienvätern, welche für die rechte Unterweisung der Ihrigen zu sorgen haben.

Der schwäbische Reformator Joh. Brenz ging davon aus, daß Staat und Kirche zusammengehörten und einander ergänzen mußten. Im Nothfalle könne wohl auch eins das Amt des andern versehen, da der Christ Priester und König zugleich sei. Hieraus fließe das jus reformandi des Staats. Derselbe brauche nicht zu warten, bis Bischöfe und Konzilien Hand anlegen, sondern dürfe seines Rechts, Irrlehrer abzusetzen und bessere Lehrer zu bestellen, gebrauchen zur Mehrung des Reiches Christi.

Übrigens darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die Reformatoren derartige Grundsätze aussprachen mit Bezug auf Nothstände. Es war nicht Luthers Meinung, daß die Obrigkeiten die dauernde Leitung der Kirche in die eigene Hand nehmen sollten, sondern sie sollten dies nur vorläufig thun und dann zugleich auf die Herstellung eines die Kirche repräsentierenden freien Konzils hinwirken.

Daß den vorbemerkten Grundsätzen gemäß von den Obrigkeiten in ihren Territorien durchgeführte Reformationswerk erlangte vorläufige rechtliche Anerkennung durch den Speyerer Reichstag 1526 und definitive Bestätigung durch den Augsburger Religionsfrieden 1555. Dies geschah von dem Grundsatz aus, daß überhaupt die einzelnen Reichsstände berechtigt seien, die Religionsform, welche in ihren Territorien Geltung haben sollte, zu bestimmen und durch ihre obrigkeitliche Gewalt zur Geltung zu bringen. Eben dies ist der bestimmte dem deutschen Reichsrecht zugehörige Begriff des jus reformandi.

Der Westfälische Friede hat zwar einerseits das jus reformandi als Ausfluß der Landeshoheit ausdrücklich anerkannt



(Art. V § 30 quum statibus immediatis ex communi per totum imperium hactenus usitata praxi etiam jus reformandi competat . . .); aber dasselbe sowohl hinsichtlich seiner Ausübung durch Annahme eines Normaljahrs als auch prinzipiell durch Aufstellung des Toleranzprinzips beschränkt, welches letztere im Laufe der Zeit sich immer mehr entwickelte und schließlich zum völligen Indifferentismus gegen den Konfessionsstand überhaupt geführt hat.

### § 19. Jus advocatiae.

Zu dem jus circa sacra gehört zweitens das jus oder officium advocatiae seu protectionis. Das Schutzrecht und die entsprechende Pflicht des Staates, den von ihm anerkannten Religionsgesellschaften je nach den ihnen zuerkannten Berechtigungen den Beistand seiner Gesetzgebung, wie seiner richterlichen und administrativen Gewalt zu gewähren zum Schutz ihrer Ordnungen, Güter und Gerechtigkeiten.

In den ersten Jahrhunderten hatte die Kirche in gar keinem Verhältnisse zum Staate gestanden; sie hatte sich selbst, ihrem eigenen himmlischen Berufe ohne alle ihrem Wesen fremde Rücksichten oder Absichten gelebt. Mit Erhebung des Christentums im 4. Jahrhundert zur bevorzugten Staatsreligion ging aber die Kirche die bis auf unsere Zeiten währende Verbindung mit dem Staate ein zur Förderung des beiderseitigen Wohls. Je mehr der Staat thatsächlich erfuhr und erkannte, wie groß die Dienste waren, welche die Kirche ihm leistete; — die Christen erwiesen sich als die besten Unterthanen, die treuesten und gewissenhaftesten Beamten und Staatsdiener, die tapfersten Krieger; — im Christentum mit seiner Sittenstrenge zeigte sich die einzige Möglichkeit, dem um sich greifenden Verderben zu wehren; — desto bereitwilliger war der Staat, nicht nur die Kirche auszustatten mit vielen wichtigen Rechten, sondern auch das Schutzrecht als eine ihm obliegende Pflicht in seine starke Hand zu nehmen. Die

Kirche aber, nachdem sie zu reichem Güterbesitz gelangt war, welcher sie in allerlei Streitigkeiten verwickelte, die nicht immer nur auf friedlichem Wege durch richterliche Entscheidung gelöst werden konnten, sondern bei den damaligen Zeitverhältnissen nicht selten das Einschreiten einer bewaffneten Hand verlangten, bedurfte hierzu eines *advocatus*. Nach germanischer Rechtsansicht nämlich kam die Fähigkeit, echtes Eigentum zu besitzen und sein Recht vor Gericht zu vertreten, nur dem freien, waffenfähigen Manne zu, der imstande ist, sein Recht mit den Waffen in der Fehde zu schützen, dagegen alle waffenunfähigen Personen freien Standes, Weiber, Kinder, Greise, Kranke, bedürfen eines Vertreters vor Gericht, in dessen Munt (*mundium*, *mundibundium*) sie stehen. Unter denselben Rechtsbegriff als der Vogtei bedürftig fiel nun auch das kirchliche Personal wegen Mangels an Waffenfähigkeit. Unter diesen Verhältnissen entwickelte sich das Schutzrecht zunächst so, daß einzelne Institute, Klöster, Stifte u. dgl., sich unter den Schutz eines Mächtigen stellten; dann aber, daß der Kaiser als Obervogt den Schutz der Kirche überhaupt übernahm. Karl der Große betrachtete sich als den von Gott eingesetzten Herrscher, dem die Verbreitung des Christentums, die Erweiterung und der Schutz der Kirche übertragen sei (*gratia Dei rex regnique Francorum rector et devotus sanctæ ecclesiæ defensor*), wogegen diese ihn mit ihren geistlichen Mitteln zu unterstützen habe. In einem Schreiben an Leo III. 796 heißt es: „*Nostrum est, secundum auxilium divinæ pietatis, sanctam ubique Christi ecclesiam ab incursu paganorum et ab infidelium devastatione armis defendere foris et intus catholicæ fidei agnitione munire. Vestrum est, sanctissime pater, elevatis ad Deum cum Moyse manibus nostram adjuvare militiam . . .*“ (Baluzius *Capitularia* Tom. I p. 271 sq.). So übernahmen denn die Kaiser bei ihrer Krönung stets eidlich die Pflicht des Schutzes für die Kirche. Der Kaiser galt als *advocatus ecclesiæ*. — Karl V. versprach in der von den Reichsfürsten umfichtig entworfenen Wahlkapitulation, welche er vor seiner Krönung 23. Oktober 1520 unterschreiben mußte: „Zum ersten, daß Wir in Zeit Unserer königlichen Würden, Amt und Regierung die Christenheit, den Stuhl zu Rom, päpstliche Heiligkeit und christliche Kirche als derselben Advokat in

guten treulichen Schutz und Schirm halten sollen und wollen.“ — Noch 1792 sandte Pius VI. einen Nuntius zur Feier der Wahl und Krönung Franz II. als römischen Kaiser nach Frankfurt und ließ denselben auffordern, als protector et advocatus ecclesiae, sanctae sedis apostolicae et sanctitatis suae gegen Frankreich einzuschreiten, wo die Revolution die Kirche aufs äußerste geschädigt und wo im Palais-Royal 1791 eine den Papst darstellende Puppe verbrannt war.

Seit der Reformation ging die Schutzpflicht auf die einzelnen Landesherren mit über und im landesherrlichen Episkopat lag wesentlich auch das Schutzrecht mit eingeschlossen oder erhielt wenigstens ein neues Motiv für dasselbe. In neuerer Zeit ist nun freilich die Ausübung der Advocatie dadurch modifiziert, daß seit Aufhebung des konfessionellen Charakters des Staates nicht mehr eine Religionsgemeinschaft als ecclesia dominans in demselben besteht, so daß nur sie Anspruch hätte auf die Advocatie des Staates und nun ungestraft andere Religionsparteien verletzen dürfe. Dem Staate liegt es ob, den Frieden aufrecht zu halten. So werden denn durch das Reichsstrafgesetzbuch (§. 166 und 167) Gotteslästerung und Beschimpfung nicht nur einer der christlichen Kirchen, sondern auch einer andern mit Korporationsrechten in Deutschland bestehenden Religionsgesellschaft, sowie Verhinderung oder Störung des Gottesdienstes derselben unter Strafe gestellt. Daß aber die christlichen Einrichtungen in dem modernen Staate immer noch als dessen Grundlagen anerkannt werden und unter dessen besonderem Schutze stehen, beweisen die mancherlei Polizeiverordnungen über die Sonntagsfeier, die Strafgesetze, welche die Kirchengebäude, Kirchhöfe u. dergl. unter besonderen Frieden stellen u. a. m.

## § 20. Jus inspectionis.

Zu dem jus circa sacra gehört drittens das jus inspectionis. Das Aufsichtsrecht des Staates, das Recht der Überwachung der Religionsgesellschaften zu dem Zwecke, Übergriffe der Kirchengewalt über die vom Staat ihr gesetzten Schranken, oder Eingriffe der Diener und Mitglieder der

Religionsgesellschaften in die Rechte anderer Konfessionen zu verhüten. Das Aufsichtsrecht des Staates ist der evangelischen Kirche gegenüber wesentlich leichter und einfacher zu handhaben, als der katholischen Kirche gegenüber; denn die evangelische Kirche hat ihrer ganzen Natur nach keinen Grund, dem Staat das Aufsichtsrecht zu verwehren oder dessen Ausübung zu erschweren, welche durch den Umstand sehr erleichtert wird, daß die oberste Kirchengewalt in der Hand des Landesherrn liegt, der zugleich die oberste Staatsgewalt ausübt.

Es modifiziert sich demnach in verschiedener Weise das Aufsichtsrecht, je nachdem dasselbe der evangelischen oder katholischen Kirche gegenüber ausgeübt wird. Hierbei ist in Betracht zu ziehen:

- a. Das sogenannte Placet (*placi[e]tum regium*), die den kirchlichen Anordnungen erteilte Genehmigung des Staates.
- b. Die Einwirkung bei Bestätigung und Beeidigung kirchlicher Beamten.
- c. Die Überwachung der Ausbildung der Geistlichen.
- d. Die Grenzen der geistlichen Gerichtsbarkeit.
- e. Die Annahme von Beschwerden über Entscheidungen der Kirche (*appellatio tamquam ab abusu*).
- f. Der Erwerb, die Verwaltung und die Veräußerung von Kirchengut.
- g. Forderung des Unterthaneneides von den Kirchendienern.
- h. Beaufsichtigung des Verkehrs der Bischöfe mit dem Papste.

Als das Christentum, nachdem es sich vom Staate unabhängig, ja von demselben angefeindet ausgebreitet hatte, Staatsreligion geworden war, entwickelte sich ganz naturgemäß mit der vom Staate übernommenen Schutzpflicht auch das von demselben in Anspruch genommene Aufsichtsrecht. Die römische Staatsflugheit befolgte in dieser Hinsicht die schon in der altheidnischen Zeit ausgeübte Politik. Der Senat hatte durch das Kollegium

der Auguren, welches aus angesehenen Senatoren zusammengesetzt war, die Religionsangelegenheiten beaufsichtigt und beherrscht. Später hatten sich die Kaiser die Würde eines Pontifex maximus, welcher Vorsteher des Augurenkollegiums war, vorbehalten und erst Gravian (375—383) legte diesen altheidnischen Titel ab, nachdem er ihn noch einige Jahre geführt hatte.

Je mehr Vorteile nun der Staat der Kirche gewährte; — die Kirche erhielt als privilegierte Korporation das *jus acqui-  
rendi*, wonach sie für fähig erklärt wurde, Güter zu erwerben, Schenkungen und Legate anzunehmen; ein nicht unbeträchtlicher Teil der Tempelgüter wurde ihr überwiesen, und wo diese nicht ausreichten, wurden ihre Diener aus Staatseinkünften besoldet; dem Klerus wurden Immunitäten zugesprochen, z. B. Befreiung von öffentlichen Abgaben (*census*), von niederen Dienstleistungen (*munera sordida*), Stellung von Fuhrn (*parangariae*), Einquartierung (*metati onus*); er erhielt seine eigene Jurisdiktion, das sogen. *privilegium fori*. ja manche Angelegenheiten, wie die Ehesachen und testamentarischen Sachen wurden als kirchliche vor dem geistlichen Forum behandelt; — desto mehr glaubte der Staat auf Inanspruchnahme des Aufsichtsrechts gegründetes Anrecht zu haben. Der Staat behielt sich vor das Sanktionsrecht aller Kirchengesetze und wichtigeren Verfügungen; ja er übte ein Gesetzgebungs- und Verordnungsrecht in der Kirche selbst aus, indem bald kaiserliche Kabinettsordres nicht nur über äußere Kirchensachen, sondern selbst über Lehrgegenstände, ja die wichtigsten Glaubensartikel, entschieden.

Wie nun aus dem Aufsichtsrecht sehr bald eine Cäsareopapie, eine Beherrschung der Kirche durch den Staat wurde, und wie in der morgenländischen und danach in der griechisch orthodoxen Kirche sich ein ausgebildetes Staatskirchentum entwickelt hat, kann hier nicht ausführlich dargelegt werden.

Die römische Kirche hat im Gegensatz dazu den Anspruch des Staates auf das Aufsichtsrecht stets beharrlich bekämpft, und es ist auch den Päpsten zum öfteren gelungen, diesen Anspruch zurückzuweisen. Die römische Kurie hat bis auf die neueste Zeit das obrigkeitliche *Placet* niemals gebilligt, sondern in demselben stets eine Verletzung der der Kirche nach göttlichem Recht zu-

stehenden Freiheit gefunden. In der Bulle *coena domini* wird über diejenigen, welche die Verkündigung und Vollziehung päpstlicher Bullen und Breven hindern, die Excommunication verhängt. Demgemäß lautet auch der dem Vaticanum 1870 vorgelegte Canon XXI: „So einer sagt: die Gesetze der Kirche haben keine bindende Kraft, außer sofern sie durch die Sanction der bürgerlichen Gewalt bestätigt werden;\*) oder: dieser bürgerlichen Gewalt stehe es kraft ihrer obersten Autorität zu, in Sachen der Religion Urtheil und Entscheidung zu geben, der sei verflucht.“

Nachdem die Reformatoren die Obrigkeiten aufgefordert, ein ihnen nach göttlichem Recht zustehendes *jus reformandi* auszuüben und die Organisation des neuen Kirchenwesens in die Hand zu nehmen, indem sie sodann für die neugebildete evangelische Kirche deren Advocatie in Anspruch genommen hatten, mußte auch das Aufsichtsrecht des Staats anerkannt werden. Es wurde aber betont, daß weltliche und geistliche Gewalt nicht dürfen vermischt werden: *Non commiscendæ sunt potestas ecclesiastica et civilis* (Conf. Aug. de potest. eccl.). Wie nun in der ev. Kirche das Aufsichtsrecht sich im Laufe der Zeit gestaltet hat, darüber wird später am geeigneten Orte das Nötige gesagt werden.

---

\*) Demgemäß bestimmt die *Constitutio dogmatica prima de ecclesia Christi* v. 18. Juli 1870 (auch wohl Bulle „*Pastor aeternus*“ nach ihren Anfangsworten genannt), welche die dogmatischen Bestimmungen des Vaticanums enthält, in Cap. III: *Porro ex suprema illa Romani Pontificis potestate gubernandi universam Ecclesiam jus eidem esse consequitur, in hujus sui muneris exercitio libere communicandi cum pastoribus et gregibus totius Ecclesiae, ut iidem ab ipso in via salutis duci ac regi possint. Quare damnamus ac reprobamus illorum sententias, qui hanc supremi capitis cum pastoribus et gregibus communicationem licite impediri posse dicunt, aut eandem reddunt saeculari potestati obnoxiam, ita ut contendant, quae ab Apostolica Sede vel ejus auctoritate ad regimen Ecclesiae constituuntur, vim ac valorem non habere, nisi potestatis saecularis placito confirmentur.*

## Vierter Abschnitt.

### Von der Kirchengewalt und vom Kirchenregiment.

#### § 21. I. Erklärung.

Unter Kirchenregiment versteht das Kirchenrecht, das Wort in abstracto genommen: die Ausübung der Kirchengewalt; — in concreto: die Gesamtheit der Organe der Kirche, welchen diese Ausübung zusteht.

Die Kirchengewalt (*potestas ecclesiastica*) ist eine zwiefache: *potestas ordinis* oder *potestas clavium* (Schlüsselgewalt) und *potestas regiminis* oder *potestas episcopalis*. Jene bezieht sich auf das innere Leben der Kirche; diese auf die äußere Verfassung und Einrichtung.

#### § 22. Die Schlüsselgewalt.

Die *potestas ordinis* oder *potestas clavium* Schlüsselgewalt ist die der Kirche von Christo verliehene Vollmacht, die Gewissen der Menschen zu lösen und zu binden zum Heil ihrer Seelen. Es sind demnach zu unterscheiden der Löseschlüssel und der Bindschlüssel. Dieser treibt das Amt des Gesetzes, jener das Amt des Evangelii.

Der Ausdruck „Schlüssel“ ist entnommen dem Worte Jesu Matth. 16, 19, wo er dem Petrus die Schlüssel des Himmelreichs (*τὰς κλεῖς τῆς βασιλείας τῶν οὐρανῶν*) feierlich übergiebt. Vergl. hierzu Jes. 22, 22, wo *מֶלֶךְ הַמֶּלֶךְ*, LXX *τὴν κλεῖδα οἴκου Δαυὶδ* die Gewalt bezeichnet, welche dem Haushofmeister des Königs über das königl. Haus übertragen ist, und Apoc. 3, 7, wo *κλεῖς Δαυὶδ* die Gewalt bezeichnet, die Christus als König über sein Reich ausübt mit besonderm Hinblick auf Zulassung und Abweisung (vgl. Apoc. 1, 18; 9, 1; 20, 1). Besonders zu berücksichtigen ist auch Matth. 18, 15 ff., wo freilich der Ausdruck Schlüssel nicht vorkommt, wo aber die bei Ausübung der Kirchenzucht zu befolgenden Grundsätze dargelegt werden, und wo die Binde- und Lösegewalt nicht etwa dem Petrus allein, sondern allen Aposteln übertragen wird.

Schlüsselgewalt bezeichnet auch im weiteren Sinne den ganzen Umfang der Kirchengewalt, so besonders nach der Auffassung der katholischen Kirche. Aber nicht nur in der evangel. Kirche, sondern auch in der kathol. Kirche wird häufig Schlüsselgewalt nur im engern Sinne gefaßt als Befugnis zur Ertheilung und Versagung der Absolution. Über die geschichtliche Entwicklung dieses Begriffs wird Nachfolgendes bemerkt:

In der patristischen Periode identifizierte man die Schlüsselgewalt mit der Binde- und Lösegewalt. Man fand in der Schlüsselgewalt die Einheit des Begriffs; — in der Binde- und Lösegewalt die beiden Akte, in welchen sie sich auseinanderlegte, nämlich die Exkommunikation und Rekonziliation (Wiederaufnahme in der Gemeinde). Zugleich betrachtete man die Schlüssel des Petrus als den Inbegriff aller Rechte des Kirchenregiments, namentlich der Jurisdiktion. Diese verschiedenen Vorstellungen spielen ineinander, bis dann erst die Scholastik begonnen hat, sie in schärferer Scheidung zu trennen und abzugrenzen, was aber auch heute im Katholizismus noch nicht vollständig durchgeführt ist. Thomas v. Aqu. unterscheidet in der Kirchengewalt überhaupt die *potestas ordinis* und *jurisdictionis*. Ebenso unterscheidet er auch eine doppelte *clavis* — *clavis ordinis* und *clavis jurisdictionis*. Die Kirchenschlüssel sind die Gewalt, das Hin-



derniß wegzuräumen, welches dem Einzelnen vermöge der Sünde den Eintritt in den Himmel unmöglich macht. Die *clavis ordinis* (so genannt, weil sie der Priester in der Ordination empfängt) öffnet dem Einzelnen unmittelbar den Himmel durch die Sündenvergebung (sakramentale Absolution), während die *clavis jurisdictionis* nur mittelbar wirkt, nämlich durch Vermittlung der streitenden Kirche vermöge der Exkommunikation und Absolution vor dem kirchlichen Forum. Sie ist also nicht eigentlich *clavis coeli*, sondern nur *dispositio quædam adipiam.* (Summæ qu. 19. art. 13. Resp.) Nur die *clavis ordinis* ist sakramentaler Natur, setzt voraus die *clavis jurisdictionis*.

Der Kern des katholischen Dogmas ist die Absolutheit und Unfehlbarkeit ihrer bindenden und lösenden Gewalt. Daraus erklärt sich das blinde unbedingte Vertrauen, welches gläubige Katholiken auf die priesterliche Absolution und die Unfehlbarkeit des darin verkündeten Urteils setzen. Aber freilich gehört es zur Pädagogie der kathol. Kirche, daß die Handhabung des Bindschlüssels vorherrscht, und dies war noch weit mehr, als in der Gegenwart, der Fall zu Ausgang des Mittelalters, wo die Schlüsselgewalt ausgenutzt wurde, den Einfluß und die Macht der kathol. Kirche zu mehren. Daher klagt Luther: „Unter dem Papsttum ist der Bindschlüssel so greulich und tyrannisch getrieben, „und der Löseschlüssel mit seiner Kraft so gar verschwiegen gewesen, daß Jedermann den Schlüsseln hat feind werden müssen. „Aber Christus lehrt hie, daß man einem sündigen Gewissen auch „den Trost des andern Schlüssels soll vorhalten und nicht allein „die Furcht des einen Schlüssels, damit die Buße auch aus Lust „und Liebe werde angefangen. Dies Stück (sage ich), von beiden „Schlüsseln zu lehren, sollte man wohl treiben und wieder auf- „richten.“ (Von den Schlüsseln, Walch XIX 1188 ff.) cf. auch Pfisterer, Luthers Lehre von der Beichte. Stuttgart 1857. S. 69 ff.

### § 23. Der Löseschlüssel.

Der Löseschlüssel besteht in der Zusicherung des Heils an die danach verlangenden bußfertigen und gläubigen Seelen. Er wird in verschiedener Weise gebraucht:

- a. Bei der Verkündigung des Evangeliums.
- b. Bei Ertheilung der Absolution, welche entweder öffentlich geschieht, sei es an die ganze Gemeinde vermittelt der früher üblichen sogenannten offenen Beichte nach gehaltener Predigt, oder der jetzt üblichen sogenannten Gnadenverkündigung im liturgischen Theil des Gottesdienstes; sei es an die Konfiteuten während des Beichtgottesdienstes; --- oder privatim in der Privatbeichte.
- c. Bei Verwaltung der Sakramente.

Daß der Löse Schlüssel nicht bloß bei der Beichtbehandlung gebraucht, sondern auch überall da, wo das Evangelium verkündigt wird, hebt Luther aufs entschiedenste hervor: „Der Kirchen Schlüssel sind an ihnen selbst nicht unterschieden; aber ihr Brauch ist mancherlei: Das Evangelium, so öffentlich gepredigt und verkündigt wird, ist die gemeine öffentliche Absolution, da Allen, die Buße thun, Vergebung der Sünden angezeigt und angeboten wird.“ (Tischreden Walch XXII 974.) „Gott hat sein Wort ausgehen lassen in die ganze Welt, daß es alle Winkel erfüllet, also daß du, wo du hinkommst, Gottes Wort überall finden kannst. Wenn ich nun predige die Vergebung der Sünden, so predige ich das rechte Evangelium. Denn die Summe des Evangelii ist die: Wer an Christum glaubet, dem sollen die Sünden vergeben sein. Also daß ein christlicher Prediger nimmer kann das Maul aufthun, er muß eine Absolution sprechen. Also thut auch Christus im Evangelio, wenn er spricht: Friede sei mit euch! Das ist: Ich verkündige euch von Gott, daß ihr Frieden habt und Vergebung der Sünden durch Christum; das ist auch eben das Evangelium und die Absolution.“ Von der Beichte und dem Sakrament XI 802 f.

Es kann also die Absolution auf verschiedene Weise dem Menschen entgegengebracht werden. „Unser Gott ist nicht so karg, daß er uns nur Eine Absolution und Einen Trostspruch gelassen hätte zur Stärke und Tröstung unsers Gewissens; sondern wir haben viel Absolution (d. h. viel Formen und Arten derselben)

im Evangelio und sind reichlich mit viel Tröstungen überschüttet“ (Predigten wider Karlstadt XX, 60). „Solchen Schatz der Schlüssel teilt die christliche Kirche uns nicht allein im Wort durch die Absolution und öffentliche Predigt, sondern auch durch die Taufe und das Abendmahl des Herrn Christi.“

Einen besonderen Wert aber hat die nach geschעהner Beichte erteilte Absolution; denn da „hast du den Vorteil, daß das Wort allein auf deine Person gestellet wird. Denn in der Predigt fliehet es in die Gemeinde dahin, und wiewohl es dich auch trifft, so bist du sein doch nicht so gewiß; aber hier kann es Niemand treffen, denn dich allein“ (Von der Beichte und dem Sakrament XI, 804). „Und obwohl der Zuhörer auch Alles in der Predigt höret, noch fasset ers viel stärker und gewisser, wenns ihm insonderheit als einer einzelnen Person gesagt wird, wie wir denn sonst viel und genugam dies Stück ausgestrichen haben.“

Dies gilt nun in besonderem Maße von der seit etwas über 100 Jahren außer Übung gekommenen oder nur noch selten vorkommenden Privatbeichte und Privatabsolution. Während die katholische Kirche das Hauptgewicht legte auf die von dem Priester zu verrichtende Beichte und ihr Beichtinstitut dahin ausgebildet hatte, daß dasselbe eine der wichtigsten Stützen nicht nur ihrer die Gewissen beherrschenden Macht, sondern auch ihres äußeren Einflusses geworden ist, legt die evangelische Kirche das Hauptgewicht auf die Absolution.

In der Augsburgerischen Konfession heißt es Artikel XI: *De confessione docent, quod absolutio privata in ecclesiis retinenda sit, quamquam in Confessione non sit necessaria omnium delictorum enumeratio.* Luther sagt in der Kirchenpostille am Ostersdienstage XI 985: „Darum loben und behalten wir die Beichte nicht um ihr selbst, sondern um der Absolution willen; das ist das goldene Kleinod darin, daß du da die Worte hörest, dir verkündigen in seinem Namen.“

Der in dem *Corpus Doctrinae* Julium vorangestellte kurze und notwendige Bericht von etlichen fürnehmen Artikeln enthält Seite 72 nachfolgende bemerkenswerte Ausführung:

„Fürnehmlich aber soll die Lehre von der Absolution wohl erkläret werden, weil vorhin der Papst dieselbige mit seiner Ge-

nugthuung und mit der Heiligen Verdienst beschmeißt und jeßund die Sakramentschwärmer, auch etliche andere dieselbige zum Theil verachten, zum Theil gar verwerfen, auf daß die Leute aus Gottes Wort berichtet werden, was herrlichen schönen Trost die armen Gewissen finden in der Absolution, und also von derselbigen viel und hoch halten, sie oft und gerne in rechtem Glauben brauchen. Es ist aber die Absolution nichts anders, denn eben die Verheißung des Evangelii von Gottes Gnade und von Vergebung der Sünde durch den Glauben um Christus willen, die sonst in der gemeinen Predigt allen fürgetragen wird, aber mit diesem Unterschied: In der gemeinen Predigt wird dieselbige Verheißung in gemein fürgetragen, angeboten, gereicht und zugeeignet allen Gläubigen. Aber in der Absolution wird dieselbige Verheißung insonderheit einem jeden für seine Person, der in rechtem Glauben derselbigen brauchet fürgetragen gereicht und zugeeignet.

Zu einer eingehenderen Erörterung der Lehre von der Beichte und Absolution ist hier nicht der Ort, ebensowenig zu einer Darlegung der praktischen Handhabung der Schlüsselgewalt, sei es nun in den gottesdienstlichen Verrichtungen der Predigt und Liturgie, der Beicht- und Sakramentsverwaltung, oder sei es in der seelsorgerischen Thätigkeit des Geistlichen. Jenes fällt in das Gebiet der Dogmatik, dies in das Gebiet der Homiletik und Pastoraltheologie. Dagegen wird unten noch darauf hinzuweisen sein, wer berechtigt ist zur Ausübung der Schlüsselgewalt. (cf. § 25)

## § 24. Der Bindschlüssel.

Der Bindschlüssel besteht in der Vorhaltung der ewigen Strafe an die unbußfertigen sicheren und verstockten Sünder, damit dieselben durch den Ernst solcher Drohungen sich zu wahrhafter Buße leiten lassen.

Wo das geschieht, da dient auch der Bindschlüssel zum Segen und wirkt an seinem Teile mit zu einer gewissen und seligen Lösung von der Sünde. Wo aber umgekehrt die Sünden durch ihn gebunden und behalten werden, da geschieht dies in doppelter Weise. Es giebt

- a. einen heimlichen Bann vor Gott, in den sich die Unbußfertigen und Ungläubigen selber thun, der sich nach göttlichem Recht gleichsam unwillkürlich und von selbst am Sünder vollzieht infolge der Verkündigung des göttlichen Worts.
- b. Es giebt einen öffentlichen Bann vor der Gemeinde, welchen die Kirche durch Ausübung der Kirchenzucht anwendet gegen Solche, die in offenkundiger Unbußfertigkeit über offenbare Argerniß gehende Sünde verharren.

Vom Bindeschlüssel ist bei den Reformatoren verhältnißmäßig seltener die Rede; „denn,“ sagt Luther zu Matth. 16, 19 (VII 446), „ein Schlüssel dient nicht allein zum Zuschließen, sondern vornehmlich zum Aufschließen; und dazu (nämlich zum Aufschließen) gebraucht man beinahe allein den Schlüssel. Auf daß er damit lehren möchte, Christus und seine Kirche sei mehr geneigt zum Auflösen, als zum Binden.“

Was aber der Bindeschlüssel selbst sei und wie er auch von den Gläubigen gebraucht werden solle, darüber äußert sich Luther so: „Der Bindeschlüssel ist ja nichts Anderes und kann nichts Anderes sein, weder ein göttlich Dräuen, damit Gott dem verstockten Sünder die Hölle dräut und lehrt ihn, wo er in Sünden bleibt und an Christum nicht glaubt, müsse er verdammt und ewig verloren sein und bleiben.“ XIX, 1127. — „Denn der Bindeschlüssel treibt das Werk des Gesetzes und ist dem Sünder nützlich und gut, damit daß er ihm diene, offenbart ihm seine Sünde, vermahneth ihn zur Furcht Gottes, erschreckt und bewegt ihn zur Buße, und nicht zum Verderben.“ XIX, 1183. Es wird also der Bindeschlüssel ebensovohl wie der Löseschlüssel gebraucht bei der Predigt des göttlichen Wortes; dieser da, wo das Evangelium von der Gnade Gottes in Christo verkündet, jener, wo das Gesetz mit seinen Strafabrohungen eingeschärft wird.

Während nun den Bußfertigen und Gläubigen auch der Bindeschlüssel zum Heile gereicht und zur Lösung verhilft, werden umgekehrt alle Unbußfertigen und Ungläubigen gebunden und

ihnen ihre Sünden behalten. Und zwar geschieht dies zunächst in der Weise des heimlichen Bannes. „Unsere Wucherer,“ sagt Luther in den Tischreden (XXII, 974), „Säufer, Spötter und Lästerer dürfen wir nicht in den Bann thun; sie thun sich selbst in den Bann, ja sind allbereits darin bis über die Ohren. Sie verachten das Wort Gottes, kommen in keine Kirche, hören keine Predigt, gehen nicht zum Sakrament. Nun wohl! wollen sie keine Christen sein, so sein sie Heiden!“

Anderz ist es mit den öffentlichen Sünden, mit offenkundiger Unbußfertigkeit, offenbarem Unglauben, offenkundigem Ungehorsam gegen die heilsamen Ordnungen der Kirche. Diese verfallen der öffentlichen Jurisdiktion oder dem öffentlichen Bann der Kirche.

Die Bedeutung des Ausdrucks „Bann“ hat sich entwickelt aus dem alttestamentlichen *בַּחֲמַיִם* und dem neutestamentlichen *ἀνάθεμα*. Beides bezeichnet das dem Herrn Geweihte, als Weihgeschenk Aufgestellte, womit im N. T. die Vorstellung verbunden wurde, daß dies entweder auszurotten, zu vertilgen und zu zerstören, oder daß es zum heiligen Dienst im Tempel zu verwenden sei. Eine Lösung, wie bei der dem Herrn geweihten Erstgeburt, war ausgeschlossen. (cf. Josua 6, 17; 7, 1. — 1. Sam. 15, 3. 9. — 4. Mos. 21, 2. 3. — Richt. 1, 17. — 5. Mos. 7, 2; 20, 17. 3. Mos. 27, 21. 28. — 5. Mos. 2, 34; 3, 6; 7, 2. 26; 13, 15—17; 20, 16 u. a. m.) Im N. T. verbindet sich mit der Verfluchung der Ausschluß aus der Gemeinde (*excommunicatio*). Im mittelalterlichen Sprachgebrauch bezeichnet demgemäß „Bann“, welches ursprünglich die Bedeutung von Gebot und Verbot eines Richters im allgemeinen hat, — die Ausschließung aus der Kirchengemeinschaft, während die Ausschließung aus der Staatsgemeinschaft, die Entziehung des „Friedens“ durch das Wort „Acht“ bezeichnet wurde (cf. Grimm, Deutsches Wörterbuch S. 1113).

Man unterschied den großen und den kleinen Bann, *excommunicatio major* und *minor*. Der große Bann bedeutete den völligen Ausschluß aus der Gemeinde und war in seiner Wirkung bei dem innigen Zusammenhange zwischen Staat und Kirche nicht nur eine Ausschließung von allen kirchlichen Beziehungen, sondern auch von dem gewöhnlichen Lebensverkehr mit

den Gläubigen; ja er zog nicht selten auf Betrieb der Kirche eine Aëhtserklärung von Seiten des Staates nach sich. Der kleine Bann ist nur der Ausschluß von der Teilnahme an den Sakramenten, welche Teilnahme nach gethaner Kirchenbuße wieder erlangt werden kann. Der Bann, welcher also nicht nur zu einem kirchlichen, sondern auch zu einem sehr schweren bürgerlichen Strafmittel ausgebildet war und sehr häufig in Anwendung gebracht wurde, erwies sich während der Ohnmacht des Staates in den Zeiten der Willkür und der Herrschaft des Faustrechts als ein sehr wirksames und wohlthätiges Mittel. Sobald aber der Staat eine geordnetere Rechtspflege eintreten ließ, erschien die Ausdehnung auf das bürgerliche Gebiet nicht mehr gerechtfertigt, und die Reformation hat eine sorgfältigere Auseinandersetzung zwischen der staatlichen und kirchlichen Disziplin frühzeitig angebahnt. Die Notwendigkeit des Bannes betonten die Reformatoren. Luther hält ihn für ein heilsames Zuchtmittel. Denn: „Wiederum sind unter den Christen etliche rohe, freche Herzen und wilde Leute, daß die Frommen vor solchen falschen Christen keine Ruhe noch Frieden haben könnten, wo der Bindschlüssel mit seiner Rute nicht da wäre. Also ist der eiserne und harte Bindschlüssel den frommen Christen ein großer Trost, Schutz, Mauer und Burg wider die Bösen, und doch dabei auch den Bösen selbst eine heilsame Arznei, Nutzen und Frommen, obs gleich dem Fleisch schrecklich und verdrießlich ist“ (W. XIX 1184). „Ja der christliche Bann ist eine christliche mütterliche Rute der christlichen Kirche, dadurch die Leute nicht zur Hölle gestoßen, sondern aus dem Rachen der Hölle gerissen und zum Himmelreich genötigt werden; darum solche Strafe des Bannes mit aller Frohlockung anzunehmen und mit christlicher Geduld zu tragen ist“ (Von der Kraft des Bannes XIX 1093). Diese Gnadenwirkung erfährt selbstverständlich nur der Bußfertige. Dagegen ist „der Bindschlüssel die Macht oder Amt, den Sünder, so nicht büßen will, zu strafen mit dem ewigen Tode durch Absonderung von der Christenheit. Und wenn solch Urteil gehet, so ist es eben so viel, als urteilte Christus selbst, und wo er urteilt, ist er gewiß und ewig verdammt“ XIX 1183). So ist denn der Bann anzusehen als das letzte Mittel,

eine Seele, welche in Gefahr ist, verloren zu gehen, zur Besinnung zu rufen und eine heilsame Krisis herbeizuführen.

Es ist aber wohl zu merken, daß die Reformatoren, abgesehen von dem oben erwähnten heimlichen Bann, nur den sogenannten kleinen Bann wollen, den großen Bann aber energisch zurückweisen.

In den Schmalkaldischen Artikeln heißt es: Vom Bann (Art. 9) „Den großen Bann, wie es der Papst nennet, halten wir für eine lauter weltliche Strafe und gehet uns Kirchendiener nichts an. Aber der kleine, das ist der rechte christliche Bann, ist, daß man offenbarliche halbstarrige Sünder nicht soll lassen zum Sacrament oder andrer Gemeinschaft der Kirchen kommen, bis sie sich bessern und die Sünde meiden. Und die Prediger sollen in diese geistliche Strafe oder Bann nicht mengen die weltliche Strafe.“

Eine reinliche Durchführung dieses reformatorischen Grundsatzes wurde nun aber doch durch die abermals eingetretene Vermischung von Staat und Kirche erschwert. Der „Kirchenbann“ oder die „Kirchenbuße“ erhielt den Charakter einer förmlichen Kriminalstrafe, wodurch der Untergang dieser Institution herbeigeführt wurde. An Stelle des großen Bannes tritt im Braunschweigischen nach der „Erneuerten Kirchenordnung Anton Ulrichs“ v. 1709 die vom Staat zu verhängende Zuchthausstrafe, denn „Wir wol von mehrem effect zu sein erachten, wann ein solcher verzweifelter böser Mensch (wofern derselbe nicht denen Rechten nach am Leben gestraft werden könnte) zum Zuchthause condemniret und allda durch schwere Arbeit und tägliche harte Züchtigung, mithin auch durch anderweite fleißige Ermahnungen endlich zum Erkenntnis und Besehrung gebracht würde.“

Dem kleinen Bann aber hatte auch Julii Kirchenordnung v. 1569 die Gestalt der öffentlichen Kirchenbuße gegeben, wonach die betreffende Person „im Chor öffentlich dem Kirchen-Volk fürgestellt“ wurde. Nach Verlesung der über sie verhängten „Sentenz soll der Custos die fürgestellte Person öffentlich durch das Volk aus der Kirche führen und ihres Pfades ziehen lassen“. „Die ausgeschlossene Person darf nicht als Gebatter gebraucht und zu keiner christlichen Versammlung außerhalb der Predigt Gottes



Worts zugelassen werden.“ Ihr werden verboten „alle Hochzeiten, Wirtshäuser und andre ehrliche Gesellschaften und Gespielschaften. „Es soll auch ein sonderlich Gestül in der Kirchen bestimmt werden, da die excommunicirte Person alle Sonntag und Feiertag zur Zeit der Predigt stehen und auf den Sonntag, da das Nachtmal gehalten, soll allewege der Custos solche Person nach der Predigt und Gebet vor Anfang des Nachtmals aus der Kirchen durch das Volk hinaus führen, bis der Sünder sich lernet schämen und einen christlichen Wandel an sich nehmen, worauf dann ordnungsmäßig die Reconciliation erfolgt.“

Diese Vorschrift erwies sich aber theils als schwer durchführbar, theils als wenig nützlich, daher ordnet die erneuerte Kirchenordnung Ant. Ulrichs 1709 an, „daß zwar in gewissen schweren und ein öffentliches Argernis mit sich führenden Fällen, wenn der Verbrecher von den weltlichen Gerichten abgestraft, derselbe auf Erkenntnis unseres Konsistorii von der Kanzel benennet, seine Vereuung, Buße und deprecation der durch das Argernis beleidigten Gemeinde angezeigt, die öffentliche Stellung aber der Person für den Altar, deren Befragung und Antwort gänzlich unterlassen werden soll; es wäre denn, daß das delictum mehrmahlen reiteriret und ein groß Argernis gegeben wäre“. — Die Vornehmen aber, die „Personen honorationis conditionis“ sollen mit einer Geldstrafe, „einer mulcta ad pias causas“, abkommen. (Erster Teil Kap. VI.)

So war denn die Ausübung der Schlüsselgewalt auf Wege geraten, welche weit abführten von den lebenskräftigen Gedanken der Reformatoren. Wie die Privatbeichte und Privatabsolution zur bloßen gedankenlosen Form herabgesunken war, so war der Kirchenbann zu einer Strafe geworden, welche thatsächlich nur auf fleischliche Vergehen gesetzt wurde; — es wurde bei uns durch Konsist. Ausschreiben v. 6. Oktober 1718 bestimmt, daß von den Personen, deren Namen wegen solcher Vergehen auf der Kanzel genannt wurden, ein Bußthaler, von Eheleuten aber, die den Beischlaf antizipiert hatten, 2 Thaler eingezogen werden sollten. — Die öffentliche Reconciliation war zu einer schimpflichen Prostitution geworden. Zwar erhob sich noch einmal der Pietismus und forderte eine Reform dieser Institute. Aber der Pietismus bei

seiner Einseitigkeit und der dann folgende Rationalismus bei seiner Flachheit vermochten wohl absterbende Formen zu beseitigen, nicht aber zu erneuern in lebenskräftiger Weise. Fast gleichzeitig wurde durch die beiden Landesfürstl. Verordnungen vom 5. und 6. März 1775 die Privatbeichte mit Privatabsolution und die Kirchenbuße nebst dem dabei zu entrichtenden Bußthaler beseitigt.

Manches von christlicher Buchtübung hat sich aber hier und da als kirchliche Sitte erhalten in Gemeinden, in denen das kirchliche Bewußtsein lebendig geblieben ist, und so hat man denn neuerdings, wie in andern Landeskirchen, so auch bei uns wieder anfangen können, neue Kirchenzuchtordnungen aufzurichten. Hierüber wird später am geeigneten Orte noch die Rede sein.

### § 25. Potestas regiminis.

Potestas regiminis oder potestas episcopalis im weiteren Sinne ist die Befugnis der Kirche, sich selbst zu regieren und ihre eigenen Angelegenheiten zu ordnen und zu leiten. Da für die Kirche von besonderer Wichtigkeit sind Lehre und Kultus, Disziplin und Verfassung, so kommt dem Kirchenregiment ein dreifaches Recht zu mit den entsprechenden Pflichten, das jus docendi, liturgicum, und episcopale, nämlich das Recht der Ordnung und Leitung dessen, was sich bezieht

1. auf Lehre und Bestellung des Lehramts j. docendi,
2. auf den Kultus und die Ordnung des Gottesdienstes, j. liturgicum,
3. auf Disziplin und Verfassung der Kirche, j. episcopale.

Inbezug auf die Form, unter welcher die Kirchengewalt ausgeübt werden kann und soll, steht der Kirche, ebenso wie dem Staate, ein zweifaches Recht zu, nämlich

1. das Recht der Gesetzgebung, jus legislationis,
2. das Recht der Verwaltung, jus administrationis.

Was die Mittel betrifft, welche das Kirchenregiment anwenden kann und darf als geeignet für das Wesen der Kirche, so scheut sich zwar das Regiment der katholischen Kirche, ihrem Kirchenbegriff entsprechend, nicht, äußere Zwangs- und Strafmittel anzuwenden; die evangelische Kirche aber beschränkt sich auf die inneren moralischen Mittel. Sie wendet sich mit dem Worte Gottes lehrend, ermahnend und wenn nötig, strafend an der Menschen Glauben und Gewissen; sie stellt es in den freien Willen der ihr Angehörigen, ob sie in ihrer Gemeinschaft bleiben und ihren Ordnungen folgen oder als unwürdige Glieder ausscheiden und von ihr ausgeschlossen werden wollen.

„Kirchenregiment“ gehört zu den Ausdrücken, welche zwar viel gebraucht werden, über deren Wesen, Begriff und Bedeutung aber sehr verschiedene Meinungen herrschen. Steinmeyer (Begriff des Kirchenregiments, Berlin 1879) weist darauf hin, daß eigentlich „Kirche“ und „Regierung durch Menschenhand“ ein Widerspruch in sich ist, daß es aber thatsächlich ein Kirchenregiment gegeben hat, seitdem die Kirche in die äußere Erscheinung getreten ist und sich gestaltet hat als eine rechtlich geordnete Gemeinschaft. Die Lösung des Widerspruchs wird also darin zu suchen sein, daß einerseits die Kirche, insofern sie anzusehen ist als der Tempel Gottes, als der Leib Christi, davon Christus das Haupt ist, keines andern Herrn und Hauptes bedarf; — sie unterscheidet sich darin wesentlich vom Staat, und es paßt auf sie das Wort Christi Matth. 20, 26: „So soll es nicht sein unter euch;“ es genügt für sie die potestas ordinis oder clavium; — insofern sie aber anderseits in die Erscheinung tritt als eine sichtbare Gemeinschaft, bedarf sie, wie der Staat, eines Regiments, welches die potestas regiminis, die äußere Kirchengewalt, ausübt.

Die Kirchengewalt aber ist nach römischer und griechischer Auffassung eine mit äußerem Zwange ausgerüstete Macht und Herrschaft gleich der Staatsgewalt. Die evang. Kirche hat zwar die Terminologie des kanonischen Rechts beibehalten, allein die

Bedeutung wird dahin modifiziert, daß nur von einem Dienst die Rede ist. Potestas und ministerium werden gleichbedeutend gebraucht. cf. Conf. Aug. VII, XIV, XXVIII, Apol. XIV. Schmalk. Artikel im Anhang von der Bischöfe Gewalt.

So ist denn auch die § 22 genannte potestas clavium ein ministerium absolutionis, und davon heißt es, es ist beneficium seu gratia, non est iudicium seu lex. (Apol. VI.)

## § 26. Inhaberschaft der Kirchengewalt. — Katholische Kirche.

Von wesentlichem Einfluß ist es, in wessen Hand die Kirchengewalt und das Kirchenregiment sich befindet, und wie dasselbe in dessen Hand organisiert ist, denn danach hauptsächlich bestimmt sich der Charakter der verschiedenen Ordnungen, Einrichtungen und Verfassungen in den verschiedenen Kirchen.

In der römisch-katholischen Kirche ist Inhaberin der Kirchengewalt und des Kirchenregiments deren geistliche Hierarchie. An ihrer Spitze steht der Papst, unter ihm der Episkopat mit dem zugehörigen Klerus. Sie Alle bilden die ecclesia docens et imperans, im Gegensatz zu der ecclesia audiens et obediens, welche die Gemeinde, der Laienstand, bildet. Demnach ist die Verfassung der katholischen Kirche die hierarchische.

Die Stärke der katholischen Kirche, welche ganz wesentlich hervortritt auf dem Gebiete der Verfassung und des Regiments, beruht nicht zum wenigsten darauf, daß die ganze Kirchengewalt nach ihren vorhin dargestellten beiden Seiten — nämlich sowohl die nach innen gefehrte, durch Kanzel und Weichtstuhl auf das Herz und Gewissen der Menschen wirkende potestas clavium, als auch die nach außen gefehrte potestas regiminis in Einer Hand liegt, zentralisiert ist und zwar so, daß eins das andere unterstützt, hebt, trägt und wirkungsvoll macht. Denn nach der Theorie der römischen Kirche, welche neuerdings durch das vatikanische Konzil in der „Constitutio dogmatica prima de

*ecclesia Christi*“ vom 18. Juli 1870 ihren Abschluß gefunden hat, sind dem Papste als dem Nachfolger Petri die Schlüssel des Himmelreichs gemäß Matth. 16, 16—19 und die Regierungsgewalt gemäß Joh. 21, 15—17 übergeben.

Es heißt in Kap. II der bezeichneten „*constitutio*“: *Nulli sane dubium, imo sæculis omnibus notum est, quod sanctus beatissimusque Petrus, Apostolorum princeps et caput, fideique columna et ecclesiæ catholicæ fundamentum, a Domino nostro Jesu Christo, Salvatore humani generis ac Redemptore, claves regni accepit, qui ad hoc usque tempus et semper in suis successoribus, episcopis sanctæ Romanæ Sedis, ab ipso fundatæ, ejusque consecratæ sanguine, vivit et præsidet et judicium exercet.*

## § 27. Inhaberschaft der Kirchengewalt. — Evangelische Kirche.

In der evangelischen Kirche, sowohl reformierten als lutherischen Bekenntnisses, ist Träger und Inhaber der Kirchengewalt und des Kirchenregiments nicht ein besonderer, mit besonderen Gaben und besonderen Machtbefugnissen ausgerüsteter Stand, sondern es wird nach Lehre der Schrift anerkannt, daß die gesamte Kirche oder das ganze christliche Volk einen königlichen und priesterlichen Charakter hat. 1. Petr. 2, 9; 2. Mos. 19, 6.

Obwohl nun aber in dem allgemeinen königlichen Priestertum aller Gläubigen an sich alle Rechte und Pflichten sowohl der *potestas ordinis seu clavium* oder der Schlüsselgewalt, als auch der *potestas regiminis* oder Regierungsgewalt eingeschlossen sind, so sollen und können diese Rechte und Pflichten doch nicht unterschiedslos von Allen, welche im Sinne der S. Schrift wirklich den Charakter des königlichen Priestertums haben, ausgeübt werden, sondern dies soll und kann der Regel nach nur geschehen von besonders hierzu berufenen Personen.

Auf Grund des Wortes Gottes und gemäß der geschichtlichen Entwicklung wird in der evang. Kirche

- a. die potestas ordinis seu clavium oder die Schlüsselgewalt ausgeübt durch die Geistlichen, welche hierzu durch die Ordination feierlich bestellt werden.
- b. Die potestas regiminis wird ausgeübt von dem Kirchenregiment, dessen Träger und Inhaber ebensowohl aus Geistlichen, wie aus Laien bestehen können.

Das Wort Christi, wodurch dem Petrus die Schlüssel des Himmelreichs übergeben werden, gilt nach Luther ihm nicht allein, sondern ebenso auch allen andern Aposteln und zwar auch ihnen nicht, sofern sie als Apostel eine besondere amtliche Stellung einnehmen, sondern sofern sie auf dem Fels des Glaubens an Christum, als den Sohn Gottes, stehen und seine gläubigen Bekenner sind. Demgemäß gelten denn auch noch immer die den Aposteln inbezug auf Schlüsselgewalt und Sündenvergebung zu teil gewordenen Vollmachten, Aufträge und Verheißungen allen, auch den nicht gerade im Amte stehenden Christen und Jüngern, welchen Petrus zuruft 1. Petr. 2, 9: „Ihr aber seid das auserwählte Geschlecht, das königliche Priestertum, das heilige Volk, das Volk des Eigentums.“ — Es ist daher an sich, was Kraft, Gültigkeit und Wirksamkeit der Absolution betrifft, kein Unterschied zwischen der Absolution eines Amtsträgers und derjenigen eines andern Christen.

In der Schrift an den Adel deutscher Nation sagt Luther: „Daher kommts, daß in der Not ein jeglicher taufen und absolvieren kann, das nicht möglich wäre, wenn wir nicht alle Priester wären“, womit er doch sagen will: Haben nicht an sich und ursprünglich alle Christen das Recht zu taufen und zu absolvieren, dann dürfen sie's auch im Notfalle nicht.

Daß dieselbe Anschauung von Luther nicht bloß in seiner ersten Sturm- und Drangperiode vertreten wird, wo wie Kliefoth

meint, Luther in der Lehre von der Absolution, von der Schlüsselgewalt und vom Amte noch nicht durchgebildet war, beweisen manche Aussprüche aus der späteren Zeit.

In dem 1527 erschienenen Teil der Evangelien-Kirchenpostille heißt es auf Peter und Paul: „Die Schlüssel werden gegeben dem, der auf diesem Fels durch den Glauben steht. Darum ist Niemand bestimmt, dem die Schlüssel gehören, denn die Kirche, das ist denen, die auf dem Felsen stehen. Die christliche Kirche hat allein die Schlüssel, sonst Niemand. Ein Pfarrer pflegt des Amtes der Schlüssel, tauft, predigt u. s. w. nicht von seinem wegen, sondern der Gemeinde wegen; denn so ers thut anstatt der Gemeinde, so thut es die Kirche. Denn man muß einen Diener haben, der solches pflege anstatt der Gemeinde.“ „Es ist wahr, die Schlüssel sind St. Peter gegeben, aber nicht ihm, als seiner Person, sondern in Person der christlichen Kirche und sind eben mir und dir gegeben zu Trost unserer Gewissen.“ — „Da er spricht: Wie mich der Vater gesandt hat, also sende ich euch, da hat er uns Alle zu Priestern geweiht dazu.“

In der 1539 erschienenen Schrift: „Von den Conciliis“ heißt es: „Die Schlüssel sind nicht des Papsts (wie er lügt), sondern der Kirche, das ist des Volkes Christi, des Volkes Gottes, oder des heiligen christlichen Volkes, so weit die ganze Welt, oder wo Christen sind“.

In seiner letzten größeren Schrift „Wider das Papsttum“ v. J. 1545: „Matth. 18, 18 redet Christus nicht mit Peter allein, sondern mit allen Jüngern. Das sind eben die Worte vom Binden und Lösen, die er droben mit Peter redet. Und das noch wohl mehr ist, an demselben Orte sagt er B. 19. 20: Wo zween unter euch eins werden u. s. w. Sie hören wir, daß auch zween oder drei in Christi Namen versammelt, eben Alles Macht haben, was St. Petrus und alle Apostel. Denn der Herr will allein bei denen sein, die sein Wort lieben und halten, und sollten's eitel Stallbuben sein. Wie sagt er selbst, sie sollen alle gleiche Gewalt, Schlüssel und Amt haben, auch zween schlechte Christen allein in seinem Namen versammelt.“

Hiermit will aber Luther keineswegs in Abrede stellen, daß

das kirchliche Amt, welches die potestas ordinis der Regel nach auszuüben befugt ist, eine göttliche Stiftung ist. Es ist dies einerseits insofern als der Herr selbst durch verschiedene Austheilung seiner Gaben seine Gemeinde gliedert und den Einen vor dem Andern zur öffentlichen und gemeindlichen Verwaltung der Gnadenmittel (nicht bloß zur geheimen und privaten Ausübung in besondern Nothfällen) befähigt und tüchtig macht. Es ist aber andererseits auch der ausdrückliche Wille des Herrn, daß fort und fort eine für den gesicherten Bestand seiner Gemeinde unentbehrliche, öffentliche und geregelte Verwaltung des Schlüsselamts zu Recht besteht.

In der Erklärung des 110. Psalms v. J. 1539 heißt es: „Siehe also muß man das Predigtamt oder Dienstamt scheiden von dem gemeinen Priesterstande aller getauften Christen. Denn solch Amt ist nicht mehr, denn ein öffentlicher Dienst, so etwa einem befohlen wird von der ganzen Gemeinde, welche alle zugleich Priester sind.“ — „Siehe also hat und übet ein jeglicher Christ solche Priesterwerke. Aber über das ist nun das gemeine Amt, so die Lehre öffentlich führt und treibet, dazu gehören Pfarrherrn und Prediger. Denn in der Gemeinde können sie nicht alle des Amts gewarten; so schicket sichs auch nicht.“

In der Hauspostille heißt es auf den 19. Trin.: „Also wenn du zu deinem Seelsorger gehst, der solches einen sonderlichen Befehl hat, oder sonst zu einem Christen und begehrest, daß er dich tröste und absolviere von deinen Sünden, so sollst du dem Herrn Christo glauben, der durch seine verordneten Diener, ja in der Noth durch alle Christen mit dir redet.“

Daß die Ableitung des kirchlichen Amtes aus dem allgemeinen Priestertum von Luther keineswegs im Sinne einer kirchlichen Demokratie gemeint ist, beweisen Schriften, wie die, daß ein rechtschaffener Seelsorger seines Amtes nicht zu entsetzen ist vom J. 1542, wo er sagt: „Ihr seid nicht Herren über die Pfarrherrn und Predigtamt, habt sie nicht gestiftet, sondern allein Gottes Sohn; habt auch nichts dazu gegeben und viel weniger Recht daran, weder der Teufel am Himmelreich; sollt sie nicht meistern, noch lehren, oder wehren zu strafen. Denn es ist Gottes und nicht Menschen Strafen, der will's ungewehret, sondern geboten haben.“



Aus Allem geht hervor, daß es Luther nur um grundsätzliche Wahrung und ausdrücklichen Vorbehalt der Urrechte des allgemeinen Priestertums zu thun ist. Die äußere Wirklichkeit ist ganz nach dem Grundsatz der gegliederten Ordnung geregelt, daher auch thatächlich auf lutherischem Kirchengebiete fast nirgends direkte Gemeindewahlen auch nur begünstigt, geschweige denn herrschend geworden sind. Aber auf der andern Seite sollte auch diese kirchliche Ordnung nichts so unverletzlich Heiliges sein, daß nicht unter Umständen die Urrechte der Gemeinde auch gegen die abgeleiteten und sekundären Rechte der kirchlichen Ordnung mit gutem Gewissen und auf Grund einer göttlichen Bevollmächtigung, ja Verpflichtung geltend gemacht werden dürften; daher derselbe Luther auch die direkten Gemeindewahlen wenigstens im Prinzip aufrecht hält. Vgl. hierzu das Schreiben an die Prager und die Schrift: Winkelmesse und Pfaffenweihe v. J. 1533.

## §28. Inhaberschaft der Kirchengewalt. — Reformierte Kirche.

Während nun hinsichtlich der Inhaberschaft der Schlüsselgewalt eine tiefgreifende Verschiedenheit zwischen der reformierten und lutherischen Kirche weniger hervorgetreten ist, so ist solche hinsichtlich der Inhaberschaft der potestas regiminis mehr in die Augen springend.

In der reformierten Kirche wurde der Schwerpunkt der Kirchenleitung in die Kirchengemeinde gelegt, und so ward ihre Form der Kirchenverfassung die presbyteriale und synodale, nach welcher die Angelegenheiten der Einzelgemeinde deren selbsterwähltes Presbyterium leitet, die Angelegenheiten der verbundenen Gemeinden eines Landes oder Kirchenbereichs aber eine aus den Presbyterien hervorgehende Synode und in den Zwischenzeiten der Synoden ein Synodalausschuß, der mancher Orten den aus unserer Kirche herübergekommenen Namen Konsistorium führt.

Als die Reformation des 16. Jahrhunderts zu kirchlichen Neubildungen führte, welche der Papst verdammt, und mit welcher

auch die Bischöfe nichts zu schaffen haben wollten, da mußten die Reformatoren für die neu sich bildenden Kirchen, sollten dieselben nicht der Anarchie verfallen, für deren Ordnung und Leitung neue Stützpunkte suchen, an die sie sich anlehnen und durch deren Auktorität sie zusammengehalten werden konnten, wenn auch diese Auktorität nicht die altüberlieferte, angeblich *jure divino* bestehende war. So geschah es denn, daß in der reformierten Kirche, welche von der Schweiz ausging, wo auf dem politischen Gebiete das republikanische Prinzip der Regierung der Einzelgemeinden, wie der Kantone und des Ganzen durch Gemeindevertretungen und aus dieser hervorgegangene Behörden und Beamten das herkömmliche und herrschende war, eine demokratische Kirchenverfassung die herrschende wurde.

Die lutherische Kirche dagegen wuchs und breitete sich vorwiegend aus auf monarchischem Boden, daher erhielt die Verfassung der lutherischen Landeskirchen vorwiegend einen monarchischen Charakter, und wie die Monarchie durch konstitutionelle Einrichtungen, so wurden auch die Verfassungen der lutherischen Landeskirchen durch synodale Einrichtungen neuerdings modifiziert.

## § 29. Inhaberschaft der Kirchengewalt. — Lutherische Kirche.

In der lutherischen Kirche nahmen die Landesherren das Kirchenregiment in die Hand,\* setzten aber zugleich Konsistorien ein, welche unter ihrer Oberleitung mit ihrer Genehmigung das Kirchenregiment führten. Man hat daher die Verfassung der lutherischen Landeskirchen die Konsistorialverfassung genannt, und pflegt sie auch noch so zu nennen, obgleich dieselbe in neuerer Zeit durch Aufnahme presbyterialer und synodaler Einrichtungen modifiziert ist.

Hinsichtlich des Bischofstitels (*summus episcopus*), welcher den protestantischen Fürsten, obwohl sie nicht ordiniert waren und also nicht wie die katholischen Bischöfe die *potestas ordinis*

\* Die Landesherren thaten dies auf Rat der Reformatoren, sei es nun als „*Notbischöfe*“ nach Luthers Ausdruck, oder als „*præcipua membra ecclesiæ*“ nach Melancthons Bezeichnung.

oder clavium ausübten, beigelegt wurde, möge darauf hingewiesen werden, daß der erste christliche Kaiser sich diesen Titel bereits beilegte. Eusebius berichtet (vita Const. IV 24), der Kaiser habe zu Gunsten der Kirche Synoden berufen wie ein von Gott bestellter allgemeiner Bischof; Konstantin habe geäußert: die Bischöfe seien τῶν εἰσὼ τῆς ἐκκλησίας; er aber sei τῶν ἐκτὸς ἐπὶ θεοῦ καθεσταμένος ἐπίσκοπος. Die späteren Kaiser nahmen den Titel Pontifex an. Mit dem Titel summus episcopus soll demnach bezeichnet werden der Landesfürst als summus patronus, inspector, moderator. Nach dem Sprachgebrauch der Kirche bezeichnet im übrigen der Name Bischof nur ein geistliches Oberhaupt, und bis auf den heutigen Tag hat keine protestantische Kirche unordinierte Bischöfe anerkannt. Selbst in England, wo das königliche Supremat der Gegenstand von Kanones und Eidesformeln geworden ist, übt der König geistliche Befugnisse nicht aus. 39 Artic. Conf. Anglic. art. 37: Non damus regibus nostris aut verbi Dei, aut sacramentorum administrationem . . sed eam tantum praerogativam, ut omnes status atque ordines fidei suae a Deo commissos, sive illi ecclesiastici sint, sive civiles in officio contineant, et contumaces ac delinquentes gladio civili coerceant.

Wie nun über den Rechtsgrund, aus welchem, und über das Maß der Befugnisse, mit welchem die Kirchengewalt oder der Summepiskopat den Landesherrn zusteht, von den lutherischen Kirchenrechtslehrern verschiedene Theorien aufgestellt sind, zuerst das Episkopalssystem, sodann das Territorialsystem und das Kollegialsystem, wird später dargestellt werden.

### § 30. Begrenzung der Kirchengewalt des Kirchenregiments nach Innen, nach Seite der Kirche.

Ihre Grenzen hat die Gewalt des Kirchenregiments, und zwar sehr bedeutende, nach zwei Seiten, nach Innen, nach Seite der Kirche selbst und der Kirchengemeinde, und nach Außen, nach Seiten des Staates und dessen Hoheitsrechts über die Kirche.

1. Die katholische Kirche kennt nach Seite der Kirche selbst und der Kirchengemeinde eigentlich gar keine Beschränkung der Gewalt ihres hierarchischen *jure divino* bestehenden Kirchenregiments; denn die einzige Schranke, die sie selbst anerkennt als eine über ihrem Kirchenregiment stehende Auktorität, die Heilige Schrift und die derselben gleich zu achtende apostolische Tradition, wird thatsächlich dadurch beseitigt, daß ihr Kirchenregiment das Recht der unfehlbaren Auslegung der Heiligen Schrift und Bewahrung der Tradition in Anspruch nimmt. Die Kirchengemeinde, die Laienschaft, hat nicht das Recht, mitzureden in Fragen der Lehre und des Dogmas, des Kultus, der Disziplin und der Verfassung oder gar Einspruch zu erheben. Wer das wagt, der wird, wenn er nicht widerruft, exkommuniziert.

2. Die Kirchen, welche der Reformation ihre Entstehung verdanken, erkennen infolge ihres Kirchenbegriffs und den damit in Zusammenhang stehenden Rechtsansichten über den Charakter des Kirchenregiments, sowie auch infolge einiger mitwirkender historischer Verhältnisse mehrfache Beschränkung ihres Kirchenregiments an:

a. Das Prinzip der alleinigen normativen Auktorität der Heiligen Schrift\* hat zur Anerkennung gebracht, daß die äußere Verfassung der Kirche, weil darüber die heilige Schrift nichts bestimmt, nicht *jure divino*, sondern *jure humano* besteht und daher, wie durch Menschen, wenn auch unter Gottes Leitung, entstanden, so auch durch Menschen je nach Bedürfnis der Zeiten wieder abgeändert werden kann.

---

\* Vergl. was hierüber früher gesagt ist § 3.

b. Durch die Lehre vom allgemeinen Priestertum der Gläubigen ward es Grundsatz des protestantischen Kirchenrechts, daß nicht der Geistlichkeit allein die Kirchenleitung zukomme, sondern auch dem Laienstande ein Anteil an derselben gebühre. Wie nun in den kirchenregimentlichen Organen (Konsistorien, Visitationsbehörden) juristisch gebildeten Laien eine sehr hervorragende Beteiligung eingeräumt ist, so findet die Gewalt des Kirchenregiments wiederum eine gewisse Beschränkung nicht nur in manchen den Gemeinden zustehenden Rechten, z. B. dem Vokationsrecht derselben, sondern auch in den synodalen Körperschaften (Kirchenvorstand, Inspektions- oder Kreissynode und Landessynode), welche aber auch als repräsentative Organe des Kirchenregiments zu betrachten sind.

c. Die Geltung der Bekenntnisschriften, insbesondere des Augsburgerischen Glaubensbekenntnisses, worauf nicht nur die Geistlichen, sondern auch die kirchenregimentlichen Personen eidlich verpflichtet werden, ist hinsichtlich aller Anordnungen und Entscheidungen über Lehre und Kultus eine um so wichtigere Schranke, als bei dem Mangel einer Zentralautorität das gemeinsame Bekenntnis der verschiedenen Landeskirchen ein Einheitsband bildet gegenüber dem Katholizismus.

### § 31. Grenzen der Kirchengewalt des Kirchenregiments nach Außen, nach Seite des Staates. — Katholische Kirche.

Auch hinsichtlich dieser Schranken besteht ein bedeutender Unterschied der Rechtsgrundsätze zwischen der römisch-katholischen und der evangelischen Kirche.

Die römisch-katholische Kirche ist durchaus abgeneigt, den Staat als eine göttliche Ordnung anzuerkennen. Sie

vindiziert sich das Recht, die Grenzen zu bestimmen gegen den Staat und bemüht sich, ihre Gerechtsame möglichst weit auszudehnen. Da nun umgekehrt der Staat, auch selbst in katholischen Ländern sich dies nicht gefallen lassen kann, aber auch seinerseits die naturgemäße Grenze zwischen seiner und der Kirche Gewalt noch nicht in allen Punkten gefunden zu haben scheint, wie der so lange geführte sogenannte Kulturkampf beweist, so hat es stets viel Streit gegeben zwischen dem Staat und der katholischen Kirche, welchen man durch den Abschluß von Konkordaten hier und da beizulegen versucht hat.

Konkordate pflegt man anzusehen als Verträge zwischen der katholischen Kirche und dem Staate, durch welche ihr gegenseitiges Verhalten in einem oder mehreren Punkten normiert wird. Diese Verträge haben aber eigentlich nur den Charakter einer zeitweiligen Übereinkunft (ähnlich dem Abschluß eines Waffenstillstandes), welche der Papst als auf vorübergehende Zeitumstände gegründet und dadurch ihm abgedrungen ansieht. Das Recht des Papstes steht nach katholischer kirchenrechtlicher Auffassung, welche zugleich einen dogmatischen Charakter hat, ein für allemal fest und braucht nicht erst besonders festgesetzt zu werden.

Was Bonifacius VIII. lehrte, gilt noch heute, daß die weltliche Obrigkeit zwar *manu regum et militum, sed ad nutum et patientiam sacerdotis* verwaltet werde. *Oportet autem, gladium esse sub gladio et temporalem auctoritatem spirituali subijci potestati.* — Und hierfür wird auch ein Schriftbeweis geführt: *Sic de ecclesia et ecclesiastica potestate verificatur vaticinium Hieremiae: „Ecce constitui te hodie super gentes et regna.“ — Quicunque igitur huic potestati a Deo sic ordinatae resistit, Dei ordinationi resistit.* Als nun aber vom 15. Jahrhundert an die volle Durchführung dieser kurialistischen Grundsätze gegenüber dem Staate und auch dem Episkopat nicht mehr möglich schien, so entschloß sich die Politik Roms, in minder wichtigen Dingen nachzugeben, um Wichtigeres zu erhalten und zu sichern. Es enthalten daher alle Konkordate Versuche, den Staat, von welchem man weiß, daß er die von der römischen

Kurie aufgestellten Ansprüche nicht mehr anerkennt und sich durch deren Gründe nicht mehr gebunden erachtet, wenigstens noch durch Verträge zu binden, und sich damit seiner bis zu einem gewissen Punkte zu versichern. Ein wirkliches Aufgeben jener vermeintlichen Rechte des Papstes findet aber nicht statt. Dies kann auch gar nicht geschehen; denn sie sind göttlichen Ursprungs; er kann nur zeitweilig auf die Ausübung derselben verzichten unter Anwendung des Grundsatzes: *Dilatum non donatum*. Demgemäß ist es auch vorgekommen, daß heimliche handschriftliche Protestationen, worin öffentlich geschlossene Verträge für erzwungen und ungiltig erklärt werden, in den Archiven niedergelegt sind. So erklärte z. B. Paschalis II., nachdem er in dem Investiturstreite mit dem Kaiser Heinrich V. nachgegeben hatte, zu dem *scriptum concessionis*: *Scriptum illud, quod magnis necessitatibus coactus sine patrum consilio aut subscriptionibus feci, super quo nulla conditione, nulla promissione constringimur, prave factum cognosco*. Ähnlich Eugen IV. bei Annahme der Frankfurter Artikel 1447, durch welche der episcopalistische Grundsatz der Unterordnung des Papstes unter das Konzil zur Anerkennung gebracht werden sollte: „*quoniam propter imminentem nobis aegritudinem non valemus, omnia per eos petita et per nos concessa cum ea integritate iudicii et consilii examinare et ponderare, quam rerum magnitudo et gravitas requirit, tenore praesentium protestamus . . . habentes non pro responsis et non concessis quaecunque talia a nobis contigerit emanare*. Übrigens fehlt es auch nicht an Stimmen, welche dem Konfordat einen dauernden Wert beilegen. So der Kardinal Soglia in seinen *Instit. juris publici ecclesiastici* Lauret. 1844, p. 135: *Concordata rationem habent non privilegii, sed pacti, estque illud pactum non temporarium et personale, sed reale ac perpetuum, quod religiose observandum est*.

Wichtige Konfordate sind:

1. Das Wormser oder Calixtinische Konfordat 1122 zwischen Calixt II. und Heinrich V. zur Beilegung des Investiturstreites.

2. Die Konkordate, welche Martin V. 1418 mit den Deutschen, Franzosen und Engländern schloß zur Befestigung der wankend gewordenen päpstlichen Macht. Dahin gehen auch die von Eugen IV. 1447 abgeschlossenen sogen. Fürstenkonkordate mit der Zusage der Berufung eines allgemeinen Konzils.

3. Die mit Napoleon I. 1801 und 1813 abgeschlossenen Konkordate ordnen aufs neue die durch die Revolution zerrütteten Verhältnisse der katholischen Kirche Frankreichs.

4. Mit Bayern wurde ein Konkordat 1817 abgeschlossen.

Für Preußen und andere Staaten wurden nur sogenannte Circumscriptions-Bullen erlassen, welche Bestimmungen enthalten über die Abgrenzung (circumscriptio) der Diözesen und auch über einige innere Einrichtungen derselben.

## § 32. Grenzen der Kirchengewalt nach Außen, nach Seite des Staats. — Evangelische Kirche.

Die evangelische, insonderheit die lutherische Kirche hat den Grundsatz von Anfang an aufgestellt, daß das weltliche Regiment im Staat, wie das geistliche Regiment in der Kirche gleich hoch zu ehrende Ordnungen Gottes seien und daß, was jedem von Beiden zugehöre, nicht miteinander vermischt werden dürfe. Indessen ist es an sich sehr schwierig, festzustellen, welches die Angelegenheiten sind, die die Kirche allein zu ordnen hat, und worin eine Einmischung des Staates nicht zu dulden ist. Da nun unsere ev.-luth. Kirche anfänglich nicht anders als unter dem Staatschutz der Landesherren sich organisieren konnte, und da sie auch später nie und nirgends in die Lage kam, bei Entscheidungen über die ihr allein zukommenden Rechte mit dem Staate verhandeln zu können, wie Macht mit Macht, und Verträge mit demselben abschließen zu können nach Analogie der von der katholischen Kirche abgeschlossenen Konkordate, so hat sie sich gefallen lassen müssen, daß der Staat nach seinem Ermessen die Grenzen bestimmt hat.



Dies war auch nicht zum Nachtheil weder der Kirche noch des Staates, so lange in den lutherischen Ländern Staat und Kirche hinsichtlich der Zahl ihrer politisch und kirchlich berechtigten Angehörigen zusammenfielen und überdies durch ihren gemeinsamen Regenten, der zugleich Staatsoberhaupt und Summus episcopus war, in einer Personalunion standen. Eine Gewalt unterstützte die andere und dabei befanden sich Staat und Kirche anscheinend ganz wohl.

Als nun aber allmählich in den Ländern lutherischen Bekenntnisses noch andere Religionsgesellschaften, kirchliche, wie politische, Berechtigungen erhielten, und es damit mehr zum Bewußtsein kam, Staat und Landeskirche seien doch nicht einerlei; — auch da unterließ man es noch längere Zeit, die schwierige Frage anzurühren und ließ einstweilen die Sachen noch fortgehen, wie sie bisher gegangen waren, vielfach zur Beschwerde der andern Konfessionen, die sich hinter der Landeskirche zurückgesetzt zu werden beklagten, aber auch keineswegs zum Vorteil der lutherischen Landeskirchen selbst, die unter dem Druck der inzwischen immer mehr zur Herrschaft gekommenen territorialistischen Ansichten vom Weien und Verufe des Kirchenregiments empfindlich litten.

Erst als der Grundsatz der Konfessionslosigkeit des Staates und seiner Organe zur Geltung gebracht wurde und einerseits die Staaten durch Annahme der konstitutionell monarchischen Regierungsform, andererseits die Kirchengemeinschaften durch Aufnahme synodaler Einrichtungen sich in besonderer Weise organisierten, ist die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche über die Grenzen der beiderseitigen Regierungsbefugnisse eine dringendere geworden.

Welches die Grenzen sind zwischen dem staatlichen und kirchlichen Regiment, und wer das Recht hat, diese Grenzen zu

bestimmen; darüber, wie über so manche sonstige Fragen des Rechts und der Verfassung der Kirche, haben sich Luther und seine Mitreformatoren nicht näher ausgesprochen, und sind die Ansichten hierüber noch immer sehr schwankend.

Man hat gesagt: Lehre, Kultus, Disziplin, Verfassung — das sind die Angelegenheiten der Kirche; darum, was dahin gehört, durch ihre Gesetzgebung zu ordnen und durch ihre Verwaltung in Ordnung zu erhalten, das ist Sache der Kirche und der Kirche allein. Aber wie? Der Kirche allein? Kann das auch nur von den beiden erstgenannten Gegenständen, Lehre und Kultus, gesagt werden, da doch dieselben offenbar die am meisten innerlichen, ja geistlicher Art sind? „Lehre“? Da fragt es sich: nur die Lehre in der Kirche und etwa die im Pfarrhause, oder auch die in der Schule? bei welcher doch der Staat immer sein Wort mitzusprechen hatte und jetzt noch entscheidender als früher mitzusprechen will? und wie? wenn nun das Recht der Lehre dort in der Kirche, wie hier in der Schule mißbraucht würde zu staatsgefährlichen Zwecken? — „Kultus“? Da fragt es sich wieder, nur der im Hause Gottes und in den Häusern, wo gottesdienstliche Handlungen zu verrichten sind? oder auch der mit Prozessionen und Wallfahrten in die Öffentlichkeit hinaustretende, der wegen möglichen Unfugs von der Staatspolizei überwacht werden müßte? Und wo Kultus sein soll, bedarf es da nicht auch der Kultusmittel und Kultuskosten, bei denen es sich fragt, wenn die Kirche oder die Kirchengemeinde sie aus ihrem als solcher ihr zugehörigen Vermögen nicht hergeben kann, ob der Staat sie aus seinem Vermögen hergeben oder aus dem seiner Unterthanen hergeben lassen will? Und wenn von Lehre und Kultus gilt, daß es schon nicht leicht ist, inbezug auf alle Fragen, die da vorkommen können, die rechte Grenze zwischen dem Gebiete des Kirchenregiments und des Staatsregiments zu bestimmen; wieviel mehr gilt es von der Disziplin der Kirche mit ihren möglichen Mißbräuchen und von der Verfassung der Kirche mit ihren auch äußeren Ordnungen, die so leicht mit Staatsinteressen in Konflikt kommen können?

## Fünfter Abschnitt.

Verschiedene Theorien hinsichtlich der  
Verfassung der Kirche, und deren  
hauptsächlichste Vertreter.

### § 33. Übersicht.

Für die Behandlung der Wissenschaft des Kirchenrechts ist entscheidend die Beantwortung der Frage: Durch wen und in welcher Weise ist die Kirche zu regieren?

Je nachdem diese Kardinalfrage beantwortet worden ist, hat man die nachfolgend zu charakterisierenden kirchenrechtlichen Theorien aufgestellt:

Auf katholischer Seite das Episkopalssystem einerseits und das Kurial- oder Papalssystem anderseits.

Auf evangelischer Seite das Episkopalssystem, Territorialsystem, und Kollegialsystem.

### § 34. Das katholische Episkopalssystem.

Das katholische Episkopalssystem spricht dem auf allgemeinen Konzilien versammelten Episkopat die höchste Entscheidung in Kirchensachen zu. Die Primariatstellung des Papstes wird anerkannt, da sie den Schlußstein der *unitas ecclesiae*, der sichtbaren Einheit der Kirche, bildet.

Der Papst hat als Inhaber der *cathedra Petri* eine

hervorragende leitende Stellung; aber er hat sich den Beschlüssen der Konzilien zu fügen; er gilt nicht als unfehlbar.

Das in den ersten Jahrhunderten herrschende, durch Cyprian zuerst entwickelte Episkopalssystem wurde im Mittelalter durch das Kurialsystem verdrängt und hat trotz wiederholter Versuche, sowohl auf den Konzilien zu Pisa 1409, Constanz 1414—1418 und Basel 1431—1443, als auch seitens des Gallikanismus (Pithou 1594 und Bossuet 1673) und des deutschen Episkopats (v. Hontheim oder Febronius, Emsier Kongreß und Puntation) nicht wieder zur Herrschaft gelangen können. Nach geschehener Bildung der von der päpstlichen Kirche ausgeschlossenen sogenannten altkatholischen Kirchengemeinschaft, welche das Episkopalssystem vertritt, scheint die moderne katholische Kirche mit Annahme des Infallibilitätsdogmas den Episkopalismus völlig ausgehoben zu haben.

Nachdem mit dem Absterben der Apostel das Apostolat, welches die oberste Kirchenleitung ausübte, aufgehört hatte, ging diese naturgemäß in die Hände der Bischöfe über, und es bildete sich die Lehre vom Episkopat. Cyprian († 258) entwickelte in seiner Schrift *de unitate ecclesiae* die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Zusammenfassung der Kräfte der Kirche unter dem Episkopat gegenüber der Einheit des sie verfolgenden Staates, und er begründete dies dogmatisch, indem er behauptete, Christus setze im Episkopat seine eigene erlösende Wirksamkeit fort. (ep. 66.) Diese episkopalistischen Anschauungen waren die herrschenden während des ersten Jahrtausends. Die Synoden und Konzilien, welche der Papst weder berief, noch leitete, wie er auch deren Beschlüsse nicht bestätigte, befestigten das Ansehen des Episkopats, unter welchem sich die Kirche immer weiter ausbreitete.

Nachdem alsdann der Kurialismus zur Herrschaft gelangt war, wie dies im Folgenden dargelegt werden wird, hat der Episkopalismus zum öfteren Versuche gemacht, wieder maßgebenden Einfluß zu gewinnen.

Diese Versuche gingen besonders aus von Frankreich, wo schon sehr früh eine mehr oder weniger selbständige, vom römischen Bischof unabhängige Kirchengemeinschaft sich entwickelt hatte. Wie Karl der Große bei aller Bewahrung des Zusammenhangs mit Rom doch der gallitanischen Kirche eine gewisse Selbständigkeit und Unabhängigkeit dem Papste gegenüber sicherte, während er anderseits Übergriffe auf staatliches Gebiet nicht duldete, so war auch das später erstarkende Königtum dem Episkopalismus günstig. Die Franzosen Pierre d' Ailly, Johann Gerson, Nicolaus Clemanges u. a. waren es, welche auf den großen Konzilien zu Pisa, Constanz und Basel episkopalistische Grundsätze vertraten. Nachdem aber diese damals so vielversprechende Bewegung nicht zum erwünschten Ziele geführt hatte, setzte sich dieselbe in Frankreich noch fort. Dieser sogenannte Gallikanismus, welcher von der Sorbonne, jener berühmten gelehrten theologisch philosophischen Congregation an der Pariser Universität, seine wichtigste Stütze hatte, war besonders lebendig zur Zeit Ludwigs XIV. Nachdem schon früher der Rechtsgelehrte Pithou den Gallikanismus in den „*Libertés de l'Eglise gallicane*“ in 83 Artikeln 1594 vertreten hatte, stellte ihn der als Kanzelredner berühmte Theologe Bossuet dar in der „*Declaration du clergé de France*“, deren 4 Grundsätze durch die königlichen Verfügungen von 1673 und 1675 bestätigt wurden. Sie enthält folgende vier Bestimmungen: 1. Daß Petrus, seine Nachfolger und die ganze Kirche nur Macht haben in geistlichen Dingen; daß also Könige und Fürsten in weltlichen Dingen keiner kirchlichen Gewalt untergeordnet sind; 2. Daß, so vollkommen die Macht des apostolischen Stuhles in geistlichen Dingen auch sei, doch die Beschlüsse des Conciliums von Konstanz, die von jenem Stuhle bestätigt und von der gallitanischen Kirche befolgt worden sind, in ihrer vollen Gültigkeit verbleiben; 3. Daß also diese Beschlüsse die Macht des apostolischen Stuhles beherrschen und folglich die Regeln, Gebräuche und Verfassungen des gallitanischen Reiches und der gallitanischen Kirche ihre volle Kraft behalten; 4. Daß, obgleich dem Papst in Glaubenssachen ein größerer Einfluß zukommt und seine Dekrete alle Kirchen angehen, seine Entscheidungen doch nicht unverbesserlich (*irréformables*) sind, wenn nicht die ganze

Kirche damit zusammenstimmt. (cf. den Artikel „Gallicanismus“ in Herz. Encyclopädie, wo auch die betreffende Literatur verzeichnet ist.)

Der Einfluß dieser 4 Grundsätze hat sich fortgesetzt bis auf unsere Zeit, obschon freilich die episkopalistische Strömung im Laufe der Zeit immer schwächer geworden ist.

In Deutschland war von Seiten einiger Erzbischöfe und Domkapitel Einsprache erhoben gegen die seit Ende des 16. Jahrhunderts vom Papste eingerichteten Nuntiaturen, durch welche die Jurisdiktion und das Ansehen des deutschen Episkopats eingeschränkt wurden. Die deutschen Kaiser und Fürsten bemühten sich, dem deutschen Episkopat Beistand zu leisten, und so fiel des Weibbischofs von Trier Joh. Nikol. v. Hontheim unter dem Namen Justinus Febronius im Sinne des Episkopalismus verfaßte Schrift: „De statu Ecclesiae et legitima potestate Romani Pontificis“ 1763 auf fruchtbaren Boden und brachte eine große Bewegung hervor. Der Papst verdamnte zwar das Buch und nötigte den Verfasser zum Widerruf; aber die Bewegung, begünstigt durch Friedrichs des Großen und Kaiser Franz II. Politik und Einfluß, nahm ihren Fortgang. Im August 1786 kamen Vertreter der vier Erzbischöfe von Mainz, Trier, Köln und Salzburg im Bade Ems zusammen und schlossen die unter dem Namen Emscher Punktation berühmt gewordene Übereinkunft. Hiernach sollte der Papst zwar Oberaufseher und Primus der ganzen Kirche sein und bleiben; aber alle andern Vorzüge und Reservationen, die mit diesem Primat in den ersten Jahrhunderten nicht verbunden gewesen, sondern aus den nachherigen Isidorschen Dekretalen geflossen seien, könnten jetzt, nachdem deren Falschheit erwiesen, ferner nicht bestehen bleiben. Eine binnen 2 Jahren zu berufende deutsche Nationalkirchenversammlung sollte die streitigen Punkte erledigen. Da nun aber die Bischöfe dieses Vorgehen der Erzbischöfe keineswegs fördereten, sondern zum Teil demselben entgegentraten, weil sie es für sich für vorteilhafter hielten, unter dem entfernten Papste, als unter Aufsicht der einheimischen Erzbischöfe zu stehen, so gelang es dem Papste diese episkopalistische Bewegung zu unterdrücken. Die Erzbischöfe erhielten eine ernste Rüge.

Daß aber eine episkopalistische Strömung sich in der katholischen Kirche erhalten hat, beweisen die Vorgänge bei und

nach dem Vatikanischen Konzil 1870 und das alsdann erfolgende Aufkommen des sogen. Altkatholicismus.

Den Anfang der altkatholischen Bewegung bildete eine von dem berühmten katholischen Gelehrten Ignaz von Döllinger am 27. August 1870 in Nürnberg veranstaltete Konferenz hervorragender katholischer Gelehrter, welche eine offene Erklärung gegen die Constitutio „pastor aeternus“ erließ. Eine förmliche Trennung suchte man anfänglich zu vermeiden; insbesondere wollte Döllinger am liebsten die Anhänger des alten Glaubens als Salz in der Kirche weiterwirken sehen. Da dies aber unmöglich schien, so mußte zu neuen Gemeindebildungen geschritten werden. Der Staat, welcher den Vatikanischen Beschlüssen das Placet versagte, betrachtete die Altkatholiken fortgesetzt als vollberechtigte Mitglieder der katholischen Kirche und erleichterte durch materielle Beihilfen die Organisation, an welcher sich übrigens Döllinger nicht beteiligte.

Nachdem nun die von vielen Seiten auf den Altkatholicismus gesetzten Hoffnungen, daß von demselben eine durchgreifende Erneuerung des Katholicismus ausgehen werde, sich nicht erfüllt haben, so hat auch der Staat begonnen, seine Gunst zurückzuziehen. So ist z. B. in Bayern „dem Ausschuß des bayerischen altkatholischen Landesvereins in München“ neuerdings am 15. März 1890 eröffnet, „daß vorerst die innerhalb der Erzdiözese München-Freising wohnenden Altkatholiken von nun ab seitens der Staatsregierung nicht mehr als Mitglieder der katholischen Kirche betrachtet und behandelt werden.“\*)

---

\*) Das altkath. Glaubensbekenntnis ist in einer am 24. September 1889 zu Utrecht abgehaltenen Konferenz der altkath. Bischöfe: Reinkens (aus Preußen) und Herzog (in der Schweiz), sowie der jansenistischen Bischöfe von Harlem, Deventer und Utrecht, wie folgt, formuliert worden: 1. Wir halten fest an den altkath. Grundsätzen, welche Vicentius von Lerin († 450 n. Chr.) in dem Satz ausgesprochen hat: *id teneamus, quod ubique semper, quod ab omnibus creditur, hoc est etenim proprietate catholicum*; wir halten fest an dem Glauben der altkath. Kirche, wie er in den ältesten Synoden und den dogmatischen Entscheidungen durch Spruch der ungeteilten Kirche des ersten Jahrtausends ausgesprochen ist. 2. Als mit dem Glauben der alten Kirche im Widerspruch

Als wissenschaftliche Vertreter des katholischen Episkopal-systems sind anzusehen:

J. F. Schulte *katholisches Kirchenrecht*. Gießen 1856—60. 2 Teile. (2. Teil: System des allgem. kathol. Kirchenrechts 2. Aufl. 1867). Derselbe hat in Gemeinschaft mit dem verdienstvollen ev. Kirchenrechtslehrer Amilius Ludwig Richter, als dessen Schüler ihn Dove nennt (in Herz. *Encycl.* 1. Ausg. XX. S. 567) herausgegeben die *Canones et decreta Conc. Tridentini ex editione Romana a. 1834 repetiti*.

Die Altkatholiken Döllinger † 10. Jan. 1890, Reinkens (Ursprung, Wesen und Ziel des Altkatholicismus. Heidelberg 1882.) F. Michelis (Verf. einer katholischen Dogmatik, Freiburg 1881.) u. a. m.

### § 35. Das Kurialsystem.

Das Kurial- oder Papalsystem, welches zu seiner Voraussetzung die Behauptung der Einsetzung Petri zum Statt-

stehend und die altkath. Kirche zerstörend verwerfen wir die vatikanischen Beschlüsse vom 18. Juli 1870 über die Unfehlbarkeit und den Universal-episkopat des römischen Papstes. 3. Wir verwerfen als in der h. Schrift und in den Urkunden der ersten Jahrhunderte nicht bezeugt die Encyclika von Pius IX. von 1854 über die unbefleckte Empfängnis Maria's. 4. Was die anderen, in den letzten Jahren von dem römischen Bischofe erlassenen päpstlichen Dekrete, die Bulle Unigenitas, den Syllabus von 1864 u. a. betrifft, verwerfen wir dieselben, soweit sie mit der Lehre der alten Kirche im Widerspruche stehen. 5. Wir nehmen das Konzil von Trient nicht an in den Entscheidungen, welche die Disziplin betreffen, und in den dogmatischen Entscheidungen nur insofern an, als sie mit der Lehre der alten Kirche übereinstimmen. 6. In Erwägung, daß die h. Eucharistie in der h. Schrift den wesentlichen Mittelpunkt des Gottesdienstes bildet, halten wir es für unsäthhaft zu erklären, daß wir den alten kirchl. Glauben von dem h. Altarssakrament umwandeln, indem wir vielmehr glauben, daß das Sakrament nach der Schrift in beiderlei Gestalten zu verwaltet sei. 7. Wir hoffen, daß es den Bemühungen der Theologen gelingen wird, unter Festhaltung an dem Glauben der ungetheilten Kirche eine Verständigung über die seit der Kirchenspaltung entstandenen Differenzen zu erzielen.



halter Christi und die hierauf fortbauende Lehre von der Succession hat, spricht dem Papste als unfehlbarem Inhaber des Stuhls Petri die höchste Entscheidung in Kirchensachen und ein möglichst weitgehendes Recht der Einmischung auch in weltlichen Sachen zu.

Mit Hilfe der Sidorischen Dekretale\*) gelang es unter der Gunst der Zeitverhältnisse den Päpsten, insbesondere Gregor VII. (1073—1085), Innocenz III. (1198—1216) und Bonifazius VIII. (1294—1303) das Kurialsystem zur Herrschaft zu bringen.

Die im 14. Jahrhundert geschehene sittliche Entartung des Papsttums hat dann freilich das Hervortreten des Episkopalismus im 15. Jahrhundert wieder begünstigt; aber wie Leo X. auf dem Lateranconcil 1516 die in jener Zeit zurückgenommene Bulle „Unam sanctam“ wieder bestätigte, so hat das Concil zu Trient 1545—1563 das Kurialsystem gegenüber der Reformation sanktioniert. Der Kurialismus hat seit dieser Zeit an dem Jesuitismus eine mächtige Stütze gehabt und seitdem das Vatikanconcil 1870 das Infallibilitätsdogma proklamiert hat, scheint seine Herrschaft eine für absehbare Zeit gesicherte zu sein.

Hinsichtlich des Namens: Kurialsystem wird bemerkt, daß Curia romana der Complex aller Behörden heißt, deren der Papst sich bedient zur Centralverwaltung seines Primats. Die vornehmste Behörde ist das Kardinalskollegium (so genannt, weil dessen Mitglieder cardines sein sollen, auf welchen zunächst der Kirchendienst ruht). Zur römischen Kurie gehören ferner die ziemlich zahlreichen für bestimmte Verwaltungszweige oder bestimmte Zwecke eingesetzten Kongregationen, desgleichen auch die Verwaltungsbehörden (curia gratiae)

\*) Über die Sidorischen Dekretale siehe oben Seite 8.

und Justizbehörden (*curia justitiae*). cf. Richter Kirchenrecht § 111—114.

In der katholischen Lehre von der Succession des Papstes wird etwa Folgendes behauptet: Christus hat die Kirche als die sichtbare Fortsetzung seiner Person, seines Leibes auf Erden, gewollt. Deshalb hat er den Apostel Petrus zu seinem Stellvertreter und zum Mittelpunkt der Einheit eingesetzt. Die Kirche und ihr Centrum ist aber nicht als eine vorübergehende Stiftung gegründet, sondern für alle Zeiten bestimmt; daher mußte Petrus einen Nachfolger erhalten und die kirchliche Succession für immer festgestellt werden. Weil Gott den Fortbestand der Kirche und ihres einheitlichen Fundaments gewollt hat, so erscheint auch die an Petrus sich anlehrende Nachfolge als göttlicher Wille. Zwar hat Petrus verschiedene Gemeinden gegründet und Beschlüsse für dieselben bestellt, indessen kann doch nur derjenige Bischof als der wahre Successor angesehen werden, welcher ihm nach seinem Tode gefolgt ist, und das ist der Bischof von Rom. Wie bei der weltlichen Thronfolge der nächste Blutsfreund, so succedierte hier der durch die Nachfolge in dem römischen Episkopat zur Nachfolge bestimmte Bischof von Rom, und kaum möchte es in Zweifel zu ziehen sein, daß Petrus selbst den auch von Paulus 2 Tim. 4, 21 erwähnten Linus sich zum Nachfolger in allen seinen Würden ausersehen habe (Philipp's Kirchenrecht I. 146.)\*)

Linus wird nach dem römischen Brevier als der Erste genannt, qui post Petrum gubernavit ecclesiam.

Die Entwicklung des Kurialismus wurde ganz wesentlich begünstigt durch die Schwäche des sich immer mehr decentralisierenden Staates, welchem gegenüber die einheitlich organisierte

---

\*) In anderer Weise hat auch die anglikanische Kirche (episcopal church, high church) besonders nach der Lehre Pusey's † 1882 und der Tractarianer die Lehre von der apostolischen Succession ausgebildet. Christus hat die Geistesgaben allen Aposteln mitgeteilt, welche dann dieselbe wiederum fortgepflanzt haben mittels Handauslegung. Die apostolische Succession ist eine geistliche Erbschaft, welche fortgeerbt wird bis auf unsere Tage mittels der Ordination. Sie ist gleichsam eine galvanische Kette, wodurch die Gabe des Geistes übergeleitet wird. Durch Hand-

Kirche unter kraftvollen Päpsten immer größern Einfluß gewann. Dazu kam die religiöse Romantik des Mittelalters, wie sie besonders in den Kreuzzügen zu Tage trat und neben dem Ritterwesen auch das Aufblühen der Mönchsorden und des Klosterwesens begünstigte.

Unter den Päpsten war es besonders Gregor VII. † 1085, ein Mann von der eminentesten Begabung, ein Staatsmann, der wenige seinesgleichen hat, welcher den Grund zur päpstlichen über den Kaiser triumphierenden Allgewalt legte, als er Heinrich IV. zu Canossa im Büssergewand zu seinen Füßen sah. Er begründete die Unterordnung des Staates unter die Kirche durch die Verschiedenheit des Ursprungs beider. Die Staaten sind durch Gottlose, Räuber und Mörder gestiftet worden unter Anleitung des Teufels; ihr Ursprung ist also ein principiell böser. (cf. epist. VIII. 21 ad Herimannum.) Dagegen die römische Kirche ist allein vom Herrn gegründet; alle Macht aber und Gewalt der Kirche ist von Gott dem römischen Bischof übertragen und er berechtigt, alle andern Bischöfe ab- und einzusetzen. Sein Legat hat den Vorsitz auf dem Konzil; ihm müssen die Fürsten die Füße küssen; ihm steht es zu, die Kaiser abzusetzen und die Unterthanen gottloser Fürsten von der Treue gegen diese zu entbinden. Die römische Kirche wird zu einer alles umfassenden, auch den Staat beherrschenden Theokratie. Zur Erreichung seiner Ziele wendet Gregor drei bedeutende Maßregeln an: erstlich die Bildung des Kollegiums der Kardinäle mit der Befugnis der Papstwahl, wodurch diese vor außerkirchlichen Einflüssen sicher gestellt und die päpstliche Kurie geschaffen wird als das Organ für das vom Papst auszuübende Regiment der Kirche; — zweitens den Eölibat der Geistlichen, wodurch diese von dem übrigen Volk, seinem Leben und seinen In-

auslegung werden dieser Kette neue Glieder angefügt, welche dann wieder Conduktoren der Geistesgabe werden. Wer nicht ein Glied dieser Kette ist, hat kein Recht zum Amt, keine Befähigung zur Verwaltung des Sakraments. Die bischöfliche Würde beruht auf der ununterbrochenen Reihe vorhergehender Bischöfe. Die Ordination teilt besondere Gnadengaben mit, durch welche die Fähigkeit zur Verwaltung des bischöflichen Amtes bedingt ist. (cf. den Artikel „Tractarianismus“ in Herz. Encyclop.)

teressen geschieden werden und ein Stand geschaffen wird, der keine andere Familie als die Kirche, kein anderes Vaterland, als Rom hat; — und drittens die Unterdrückung der Simonie; im engeren Sinne des Verkaufes geistlicher Stellen; im Sinne Gregors der Besetzung geistlicher Stellen durch Weltliche. Durch diese letztere Maßregel, welche freilich einen beständigen Kampf mit dem Staate nach sich zog, soll die geistliche Gewalt völlig unabhängig gemacht werden von der weltlichen.

Unter Innocenz III. † 1216 gelangt das Papsttum auf seine Höhe, indem dieser durch Verstand, Wissenschaft und Willensstärke gleich ausgezeichnete Kirchenfürst die damaligen Weltverhältnisse mit ebenso großer Umsicht, als Energie zu Gunsten des päpstlichen Stuhles zu benutzen wußte.

Nachdem des im 32. Jahre zu Messina 1197 verstorbenen Kaisers Heinrich VI. Gemahlin Constantia im folgenden Jahre gleichfalls verstorben war, führte er die Vormundschaft über den erst dreijährigen Sohn Friedrich, und während dieser Zeit verschaffte eine zwiespältige Kaisermahl (Otto IV. und Philipp von Schwaben) dem Papst Gelegenheit, seinen Einfluß in Deutschland geltend zu machen. Der von ihm begünstigte Otto IV. wurde von ihm gekrönt 1209, aber dann auch wieder abgesetzt 1212 und der inzwischen herangewachsene Friedrich II. wurde Kaiser.

Ein ehelicher Zwist des Königs Philipp August von Frankreich, welcher seine rechtmäßige Gemahlin Ingeborg verstoßen hatte, um die Maria Agnes zu ehelichen, gab Gelegenheit, in Frankreich, und eine streitige Bischofswahl in England, sowie die unkluge Despotie des Königs Johann (Lackland d. h. ohne Land), in England den päpstlichen Einfluß zu stärken.

Johann, Fürst der Bulgaren, verdankte dem Papste Krone und Scepter, und als in Konstantinopel ein lateinisches Kaiserthum eingesetzt war 1204 mit Hilfe Benedigs, wurde der Patriarch von Konstantinopel vom Papste ernannt.

Daß im November 1215 eröffnete 4. Laterankonzil, eins der glänzendsten, welche je gehalten worden sind, stellte das Papsttum dar in seinen größten Machtfülle. Das Papsttum ist die Sonne, das Königtum der Mond, welcher sein Licht von jener zu Lehen trägt. So vielmal größer und herrlicher die Sonne ist als der Mond, so vielmal herrlicher ist der Papst, als der Kaiser.

Bonifacius VIII. 1294—1303 (über dessen Anteil an der Bildung des Corpus juris can. durch Herausgabe des Liber sextus cf. oben S. 10) zog die äußersten Konsequenzen der von Innocenz III. aufgestellten Grundsätze. Wenn Innocenz die Auferlegung von Steuern auf Geistliche von der Erlaubnis des Papstes abhängig machte, so bestimmte Bonifacius in der Dekretale „Clericis laicos“ 1296, daß sowohl Geistliche, die ohne päpstliche Erlaubnis dergleichen Steuern entrichteten oder nur versprächen, als auch Könige und Fürsten, die sie von Geistlichen forderten, in den Bann fallen sollten.

Der Widerstand Philipps IV. von Frankreich gegen das in seinem Streit mit Eduard I. von dem Papst beanspruchte Schiedsrichteramt („Sciat maxima tua fatuitas, in temporalibus nos alicui non subesse“) veranlaßte Bonifacius zum Erlass der berühmten als dogmatisch geltenden Bulle: „Unam sanctam“ 18. Nov. 1302, welche die Lehre, daß die weltliche Gewalt der geistlichen, der Staat der Kirche, untergeordnet sei, zu einem Glaubenssatz machte, indem sie die schon früher von Bernhard von Clairvaux aufgestellte Lehre von den beiden Schwertern, dem gladius spiritualis, das von der Kirche, und dem gladius materialis, das vom Staate für die Kirche zu führen sei, weiter dahin entwickelte, daß beide Schwerter in der Gewalt der Kirche seien. Gladius est sub gladio, die weltliche Gewalt ist der geistlichen unterworfen. Die geistliche Gewalt hat die weltliche Gewalt einzusetzen und falls sie nicht gut ist, abzusetzen. Die Unterordnung unter den römischen Bischof ist zur Seligkeit notwendig. „Porro subesse Romano Pontifici omni creaturae declaramus, dicimus, definimus et pronunciamus omnino esse de necessitate salutis.“

Wie nun im 14. Jahrhundert durch das sogen. babylonische Exil 1305—1377, währenddessen der päpstliche Hof zu Avignon ein Sammelplatz sittlicher und religiöser Frivolität und Liederlichkeit war, und wie durch das Schisma 1378—1409 das päpstliche Ansehen geschwächt wurde, so daß während des 15. Jahrhunderts der Episkopalismus zeitweilig die Oberhand gewann; und wie dann das Papsttum durch das Konzil zu Trient neu gestärkt wurde, kann hier nicht ausführlich dargelegt werden. Es möge aber noch hingewiesen werden auf das von

Pius IV. 1564 publicierte Tridentinische Glaubensbekenntnis (Professio fidei Tridentinae,) in welchem der Katholik bekennt: „Sanctam catholicam et apostolicam Romanam ecclesiam, omniumque ecclesiarum matrem et magistram agnosco, Romanoque Pontifici, beato Apostolorum principi, successori ac Jesu Christi vicario veram obedientiam spondeo ac juro.“

Auch mögen noch folgende Stücke der schon früher erwähnten Vatikanischen Constitutio „Pastor aeternus“ vom 18. Juli 1870 hier ihren Platz finden nach einer bischöflich approbierten Übersetzung: Aus cap. III.: „De vi et ratione Primatus Romani Pontificis“: „Daher lehren und erklären wir, daß die römische Kirche nach Anordnung des Herrn den Vorrang der ordentlichen Gewalt besitzt und daß diese Gewalt des päpstlichen Regierungsrechtes, welche eine wahrhaft bischöfliche ist, eine unmittelbare ist, gegenüber welcher die Hirten und Gläubigen jeglichen Ritus und Ranges, jeder einzelne sowohl für sich, wie auch alle zusammen zur Pflicht der hierarchischen Unterordnung und zum wahren Gehorsam verpflichtet sind, nicht bloß in denjenigen Dingen, welche zum Gebiete des Glaubens und der Sitten, sondern auch in denjenigen, welche zur Disziplin und zur Regierung der über den ganzen Erdfreis zerstreuten Kirche gehören, so daß auch die Bewahrung der Einheit, sowohl der Gemeinschaft, als des Glaubensbekenntnisses mit dem römischen Papste die Kirche Christi als eine Herde unter dem einen obersten Hirten besteht.

Das ist die Lehre der katholischen Wahrheit, von welcher Niemand, welcher seinen Glauben und Heil wahren will, abweichen kann. 2c. 2c.

„Und weil nach dem göttlichen Rechte des apostolischen Primats der römische Papst der ganzen Kirche vorsteht, so lehren wir auch und erklären, daß derselbe der oberste Richter der Gläubigen ist, und daß in allen der kirchlichen Prüfung unterliegenden Angelegenheiten an sein Urtheil recurriert, daß aber ein Urtheilsspruch des römischen Stuhls, über dessen Autorität es keinen höheren giebt, von niemandem beseitigt werden kann, und daß es niemandem erlaubt ist, über ein Urtheil desselben zu urtheilen. Deshalb weichen diejenigen vom rechten Pfade der

Wahrheit ab, welche behaupten, daß es gestattet sei, von den Urtheilsprüchen der römischen Päpste an ein allgemeines Concil, als eine über dem römischen Papste stehende Autorität zu appellieren.

Wenn daher Jemand sagt, daß der römische Papst nur das Amt der Beaufsichtigung und Leitung der gesammten Kirchen, nicht aber die volle und höchste Regierungsgewalt über dieselben — und zwar nicht bloß in den Sachen, welche den Glauben und die Sitten, sondern auch die Disziplin und die Regierung der über den ganzen Erdfreis ausgebreiteten Kirche betreffen — oder wenn Jemand behauptet, der römische Papst besitze nur die vornehmsten Theile, nicht aber die ganze Fülle dieser Gewalt, oder wenn Jemand sagt, jene seine Gewalt sei keine ordentliche und unmittelbare über alle und jede einzelne Kirche oder über alle Hirten und Gläubigen und jeden Einzelnen, der sei von allen Rechten und Segnungen der Kirche ausgeschlossen.“

Aus Cap. IV: De Romani Pontificis infallibili magisterio. „Indem wir daher an der von Anbeginn des christlichen Glaubens überkommenen Überlieferung treu festhalten, lehren wir mit Zustimmung des heiligen Concils zur Ehre Gottes unseres Heilandes, zur Erhöhung der katholischen Religion und zum Heile der christlichen Völker und erklären es als einen von Gott geoffenbarten Glaubenssatz: daß der römische Papst, wenn er von seinem Lehrstuhle aus spricht, das heißt, wenn er in Ausübung seines Amtes als Hirte und Lehrer aller Christen, kraft seiner höchsten apostolischen Gewalt, eine von der gesammten Kirche festzuhaltende, den Glauben oder die Sitten betreffende Lehre entscheidet, vermöge des göttlichen, vom heiligen Petrus ihm verheißenen Beistandes, jene Unfehlbarkeit besitzt, mit welcher der göttliche Erlöser seine Kirche in Entscheidung einer den Glauben oder die Sitten betreffenden Lehre ausgestattet wissen wollte; und daß daher solche Entscheidungen des römischen Papstes aus sich selbst, nicht aber erst durch die Zustimmung der Kirche unabänderlich sind.“

Darauf folgt der Bannfluch:

„So aber Jemand, dieser unserer Entscheidung, was

Gott verhüte, zu widersprechen wagen sollte, der sei im Banne.“\*)

Das kirchlich-theokratische System verwirklicht die Idee des Katholicismus auf die einzig mögliche Weise durch Aufstellung einer unfehlbaren sichtbaren Auctorität als Organs der unsichtbaren. Durch seine Unerschütterlichkeit und Konsequenz hat dieses System, seiner abschreckenden Form ungeachtet, Eingang gefunden und sich allen Waffen zum Trotz, welche Nachdenken und Vernunft dawider in die Hände gaben, aufrecht zu halten vermocht. Die katholische Kirche will eben eine sichtbare wirkliche, wirkende perennirende Anstalt der Offenbarung sein, deren Auctorität identisch ist mit der Auctorität Christi vermöge des in ihr vorhandenen sichtbaren Nachfolgers Christi. Daraus folgt ein begründeter Anspruch auf die weltliche Alleinherrschaft. Die Kurie und der moderne Staat, so urtheilt Dove in Herz. Encycl. 1. Ausg. XX. 557, gehen von so verschiedenen Grundanschauungen aus, daß eine principielle Übereinstimmung hinsichtlich einer durchgreifenden Regelung des Verhältnisses der Staatsgewalt zur katholischen Kirche nicht, — oder doch nicht, ohne daß der

\*) Die Formel des Anathema lautet:

„Gott der Allmächtige und alle seine Heiligen verfluchen sie mit dem Fluche, womit der Teufel und seine Engel verflucht sind. Sie werden ausgerottet vom Lande der Lebendigen! der greulichste Tod komme über sie! sie sollen lebendig in die Grube fahren! ihre Nachkommen werden ausgerottet von der Erde, sie müssen zu Grunde gehen vor Hunger, Durst, Blöße u. s. w. Alles Elend, alles Leiden, alle Qual komme über sie! all ihr Besitz sei verflucht, verflucht seien sie überall und immer, ob sie schlafen oder wachen, ob sie hungern oder dürsten, verflucht seien sie innerlich und äußerlich, vom Scheitel bis zu den Fußsohlen! ihre Augen müssen erblinden, ihre Ohren taub, ihr Mund stumm werden, ihre Zunge am Gaumen kleben, ihre Hände nicht mehr greifen, ihre Füße nicht mehr gehen! Alle Glieder ihres Leibes seien verflucht! Stehend oder sitzend seien sie verflucht von nun an bis in Ewigkeit! Ihre Leuchte müsse erlöschen vor Gott am Tage des Gerichts! Bei Hunden und Eseln müssen sie begraben werden! Wölfe müssen ihre Leichname verzehren! Der Teufel und seine Engel müssen ihre Begleiter sein auf ewig! Amen, Amen, so sei es, so sei es!“



weltliche Kontrahent in eine formelle Unterordnung des staatlichen Princip's unter den kanonischen Standpunkt willigt, zu erzielen ist.

Im Sinne des Kurialsystems sind unter andern abgefaßt: Ferd. Walther, Lehrbuch des K. K. aller christl. Konfessionen. Bonn 1822. 14. Aufl. 1871. v. Droste Hülshoff, Grundsätze des gemeinen Kirchenrechts der Katholischen und Evangelischen. Münster 1832—35. 2 Bde. Wilh. Klee, das Recht der Einen allgem. Kirche. Magdeburg 1839—1841. 2 Bde. Georg Phillips, Kirchenrecht. Regensburg 1845—1864. 6 Bde.

### § 36. Die evangelischen Verfassungstheorien.

Luther und die Reformatoren haben keine Verfassungstheorien, sondern nur einige hierauf bezügliche allgemeine Grundsätze hervortreten lassen, deren wichtigste sind:

1. Verwerfung der römisch katholischen Hierarchie und Klerikalkirche als schriftwidrig und dem gegenüber Aufstellung des Grundsatzes des allgemeinen Priestertums aller Gläubigen.
2. Anerkennung des weltlichen Regiments des Staats als einer göttlichen Ordnung.
3. Forderung, daß geistlich und weltlich Regiment nicht sollen vermengt werden.

Es haben nun die geschichtlichen Verhältnisse eine Ausgestaltung dieser Grundsätze, insoweit sie den Staat betreffen, in hohem Maße begünstigt, dahingegen für die Kirche dadurch sehr erschwert, daß ein anderes Kirchenregiment, als das landesherrliche nicht zu erlangen war; und da nun geistliches und weltliches Regiment sich in einer Hand vereinigt hatte, so lag die Gefahr der Vermengung Beider sehr nahe, zumal da die Fürsten den ausgiebigsten Gebrauch machten von dem Jus reformandi unter Anwendung der Grundsätze: „Ubi unus

Dominus, ibi una sit religio.“ — Cujus regio, ejus religio.“\*)

Je ärgere Übelstände hierdurch hervorgerufen waren, welche sogar zu Krieg und Blutvergießen geführt hatten, desto dringender wurde das Bedürfnis, festzustellen, nicht nur worauf das landesherrliche Kirchenregiment beruhe, sondern auch welche Grenzen dasselbe habe, und wie es auszuüben sei, ja welches überhaupt die Aufgabe und der Umfang des Kirchenregiments sei.

Hierüber wurden im Lauf der Zeit drei verschiedene Doktrinen aufgestellt: Das Episkopal -, Territorial - und Kollegialsystem,\*\*) welche für die Behandlung des protestantischen Kirchenrechts von durchgreifender Bedeutung geworden sind, so daß die Kardinalpunkte der protestantischen

\*) Bei den Verhandlungen über den Augsburger Religionsfrieden erklärten die katholischen Fürsten gegenüber dem auf Gewährung von Religionsfreiheit (*exercitium religionis publicum*) gerichteten Verlangen der evangelischen Fürsten für deren in katholischen Territorien befindlichen Glaubensgenossen ausdrücklich: Jeder Landesfürst habe Zug und Macht, in seinem Lande die alte Religion zu schützen und zu handhaben. „*Ubi unus Dominus, ibi una sit religio.*“ Wie nun die katholischen Fürsten verfahren, so auch die evangelischen Fürsten unter Anwendung des ganz ähnlichen Grundsatzes: „*Cujus regio, ejus religio*“ und so hörte das Reformieren gar nicht auf; denn sobald ein Land einen Fürsten anderer Konfession bekam, mußten die Unterthanen dessen Konfession annehmen. Erst der Westphälische Friede machte diesem Unwesen ein Ende.

\*\*) Die Bezeichnung Episkopal —, Territorial — und Kollegialsystem rührt von J. H. Böhmer her, der in dem *Praeloquium* zum V. Bande seines *Jus eccl. prot.* 1744 de vario systemate . . . pag. 17 zuerst die Ausdrücke *systema episcopale* und *collegiale* gebrauchte. Sein eigenes System nennt er aber nicht das territorialistische, sondern schlecht-hin das protestantische. Die jetzige Klassifikation wie auch den Namen Territorialsystem brachte auf Nettelbladt obs. juris eccles. VI. de tribus systematibus 1783.

Kirchenverfassungen in den verschiedenen Zeiten von den kirchenrechtlichen Autoritäten ganz anders, ja entgegengesetzt, entschieden werden, je nachdem sie sich zu dem einen oder dem andern dieser Systeme bekennen. Es lassen sich diese 3 kirchenrechtlichen Verfassungstheorien in Beziehung setzen zu den drei Ständen, welche von Alters her unsere protestantischen Kirchenrechtslehrer in der Kirche als Gemeinde des Herrn unterschieden haben.\*)

1. Der status ecclesiasticus, der Lehrstand oder geistliche Stand wird vornehmlich berücksichtigt im Episkopalssystem.
2. Der status politicus, der Wehrstand oder obrigkeitliche Stand erhält das Kirchenregiment im Territorialsystem.
3. Der status oeconomicus, der Nährstand oder die Laienschaft gelangt zu seinem Recht im Kollegialsystem.

Diese vom Abt Hille in seinen kirchenrechtlichen Vorträgen dargelegte Ansicht, daß durch die drei Systeme die drei Elemente der Kirchengemeinde zu ihrem Recht gelangt seien, durch das Episkopalssystem das Amt, durch das Territorialsystem die Obrigkeit, durch das Kollegialsystem die Gemeinde, erklärt Stahl für „scheinbar; aber gänzlich ungegründet.“ „Denn das Episkopalssystem, diese wirklich organische Auffassung, gewährt den beiden

---

\*) Schon Anselm († 1109) sagt (de similitud. c. 126): Tres sunt hominum ordines, videlicet orantes, agriculatores, et defensores. Hiernach wurde der Bers gebildet:

Tu supplex ora, tu protege, tuque labora.

Man fand sie vorgebildet in der Einteilung der Arche Noah. Sicut Noe arcum a se fabricatam in tristega, id est in tres distinctas contignationes divisit, ut omnis generis animalia ad ipsum ingressa *κατὰ τάξιν* easdem occuparent; sic deus ipse universam hominum societatem in tres vitae ordines divisit. (Joh. Gerhard loci VI. Pag. 1 ff.

andern Elementen nicht minder ihr volles Recht, als dem Amte, ja der Obrigkeit eher mehr Recht, als ihr in Wahrheit zukommt, und läßt es durchaus frei, in welchem Maße das eine oder das andere stärker hervorgehoben wird, wie denn unter den Episkopalisten hierin eine wesentliche Verschiedenheit ist.“ (cf. Kirchenverfassung nach Lehre und Recht der Protestanten. Erlangen, 1862. S. 35.)

Nach Stahls Darstellung sind die drei Systeme Ausflüsse der herrschenden Ansicht einer Epoche und zwar das Episkopal-system der orthodoxen, das Territorialsystem der pietistischen und das Kollegialsystem der rationalistischen. Zugleich stehen sie im Zusammenhange mit der politischen Richtung ihrer Zeit. „Das Episkopal-system ist noch eine Erscheinung aus der Zeit, in welcher die Selbständigkeit der Institution der Kirche, wie auch anderer Korporationen im Staate galt; (Stahl stellt dem sonst gebräuchlichen Begriff von Kirche als der der Gemeinde, einen Begriff der Kirche als Institution über der Gemeinde gegenüber); — das Territorialsystem gehört der Periode an, in der die Gewalt der Landesherrn die alleinherrschende war; das Kollegialsystem endlich jener Periode, in welcher der Masse und ihrer Majorität alle Herrschaft vindicirt wurde; es ist in der Kirche das Analogon der Volkssouveränität.“

Hinsichtlich jener zuerst genannten drei allgemeinen Grundsätze, welche bei Einrichtung der Verfassungen von den Reformatoren geltend gemacht wurden, wird noch bemerkt:

1. Das allgemeine Priestertum kann zwar nicht das gestaltende Prinzip der Verfassung sein; denn es bezieht sich nur auf die persönliche Beschaffenheit und Stellung des Christen zu Gott; es ist die Folge der Rechtfertigung durch den Glauben; und der Ausbau der Verfassung kann nicht durch die persönliche Stellung des Menschen zu Gott bestimmt sein. Wohl aber ist es die Grundlage der Kirchenverfassung, der Boden, auf dem sie steht. Denn im allgemeinen Priestertum liegt die Wesensgleichheit und die Solidarität aller Christen, woraus sich für die äußere Ordnung ein Dreifaches ergibt:

- a. Es hat jeder Christ, wo das Amt fehlt, den Beruf, die Heilsgüter zu spenden, das Evangelium öffentlich zu ver-

kündigen, zu taufen, zu absolvieren, das Abendmahl zu reichen. (3. B. bei der Zerstreuung der Christen durch die Verfolgung, bei Schiffbruch u. s. w.)

- b. Jeder Christ hat Fug und Pflicht, wenn das Amt und Regiment wider Gottes Wort, Lehre oder Ordnungen und Gebot aufrichtet, ihm nicht zu gehorchen und im äußersten Falle sich vom Amt und Regiment loszusagen.
- c. Es gebührt auch im ordnungsmäßigen Zustande der Gemeinde eine Beteiligung am Kirchenregiment, deren Art und Grad hier noch unerörtert bleiben muß, (cf. Stahl, Kirchenverfassung S. 98); cf. auch die von Luther 1523 verfaßte Abhandlung: Grund und Ursach aus der Schrift, daß eine christliche Versammlung oder Gemeinde Recht und Macht habe, alle Lehre zu urteilen und Lehrer zu berufen, ein- und abzusetzen; vgl. seine Schrift von der Beichte von 1521.

2. Das weltliche Regiment des Staats als eine göttliche Ordnung wird ausdrücklich anerkannt von Luther: „Gott hat die zwei Regimente verordnet, das geistliche, welches Christen und fromme Leute macht durch den heiligen Geist unter Christo und das weltliche, welches den Unchristen und Bösen wehrt, daß sie äußerlich müssen Frieden halten und stille sein ohne ihren Dank. cf. d. Schrift von weltlicher Obrigkeit v. J. 1523.

3. Daß weltlich und geistlich Regiment nicht soll vermischet werden, fordert sehr entschieden Luther: „Bis ans Ende der Welt sollen die zwei Regimente nicht in einander gemengt werden, wie zur Zeit des A. Testam. im jüdischen Volk geschah; sondern von einander gesondert und geschieden bleiben, soll man anders das rechte Evangelium und den rechten Glauben erhalten. Denn es ist ein weit ander Ding um das Reich Christi, denn um das weltliche Regiment, welches denen Fürsten und Herren befohlen ist. Wer ein Prediger ist, der lasse das weltliche Regiment zufrieden, auf daß er nicht ein Gemenge und Unordnung anrichte. Das hat der Papst auch gethan; er hat das mündliche Schwert ins weltliche Regiment geführt; damit ist das Wort Gottes erloschen. Dagegen, so wollen jetzt die weltlichen Obrigkeiten, die Fürsten, Könige und Adel auf dem Lande, auch die Richter auf den Dörfern, das mündliche Schwert

führen und die Pfarrherrn lehren, was und wie sie predigen und den Kirchen vorstehen sollen.“ Diese Ansicht behielt Luther bei bis an sein Ende. Im Jahre 1543 schreibt er: „*Distincta volumus officia ecclesiae et aulae. — Satan pergit Satan esse. Sub papa miscuit ecclesiam politiae; sub nostro tempore vult miscere politiam ecclesiae. Sed nos resistemus Deo favente et studebimus pro nostra virili vocationes distinctas servare.*“ (cf. Herzog. XXI. S. 125.) Übereinstimmend ist die Lehre der Bekenntnisschriften. Conf. Aug. Art. 28 „derhalben soll man geistlich und weltlich Gewalt recht wissen zu unterscheiden, daß sich geistlich Gewalt nicht unterstehe weltlicher Ämter.“

Leider ist es den Reformatoren nicht gelungen, die Vermischung der geistlichen und weltlichen Gewalt zu verhindern. Vergeblich hatte Luther versucht, den Episkopat für das Evangelium zu gewinnen, um denselben als eine wenn auch nur menschliche Ordnung fortbestehen lassen und ihm sodann die Administration der ev. Kirche übertragen zu können. Die Erhaltung einer eigenen, vom Staat gesonderten kirchlichen Administration blieb der beständige Wunsch der Reformatoren, wie ihn z. B. 1548 noch Melancthon gegen den sächsischen Minister von Carlowitz wiederholte. (*Politiam ecclesiasticam conservari opto. Corpus Ref. VI. 882*). Er ging nicht in Erfüllung, da die Bischöfe nicht zur Nachgiebigkeit in dem, was die Reformation bezweckte, zu bewegen waren. Der Augsburger Religionsfriede 1555 schloß die deshalb gepflogenen Verhandlungen.

Die Landesherrn mußten zutreten und Teile des Episkopalrechtes übernehmen und sie thaten dies anfänglich nicht ohne einiges Widerstreben. So äußert z. B. der Herzog Albrecht von Preußen in der Vorrede zur Kirchenordnung von 1530: *Cum videremus, multas graves causas in ecclesiis nostri Ducatus negligentius curari ab iis, quorum intererat, illas cognoscere, dijudicare et componere, ut omnia ordine et decenter fierent, quemadmodum Paulus ad Corinthios monet, coacti sumus, alienum officium, hoc est, episcopale in nos sumere, ut quantum fieri posset, corrigenda aliquo modo mutarentur adeoque in meliorem formam et statum dirigerentur.* (cf. Jacobson Gesch. der

Quellen des ev. Kirchenrechts von Preußen I 2, 53). Nachträglich rechtfertigte man das Verfahren der Landesfürsten aus dem Patronate und der Vogtei; der Obrigkeit liege die Sorge ob für das Evangelium, in sofern sie Hüter beider Tafeln des Gesetzes sei. Ja man ging so weit die Landesherren gradezu als von Christus bestellte Häupter der Kirche zu erklären. „Qui princeps est, idem pastor est, idem pater, idem caput ecclesiae in terris externum. Christus verum et naturale caput est, qui ascendit ad caelum, ut hic impleret omnia. Is dono gubernandi principes pios affudit, conferendo pie gubernandi prudentiam, quos ob id in terris capita quemque suae ecclesiae esse voluit.“ (Capito Responsio Argent 1540.)

Anderseits haben aber auch die Reformatoren ihre schwerwiegenden Bedenken nicht verhehlt. Melancthon sagt 1530 im Hinblick auf den Fortfall der bischöflichen Verwaltung: „Video postea multo intolerabiliorem futuram tyrannidem, quam antea unquam fuit.“ Brenz klagt: Nescis quantis oneribus premantur viri boni ecclesiae in ducatibus evangelicis ab officialibus et praefectis principum? Et ut aula ministerium in ecclesia ordinet, bonis non videtur consultum. (cf. Corp. Reform. II. 333 u. 632.)

### § 37. Das evangelische Episkopalssystem.

Das ev. Episkopalssystem verlangt eine völlige Scheidung des geistlichen und des weltlichen Regiments, indem es dabei dem Lehrstande (der Geistlichkeit) das sogenannte materiale der Kirchengewalt zuspricht, d. h. das Recht des maßgebenden Erachtens in Sachen der Lehre, des Kultus und der sonstigen inneren Angelegenheiten der Kirche, während dem Landesherren als höchster Obrigkeit und von Gott eingesetztem summus episcopus der Kirche das sogenannte formale der Kirchengewalt zukommt, d. h. das Recht und die Pflicht der Sanction und Vollziehung der Erachten des Lehrstandes in den zu dessen Zuständigkeit gehörigen Dingen. Dem dritten Stande, (dem

Nährstande, der Laienschaft, der Gemeinde) verbleibt dabei nur das Recht des Annehmens und Befolgens\*) der vom Lehrstande für Recht erachteten und vom Landesherrn als *summus episcopus* sanktionierten und publicierten Verordnungen.

Gegenüber den im 16. Jahrhundert entstandenen geschichtl. Verhältnissen, wonach der Landesherr sowohl die Staatsgewalt, als die Kirchengewalt in sich vereinigte, bemüht sich das Episkopalssystem beide Gewalten auseinanderzuhalten, indem es darauf hinweist, daß durch den Augsburger Religionsfrieden die kirchliche Gewalt der Bischöfe über die protestantischen Länder suspendiert sei bis zu einer Ausgleichung des Religionsstreites und devolviert (übertragen) sei auf die protestantischen Landesherrn. Während dieselben nun die Staatsgewalt besäßen aus eigenem Rechte (*jure proprio*) als ein immerwährendes Recht (*perpetua*), so besäßen sie die Kirchengewalt nur aus besonderem Zugeständnisse des Kaisers (*concessione imperatoris*) als eine provisorische Gewalt *ad interim*, die gleichsam bei ihnen deponiert sei (*instar depositi*). Nach Reinking (*de regim. secul. et eccl. lib. III cap. 6*) hat der Fürst nur *potestatem aliquam* über die Kirche, er ist nicht *dominus* sondern *nutricius ecclesiae* nach Jes. 49, 23: „Und Könige sollen deine Pfleger, und ihre Fürstinnen deine Säugammen sein.“ Nach Carpzov hat der Landesherr über die Kirche nur eine äußere Gewalt (*potestas externa*), welche das Recht enthält, die Synoden zu versammeln, die Kirchengesetze zu promulgieren, die Pfarrer zu wählen und zu berufen, das Kirchengut zu verwalten, durch die

\*) Ob dieses Zustimmungsgrecht auch ein Verwerfungsrecht in sich schließt bleibt zweifelhaft. Nach Carpzov ist dies nicht der Fall. Dem Volk ist das Recht der Prüfung nur gegeben, damit es nicht blind gehorche, sondern Rechenenschaft über seine Zustimmung ablegen könne (*rationem assensus sui reddere possit*), und es ist zwar nicht von dem Rechte der Kirchengewalt (*ius sacrorum*.) wohl aber von der Ausübung desselben ausgeschlossen, um der Ordnung und Ehrfurcht willen, damit es in allem Erlaubten sich denen unterwerfe, welchen Gott die höhere Gewalt gewährt hat; ihm ist der Ruhm des Gehorsams hinterlassen.



Konfistorien die kirchliche Jurisdiction auszuüben. Die innere Gewalt steht nicht ihm, sondern dem Lehrstande zu.

Bis zum Ende des 17. Jahrhunderts sah man als die Hauptaufgabe des Reichsregiments an die Erhaltung der reinen Lehre. So heißt es bei Gerhard locus 25 de magistr. pol. § 181: „Finis (sc. curae circa sacra) esse debet cultus divinae ac verae religionis propagatio.“ „Curet princeps, ut verae religiones integritas et cultus divini sinceritas vigeat.“ Ferner § 194: „Visitationes instituere debet, ut in doctrinam et vitam tam pastorum, quam auditorum diligens inquisitio fieri possit.“ Hierzu nun war der Natur nach nicht der Landesherr selbst, sondern nur die Geistlichkeit befähigt. Während jener Bischof war nur dem Namen nach (nominetenus-titulotenus Carpzov), so trat diese an die Stelle der ehemaligen Bischöfe.

Die Übertreibung des Episkopalsystems, welche die evangelische Kirche in die Gefahr brachte, eine Geistlichkeitskirche zu werden mit hierarchischem Anstrich, zugleich auch die veränderte Denkart der Zeit ließen mit Beginn des 18. Jahrhunderts eine andere Doctrin aufkommen.

Das Episkopalssystem wurde zuerst aufgestellt von Stephani in dem tractatus de jurisdictione 1611, sodann Theodor Reinfing, diss. de brachio seculari et ecclesiastico tractatus de regimine seculari et ecclesiastico 1619, endlich Benedict Carpzov, jurisprudentia consistorialis 1655.

### § 38. Das Territorialsystem.

Das durch Christian Thomajus (geb. 1655 † zu Halle 1728) auf dem Boden des durch Samuel Pufendorf (geb. 1633 † zu Heidelberg 1694) zur Geltung gebrachten rationalen Naturrechts begründete Territorialsystem erkennt für die Kirche keine von der Staatsgewalt verschiedene Regierungsgewalt an, am wenigsten eine solche, die der Geistlichkeit zustünde und kraft welcher diese in Bezug auf Fragen, welche Glauben und Gewissen betreffen, allein das entscheidende

Wort zu führen und die Kirche zu regieren hätte. Es giebt in der Kirche nur eine Regierungsgewalt, welche als mit der Staatsgewalt eine und dieselbe dem Landesherrn zusteht und welche dieser unter weltlichem mehr, als geistlichem Beirat so auszuüben hat, daß er sich, so viel als möglich, auf Leitung der äußeren Angelegenheiten der Kirche beschränkt, in die inneren Angelegenheiten der Lehre, des Kultus u. dgl. aber thunlichst wenig mit Anordnungen eingreift, sondern diese theologischen Dinge den Theologen überläßt und nur dahin sieht, daß deren Streit darüber nicht Argerniß erzeuge oder den Frieden des Landes gefährde.

Jener Territorialismus, welcher in den oben bezeichneten Grundsätzen (*cujus regio, ejus religio*; — „ubi unus dominus, ibi una sit religio“) im 16. u. 17. Jahrhundert von den katholischen, unter jesuitischem Einfluß stehenden Fürsten mehr als von den evangelischen Fürsten geltend gemacht war, indem man das *Jus episcopale* vermengte mit dem *Jus reformandi* zu nicht geringer Gewissensbedrückung des Volkes, und welcher dann auch mit dem Episkopalssystem sich vermischt hatte zu nicht geringem Nachteil desselben, hatte einen wesentlich anderen Charakter als der nun im achtzehnten Jahrhundert auftretende, welcher schließlich zur Cäsareopapie führen mußte. Denn während jener ältere Territorialismus hervorging aus der festen Überzeugung der Fürsten von der Wahrheit und Heilsnotwendigkeit ihres persönlichen Glaubensbekenntnisses und ein Ausfluß war ihrer landesväterlichen Fürsorge für ihre Unterthanen,\* welche zur Folge hatte, daß die Kirche in den Vordergrund gestellt und das religiöse Bekenntnis im staatlichen Organismus zum beherrschenden Princip gemacht wurde, stellte der Territorialismus des

\* In der „Erneuerten Kirchenordnung“ v. 1709 erklärt Anton Ulrich ausdrücklich (Vorrede S. 1) daß „Wir auch unsere landesfürstliche Regierungsforgen vornehmlich dahin zu richten haben, wie Wir das heilige offenbarte Wort Gottes und die daraus fließende bei der christlichen Reformation gereinigte Lehre in Unsern Landen rein und ohnbefleckt erhalten.“

18. und 19. Jahrhunderts ausgehend von rechtsphilosophischen, naturalistischen Voraussetzungen zwar den Grundsatz der Beherrschung der Kirche durch den Staat, zugleich aber auch denjenigen der Indifferenz des Staates gegen das religiöse Bekenntnis seiner Mitglieder auf.

Der sich allmählich vollziehende Umschwung der Denkweise in der Loslösung von dem Altüberlieferten, welcher später führte zu der Herrschaft des Naturalismus und Rationalismus, war ganz besonders auch eingetreten auf dem Gebiete der Rechtswissenschaft.

Samuel Pufendorf hatte die bereits von Hugo Grotius (geb. 1583 † 1645), in dessen Schrift *de jure belli ac pacis* (Paris 1625) aufgestellten naturrechtlichen Grundsätze in systematischer Vervollständigung dargelegt (*de jure naturae et gentium*, Frkf. 1684. *De habitu religionis christianae ad vitam civilem*, Bromaë, 1687.)

Das Naturrecht, welches während des ganzen Mittelalters sich auf die göttliche Offenbarung gegründet, die wesentliche Gerechtigkeit Gottes als Urbild, die Eigenschaften Gottes als Norm und den Decalog als Gesetzbuch angesehen hatte, wurde nun eine rein rationale Wissenschaft, ganz unabhängig von der göttlichen Offenbarung, von der Auktorität des Glaubens und der Theologen. Die göttliche Gerechtigkeit, so wurde gesagt, verliere deshalb ihre prototypische Bedeutung für das Naturrecht, weil ihre Gleichartigkeit mit der menschlichen Gerechtigkeit unnachweisbar sei; die Herleitung des Naturrechts aus christlichen Principien vernichte dessen Universalität, da nicht nur die Nichtchristen von diesem Rechtsforum ausgeschlossen wären, sondern auch in der christlichen Kirche kein einheitliches Rechtsbewußtsein zu Stande kommen könne. Die Orthodoxen würden ein anderes Rechtscompendium haben und die Synkretisten ein anderes. Das Naturrecht müsse den Menschen nehmen nach seiner unmittelbaren, erfahrungsmäßigen Beschaffenheit, unbekümmert um die Dogmen und Fragen der Theologie, wie der Mensch in den erfahrungsmäßig verderbten Zustand geraten sei.

Als Princip des Naturrechts wurde hingestellt der dem Menschen als *animal sociabile* innewohnende Socialitätstrieb, wovon schon Hugo Grotius gesagt hatte: „Das Naturrecht, ein Diktat der reinen durch den natürlichen Socialitätstrieb bestimmten

Vernunft, unverbrüchlich und unwandelbar selbst für den allmächtigen Gott!“

Auf dem Pufendorfschen Naturrecht weiterbauend wurde nun Christian Thomasius, dieser durch seine siegreiche Bekämpfung der Tortur und Hexenprozesse berühmt gewordene Bahnbrecher der „Aufklärung,“ der eigentliche Begründer des Territorialsystems. Er wandte die von Pufendorf über die Natur des Staates aufgestellte Ansicht auch auf die Kirche an. Wie der Staat aus einem gesellschaftlichen Vertrage entstanden sei und daher auch nicht notwendig eines christlichen Oberhauptes bedürfe, so sei auch die Kirche ein auf freier Übereinkunft ruhender Verein und als solcher, wie jede Korporation ein Glied des Staatsorganismus, unterworfen der Machtbefugnis des Staatsoberhauptes. „Der Staat habe keinen andern Zweck, als 1. bürgerliche Glückseligkeit. 2. die genügenden äußerlichen Dinge. Daraus ergebe sich, daß der Fürst mit den inneren Interessen der Moral und der Religion nichts zu schaffen haben könne; die sogenannte Sorge für die Seligkeit seiner Unterthanen sei ein sinnloser Satz. Er habe weder Reher zu bestrafen noch Synoden zu berufen. Die einzige Verpflichtung könne nur die sein, zwischen streitenden Parteien den äußern Frieden zu erhalten. Solchen Institutionen in der Kirche, welche über deren Befugnis hinaus in die Aufgabe des Staates eingriffen, wie z. B. Kirchenzucht und Exkommunikation, die *reliquiae papatus* seien, dürfe nicht Raum gegeben werden.“ Die damaligen auf Erlangung voller Souveränität gerichteten Bestrebungen der Fürsten waren der Verbreitung dieser auf eine Cäsareopapie hinauslaufenden Ansichten außerordentlich günstig.

Das durch Pufendorf vorbereitete und sodann durch Thomasius entschiedener ausgebildete Territorialsystem wurde verteidigt durch J. H. Böhmer († 1749). *Duodecim dissertationes juris ecclesiastici* 1729. *Jus ecclesiasticum Protestantium* 1756—1789. Derselbe leitete bereits über zu dem Kollegialsystem.

### § 39. Das Kollegialsystem.

Hatte im Episkopalsystem vorzugsweise der geistliche Stand, im Territorialsystem vorzugsweise der obrigkeitliche Stand die

Vertretung seines Rechts auf Regierung der Kirche gefunden, so fand zuletzt auch der dritte Stand, das Volk, die Gemeinde, eine Vertretung seines Anspruchs auf Teilnahme an der Regierung derselben in dem Kollegialsystem. Nach demselben ist die Kirche ein Kollegium, eine freie Gesellschaft, in welcher es eigentlich nur zwei Stände giebt, Lehrer und Zuhörer. Zu den letzteren gehört auch die Obrigkeit, welche als solche nur *jura circa sacra*; nicht aber Rechte als ein besonderes Glied der Kirche hat. Nur vermöge Übertragung von Seiten der Zuhörer, des Volks, der Gemeinde, kann die Obrigkeit die sogenannten Kollegialrechte ausüben.

Diese Doctrin wurde ausgebildet von Christoph Matthäus Pfaff in den *Origines juris ecclesiastici* 1719.

Der dieser von dem berühmten Christoph Matthäus Pfaff (geb. 1686 zu Stuttgart, † zu Gießen 1760) aufgestellten Doctrin zuerst von dem Rechtslehrer Justus Hennig Böhmer (geb. 1674, † 1749), in dessen *Praeloquium zum jus eccl. Protest.* (1744) beigelegte Name Kollegialsystem erinnert daran, daß schon in den ältesten Zeiten die Gemeinschaften des Christentums *Collegia* genannt wurden; vor Konstantin *collegia illicita*, seit Konstantin aber *collegia licita*, welche mit dem Staate verbunden und im bürgerlichen Leben ihm untergeordnet, doch von ihm verschieden fortbestanden und die kirchlichen Angelegenheiten selbständig verwalteten. Auch der oben schon genannte Samuel Pufendorf, welcher in seiner Schrift: *de habitu religionis christianae ad vitam civilem* ausgeführt hatte, der Staat beruhe auf einem Vertrage, die Kirche dagegen auf Gottes Einrichtung („*nulla ergo est conventio hominum inter se ad subeundam et constituendam Ecclesiam, sed singuli pro se, citra respectum ad alios sacramento Christi succedunt*“, (§ 32) hatte sich dahin ausgesprochen: Die Kirche erscheine nicht wie ein Staat, sondern wie ein *collegium*, *quod civitati subest*; durch die Christianisierung des Staats habe die Kirche die Natur des Kollegiums

nicht verloren, ebensowenig aber habe das Oberhaupt des Staats dadurch den Episkopat gewonnen (§ 42).

Im Hinblick auf das Territorialsystem suchte Pfaff die Selbstständigkeit der Kirche dem Staate gegenüber dadurch zu sichern, daß er nicht nur dem Staate in seinem Verhältnis zu der Kirche die besonderen, demselben nicht als Glied der Kirche, sondern als Obrigkeit über die Kirche zukommenden *jura majestica circa sacra* (*jus inspectionis, advocatiae, approbationis, reprobationis*) zuwies, sondern auch der Kirche die derselben als *collegium* naturgemäß zukommenden Kollegialrechte vorbehielt. Diese Kollegialrechte (cf. *Origines juris ecclesiastici* 1719 Cap. VIII) bestehen in der Befugnis der Kirchenglieder,

1. mit Zuziehung ihrer Lehrer sich über ein gemeinschaftliches Glaubensbekenntnis, zu dem jeder nach seiner Überzeugung sich verbindet, zu verständigen,
2. den Gottesdienst nach ihrer Willkür und Gutbefinden sowohl *ratione* der Kirchendisciplin als Kirchengebräuche, Zeit und Ort einzurichten,
3. Lehrer und Vorsteher nach ihrer Willkür anzunehmen,
4. zur Beförderung ihres gemeinschaftlichen Kirchenwesens von ihrem Vermögen beizutragen was sie wollen und das Kirchenvermögen selbst zu verwalten,
5. *per consequens leges conventionales* zu machen, auch
6. *poenas conventionales* zu statuieren und
7. diejenigen, welche wider gegebene parole dazu sich nicht bequemen wollen, aus der Gesellschaft auszustoßen,
8. die *abusus*, welche eingeschlichen sind, selbst zu reformieren und
9. das *brachium seculare*, wenn nötig, hierzu um Hilfe anzurufen.
10. Endlich ihre gemeinschaftlichen Rechte Anderen zu übertragen.

Eine solche Übertragung der Kollegialrechte ist nun, so behauptet Pfaff, in Deutschland zur Zeit der Reformation an die Fürsten geschehen, indem er hinzufügt: „Man irrt offenbar, wenn man meint, daß bei dieser Übertragung der Kirchenrechte an die Obrigkeit kein *consensus*, weder *expressus*, noch *tacitus*, noch *praesumptus* zu erweisen. Es ist zu diesem Beweise genug, daß die Gemeinden sich gefreuet, da die Fürsten die Kirche reformiert und die *jura sacrorum* an sich zogen.“

Es weist also eigentlich das Kollegialsystem ebenso wie das Territorialsystem dem Landesherrn die Herrschaft über die Kirche zu und weicht nur in der Erklärung seiner Stellung insofern ab, daß jenes den Fürsten für den gebornen, dieses für den erkorenen Herrn der Kirche erklärt.

Beide Systeme sind im Gegensatz zu dem Episkopalsystem des Reformationseitalters hervorgegangen aus Grundsätzen des im 17. Jahrhundert durch Hugo Grotius, Hobbes, Spinoza, Pufendorf auf gekommenen Naturrechts, welches sowohl die Staatsrechtslehre und Politik, als auch die deutsche kirchliche Praxis bis fast in unsere Zeit beherrschte\*) und nicht wenig dazu beigetragen hat, daß die theologische und juristische Wissenschaft, welche der Natur der Sache nach sollten lebensvoll verbunden sein und eins vom andern Befruchtung erhalten, daß Theologen und Juristen, welche wie Kirche und Staat auf einander angewiesen sind und einander nicht entbehren können, sich mehr oder weniger einander entfremdet haben zum Schaden der Wissenschaft, zum Schaden des praktischen Lebens, zum Schaden des dem Volke in Kirche und Staat zu leistenden Dienstes.

Wenn geklagt wird über die Abneigung der Theologen gegen die kirchenrechtliche Wissenschaft und wenn gespottet wird über „den Dilettantismus neulutherischer Eiferer und über die Igno-

---

\*) Dr. Joh. Merkel bemerkt hierzu: (cf. Evangel. Kirchenzeitung 1859 S. 414): „Wie die Spinnen sind die Anhänger des Naturrechts über das ganze Feld des Rechtslebens und der Rechtswissenschaft gekrochen und haben es mit ihrem Gewebe überzogen. Was irgendwie dem Auge sich darbot, Pflanze wie Unkraut, wurde zugedeckt, und die Spinnweben gelten als Abbild der Natur; es war die elendeste, kleinlichste, fruchtloseste Arbeit von der Welt. Wer die Litteratur dieser Systemata juris naturae et gentium von Hugo Grotius an nur einigermaßen kennt, wird mein Urtheil bestätigen.“ — Hauptschriften jener obengenannten Vertreter des Naturrechts sind für dieses Gebiet: Hugo Grotius, *De jure belli ac pacis*, 1625, und *De imperio summarum potestatum circa sacra*, 1747. Thomas Hobbes, *Leviathan sive de materia, forma et potestate civitatis ecclesiasticae et civilis*. 1652. Bened. Spinoza, *Tractatus theologico-politicus*. 1670. Samuel Pufendorf, *De habitu religionis Christianae ad vitam civilem*. 1687.

ranz in das Kirchenrecht pfuschender Pastorenvereine" (Dove in Herz. Encycl. erste Ausgabe XX S. 560), so mag leider die Thatsache nicht abzuleugnen sein, aber auch ihre Erklärung und Entschuldigung finden in jener abstrakt doktrinären Überwucherung des Kirchenrechts durch rechtsphilosophische und naturrechtliche Anschauungen, welche diese Wissenschaft lange Zeit hindurch so wenig genießbar und nutzbar gemacht hatte.

Hinsichtlich jener oben dargelegten Anschauungen des Kollegialsystems wird man nun aber doch zugeben müssen, daß zwar die demselben zu Grunde liegende Vertragstheorie irrig ist, daß es aber doch eine Reihe höchst wichtiger und fruchtbarer Wahrheiten enthält, z. B. in der Festhaltung des Unterschiedes der Rechte des Staates und der Kirche, der sogenannten *jura circa sacra* und *in sacra*, in der daraus sich ergebenden Unfähigkeit nicht evangelischer Obrigkeiten, die letzteren zu verwalten, in der Forderung, daß die Landesherrn nicht ohne Zuziehung der Kirche selbst, in der geordneten Vertretung durch die Aemter, über die kirchlichen Rechte verfügen dürfen u. a. m.; — ohne welche Wahrheiten die evangelische Kirche zur Ausbildung im Geiste des Evangeliums und nach den Grundsätzen der Reformation nicht gelangen kann.

Diese Wahrheiten unter Ausscheidung des Irrigen immer mehr und mehr in helleres Licht gesetzt und überhaupt das Kirchenrecht in praktisch lebensvollerer Weise auf positiv christlichem Fundament behandelt zu haben, — nachdem überhaupt die Rechtswissenschaft sich wieder mehr auf realer historischer Grundlage aufbaut und so jene oben charakterisierten abstrakten Naturrechtstheorien überwunden hat, — ist das Verdienst einer Anzahl Rechtsgelehrter neuerer Zeit, die, wie Richter, Buchta, Mejer, Jacobson, Dove, Friedberg, Hinschius u. a. m. zu einem tieferen Verständnis des Wesens und der selbstständigen Aufgabe der Kirche auch die Liebe, ihr zu ihrem Aufbau zu helfen, mitbrachten und deren Werke daher, wie durch wissenschaftliche Gebiegenheit, so durch Interesse und Brauchbarkeit, auch für Theologen, wohl geeignet sind, den bedeutendsten neuern römisch-katholischen Lehrbüchern des Kirchenrechts, wie denen von Walter, Drost-Hülshoff, Schulte, Nothhirt, Philipps u. a. m. ebenbürtig zur Seite zu stehen.



## § 40. Neuere Litteratur.

Alle diese verschiedenen kirchenrechtlichen Verfassungstheorien der evangelischen Kirche haben nun auch in der neueren Zeit ihre Vertreter; doch wird wohl keine derselben, am wenigsten das Territorialsystem, das im Grunde die Kirche negiert, oder, wie Rothe will, im Staate aufgehen läßt, noch in der Schärfe und Einseitigkeit, in welcher es im 17. und 18. Jahrhundert auftrat und vorgetragen wurde, von irgend einem namhaften Rechtslehrer der evangelischen Kirche verteidigt. Mit entschiedener Vorliebe für das Episkopalssystem sind verfaßt:

Mejer, Institutionen des Kirchenrechts. Göttingen. 2. Aufl. 1856. — Derjelbe, Lehrbuch des deutschen Kirchenrechts. 3. Aufl. 1869.

Stahl, † 1861, Kirchenverfassung nach Lehre und Recht der Protestanten. 2. Ausg. 1861.

Das Territorialsystem wird, mehr oder weniger vertreten durch

Wiese, Handbuch des gemeinen in Deutschland üblichen Kirchenrechts. Leipzig, 1804. 3 Bde.

Schmalz, Handbuch des kanonischen Rechts und seiner Anwendung in den deutschen evangel. Kirchen. Berlin, 1815. 3. Aufl. 1834.

Eichhorn (Sohn des bekannten Orientalisten), Grundsätze des Kirchenrechts der kathol. und ev. Kirchenpartei in Deutschland. Göttingen, 1831—33. 2 Bde.

Das Kollegialsystem vertreten vorwiegend:

Buchta, Einleitung in das Recht der Kirche. Epz. 1840.

Nemil Ludw. Richter, Lehrbuch des kathol. und ev. Kirchenrechts. Marburg, 1842. 8. Aufl. von Dove. Epz., 1877.

Friedberg, Lehrbuch des kathol. und ev. Kirchenrechts  
Leipzig, 1879. 2. Aufl. 1884.

Hinrichs, Das Kirchenrecht der Katholiken u. Protest.  
in Deutschland. Berlin, 1869—83. 3 Bde.

Jacobson, das ev. Kirchenrecht des preuß. Staats. 1866.



Ausführlichere Angaben der kirchenrechtlichen Litteratur  
finden sich in Hagenbachs Encyclopädie und Methodologie,  
herausgegeben von Raußsch. Leipzig, Hirzel. § 112.

Hier mögen noch folgende Schriften und Werke auf-  
geführt werden:

Sachsen. Roder des im Königreich Sachsen geltenden Kirchen-  
und Schulrechts. 1864. Hierzu ein von Seydewitz im  
Auftrage des Kultusministeriums 1879 herausgegebener  
Supplementband. Leipzig, Tauchnitz.

Hessen. Köhler, Kirchenrecht der ev. Kirche des Großherzog-  
tums Hessen. Darmstadt, 1884.

Hannover. Stegemann, Die Gesetze der ev.-luth. Kirche  
der Provinz Hannover. Hannover, 1885.

Kathol. Scherer, Prof. des Kirchenrechts zu Graz, Hand-  
buch des Kirchenrechts. Graz, Moser, 1885.

Alt-kathol. Michelis, Katholische Dogmatik. Freiburg im  
Breisgau, Wagner, 1881.

Griech.-kathol. Schaguna, Erzbischof von Hermannstadt,  
Kompendium des kanon. Rechts der einen allgem. u. apostol.  
Kirche. Hermannstadt, 1868.



